

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die halbjährliche Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zählige 2 Zeilegedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 5. Mai 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Reichsverband.

III. (Schluß.)

Einen „dunklen Punkt“ im Leben des Reichsverbandes stellen seine Kassenverhältnisse dar. Darüber wird in den uns vorliegenden Jahresberichten des Vorstandes niemals etwas Genaueres gesagt, wie denn auch über gewisse andere Punkte (wir zitieren wörtlich) „aus begreiflichen Gründen der Öffentlichkeit näheres nicht mitgeteilt werden kann“. (Jahresbericht für 1907.) So sehr sich gerade der Reichsverband in zahlreichen seiner Publikationen über die vor aller Welt offen daliegende sozialdemokratische Kassengebarung ausheilt: über seine eigenen Einnahmen und Ausgaben läßt er uns völlig im Dunkeln! Alle Vorstandsberichte speisen uns da mit ein paar ganz bogen Andeutungen ab. Und doch wäre es für die Öffentlichkeit so überaus interessant, gerade hierüber einmal etwas Näheres zu erfahren! Denn daß der Reichsverband die ungeheuren Aufkosten seiner volksverblödenden Tätigkeit allein oder auch nur zu einem nennenswerten Teile aus den Jahresbeiträgen seiner jetzt wohl rund 200 000 Mitglieder decken könnte (Mindestbeitrag: 1 Mk. jährlich) erscheint uns völlig ausgeschlossen. Kaufschätzungen vorhin schon, daß die industriellen zum Beispiel zum großen Teile die Postkosten für die postalische Versendung der jetzt fast 150 verschiedene Nummern umfassenden (und bis zu den Wahlen gewiß auf 200 Nummern steigenden) Flugblatt- und Broschürensammlung des Reichsverbandes tragen, und auch sonst schon ist gelegentlich bekannt geworden, daß die Industrie in sehr zweckbewusster Weise dem Reichsverbande finanziell unter die Arme greift. So erzählte — der „Vorwärts“ hat seinerzeit darüber berichtet — am 5. Januar 1909 der Generalsekretär der nationalliberalen Partei, Herr Breithaupt aus Berlin, in einer in Majestät (Wahlkreis Siegen) abgehaltenen Wählerversammlung: „Ich kann aus genauer Kenntnis der Dinge sagen, daß die hohen Beträge, die die Schwerindustrie, ich meine die Industrie des Westens, zahlt, in die Kasse des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie fließen.“

Man versteht, daß der Reichsverband ein Interesse daran hat, diese zarten metallischen Beziehungen zu dem Ausbeuterum des Westens so viel wie möglich vor profanen Blicken zu verhehlen. Aber trotz dieser tatkräftigen Unterstützung durch die Großindustriellen erscheint doch die Frage erlaubt: unterhält der Reichsverband vielleicht auch finanzielle Beziehungen zu Regierungskreisen? Wird er vielleicht auch aus irgend welchen, in ihren Einzelheiten der parlamentarischen Kontrolle bekanntlich völlig entzogenen „Dispositionsfonds“ gespeist? Die Frage liegt dem besonders nahe, der sich der außerordentlich intimen Beziehungen erinnert, die bekanntlich Fürst Bülow zum Reichsverbande unterhielt. Der Vorsitzende dieses Reichsverbandes, Herr von Liebert, war es ja, an den Fürst Bülow seine berühmte Gottentotentwahlproklamation, den famosen Silberbrief richtete. Und der Adressat dieses Briefes hatte genau vierundzwanzig Stunden vor der Reichstagsauflösung am 13. Dezember 1906, nämlich am 12. Dezember 1906, in der Hauptversammlung des Reichsverbandes die Hoffnung ausgesprochen können, die Reichsregierung werde sich entschließen, eine nationale Wahlparole zu schaffen, die keine andere sein kann, als: Kampf gegen die Sozialdemokratie bis zu deren Vernichtung.

Als Herr v. Liebert diesen sehr unfrommen Wunsch aussprach, mußte noch kein „gewöhnlicher“ Sterblicher etwas von der geplanten Reichstagsauflösung und auch er selbst gebärdete sich durchaus unwissend: am nächsten Nachmittag aber schon war die Auflösung zur Tatsache geworden, Herrn v. Lieberts ahnungsvolle Zuversicht war in Erfüllung gegangen. Ein Zusammentreffen, das gewiß auf sehr nahe — wenn natürlich auch nie offen zugegebene und nie erakt nachweisbare — Beziehungen zwischen Regierung und Reichsverband schließen läßt. Sollten diese Beziehungen heute, unter Herrn von Bethmann Hollweg, wirklich ganz eingeschlafen sein und sollten sie in keiner Weise einen — klingenden Charakter tragen? —

Wie dem aber auch sein möge: ob der Reichsverband außer mit eigenem und Industriellengeld auch noch mit Regierungsgeld arbeitet oder nicht: der unsaubere Feind darf nicht unterschätzt werden. Wir müssen — und zwar gilt das für jeden einzelnen Parteigenossen — ein wachsame Auge haben auf seine, meist im Dunkeln sich vollziehende Wählerarbeit, wir müssen von ihm im kommenden Wahlkampfe jedes Streiches, jedes Ueberrumpelungsversuches gewärtig sein. Aber andererseits liegt natürlich auch nicht die mindeste Veranlassung vor, die reichsverbändlerische Gefahr nun etwa zu überschätzen. Man mußte ja am deutschen Volke verzweifeln, wollte man ernsthaft fürchten, daß eine solche Organisation mit solchen Kampfmitteln wirklich mehr als Augenblickserfolge erringen könnte, daß sie einen dauernden, nachhaltigen Einfluß auszuüben vermöchte! Gewiß: viel ist auf jener Seite; es sind da die gewaltigen Geldmittel der Herrschenden, es ist da der gesamte amtliche Apparat, es ist da die verzweifelste Kraft einer Herrscherkaste, die die Tage ihrer Götter-

dämmerung herannahen sieht und nun, um ihre historisch längst zum Tode verurteilte Herrschaft zu verlängern, zu den strapallosesten und vertwegensten Kampfsmitteln greift.

Aber auch was wir dagegen einzusehen haben, ist wahrlich nicht wenig: es ist die lodrende Begeisterung für unser hohes Ziel, es ist die felsenfeste Sicherheit unseres endlichen Sieges, es ist der unerschütterliche Glaube an das geschichtliche Recht unserer Klasse, die Gewißheit, daß mit uns die wirtschaftliche Entwicklung ist, es ist unser Mut, unsere vor nichts zurückschreckende Opferwilligkeit!

Und das ist etwas, was uns die auf den Mann dressierten Bulldoggen des Kapitalismus nun und nimmer mehr nachmachen können — so sehr speziell auch der Reichsverband in den äußeren Formen der Organisation von uns gelernt haben mag! Deshalb können wir auch, allen Nachenschaften zum Trotz, den kommenden Wahlkämpfen getrostes Nutes entgegensehen — wenn wir eben nur allesamt auf unserem Posten sind.

Vereit sein ist alles!

## Ein schlauer Trick.

Zu dem gestern vom Seniorenkonvent des Reichstages gefaßten Beschluß, daß die aus der Kommission in wesentlich veränderter Gestalt hervorgegangene Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages paragraphenweise beraten werden soll, bringt eine hiesige halbamtliche Korrespondenz folgende Erläuterung aus parlamentarischen Kreisen:

Zu dem Beschlusse des Seniorenkonvents des Reichstages, die Reichsversicherungsordnung paragraphenweise zu erledigen, wird uns aus parlamentarischen Kreisen geschrieben: Dieser Beschluß ist nur ein provisorischer. Man will den Versuch machen, acht Tage lang die Vorlage ordnungsgemäß zu beraten. Die Mehrheit des Reichstages ist schon heute der Ueberzeugung, daß es sich herausstellen wird, daß diese Praxis nicht gangbar ist. Man will der Minderheit vorläufig entgegenkommen, um ihr den guten Willen zu zeigen. Da aber bereits die fortschrittliche Volkspartei und die Sozialdemokraten zu den einzelnen Paragraphen des Entwurfes Abänderungsanträge gestellt haben, die sehr zahlreich sind, und die diese Parteien eingehend begründen wollen, so wird es notwendig sein, in sehr kurzer Zeit nach Vereinbarung der Parteien einen anderen Beratungsmodus aufzustellen. Es ist selbstverständlich ganz unmöglich, eine Vorlage von 1754 Paragraphen paragraphenweise zu beraten und Abänderungen der Kommissionsbeschlüsse vorzunehmen. Abänderungen des einen Paragraphen ziehen Abänderungen des anderen Paragraphen nach sich und es läßt sich vom Plenum nicht übersehen, welche Tragweite Abänderungen haben können.

Die „parlamentarischen Kreise“, von denen die Korrespondenz inspiriert worden ist, gehören jedenfalls der konservativen und der Zentrumsfraktion an. Das ist um so wahrscheinlicher, als sich die „Mitt. Volksztg.“, der Ableger der „Germania“, in einem Artikel mit der Ueberschrift „Paragraphenweise“ ganz ähnlich so äußert, wie die betreffende Korrespondenz. Am liebsten hätten diese „Kreise“ ungewisselhaft gesehen, das ganze Gesetz wäre einfach en bloc angenommen worden; da ein solches Verfahren aber nicht angängig ist, und überdies die Ansicht hervorgerufen würde, als wenn der von den Konservativen und Liberalen verballhornte Gesetzentwurf nicht die sozialdemokratische Kritik auszuhalten vermöchte, so sind allem Anschein nach die Strategen beider Parteien auf den schlauen Trick verfallen, zunächst die paragraphenweise Beratung zuzulassen, um dann, wenn ihnen der Gang der Debatte nicht mehr behagt, feierlich zu erklären, daß eine solche Beratung nimmermehr zum Ziele zu führen vermöge und deshalb notgedrungen durch einen anderen „Modus“, d. h. die summarische Abstimmung ersetzt werden müsse.

Vielleicht auch vermeint man, mit der Drohung, daß die Zulassung der Einzelberatung jederzeit wieder rückgängig gemacht werden könne, einen Druck auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ausüben und sie dazu bewegen zu können, ihre Kritik der Vorlage beträchtlich einzuschränken. Wenn solche Erwartungen gehegt werden sollten, hat man sich gründlich getäuscht. Die Abgeordneten unserer Partei werden unter allen Umständen ihre Pflicht tun, und diese Pflicht erheischt eine gründliche Prüfung des tief einschneidenden Gesetzes.

## Die blamierten Europäer.

Die Junkersippe im Dreiklassenparlament hat sich am Donnerstag unter Führung des Herrn v. Brandenstein eine Schlappe zugezogen, die sie wohl so bald nicht vergessen dürfte.

Schon vor Monaten hatten die Sozialdemokraten die Einstellung des gegen den Genossen Liebknecht vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer in Berlin schwebenden Verfahrens für die Dauer der Session beantragt. Während bisher in allen ähnlichen Fällen derartigen Anträgen ohne weiteres stattgegeben ist, überwies das Haus diesmal den Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission, und diese kam zu dem Schluß, abweichend von der bisher geübten Praxis, dem Antrage keine Folge zu geben. Für diesen skandalösen Beschluß waren in der Kommission nicht nur die Vertreter der beiden konservativen Parteien eingetreten, sondern auch die des Zentrums und ein Nationalliberaler; der Kommissionsbeschluß war mit 11 gegen 3 Stimmen zustande gekommen, und deshalb konnten die Konservativen mit einem gewissen Recht annehmen, daß die Mehrheit des Hauses ihm beitreten würde. Aber sie hatten die Rechnung ohne den Wankel-

mut des Zentrums und der Nationalliberalen gemacht. Beide Parteien fielen im Plenum um, und zwar zum Erlaunen der Konservativen diesmal nicht auf die reaktionäre Seite.

Auch unsere Genossen hatten fest mit der Annahme des Kommissionsantrages, also mit der Ablehnung ihres Antrages, gerechnet. Genosse Hirsch machte denn auch als Fraktionsredner gar nicht erst den Versuch, die Herren eines anderen zu belehren, er fand sich mit der gegebenen Tatsache ab und stimmte den Ton seiner Rede darauf, der Mehrheit ihre Zümmlichkeit vor Augen zu führen, zu zeigen, daß sie das Recht mit Füßen tritt und mit ihrer Macht, die ihnen das Dreiklassenwahlrecht gibt, schändlichsten Mißbrauch treibt, daß sie das Ansehen des Parlamentes schädigt und die preußische „Volksvertretung“ dem Gespött der ganzen Welt preisgibt. Im Annahme des Antrages hat er nicht, da er es für unter seiner Würde hält, an dies Haus eine Bitte zu richten.

Zum allgemeinen Erlaunen sprachen sich nicht nur Polen und Fortschrittler, sondern auch Nationalliberale und Zentrum für die Einstellung des Verfahrens gegen Liebknecht aus, und zwar erklärten sämtliche Redner, daß ihre Fraktionen geschlossen stimmen würden. Zentrum und Nationalliberale hatten sich also noch im letzten Augenblick eines Besseren besonnen, sie überließen es den beiden konservativen Parteien, sich und das Haus zu blamieren.

Man merkte es dem Vorsitz der Konservativen, Herrn von Brandenstein an, wie er sich über diese Jagensucht seiner Hilfsstruppen ärgerte. Glaubte er doch schon, den sicheren Sieg in der Tasche zu haben! Und nun mußte er zusehen, wie seine Getreuen ihn im Stiche ließen. Dieser Kerger war es denn auch, der ihn zu den tollsten Seitensprüngen und den gewagtesten Auslegungen der Verfassung verleitete. Daß er sich dabei in den üblichen Ausfällen gegen die Sozialdemokratie erging, wollen wir seiner ohnmächtigen Wut zugute halten. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich Herr Viced, der für die Freikonservativen sprach.

Genosse Hirsch, den die Mehrheit grohmütig noch einmal zu Worte ließ — die Konservativen wollten nämlich die Debatte nicht so schnell schließen, um Zeit zur telephonischen Beorderung ihrer Mannen zu gewinnen — rechnete gründlich und mit gutem Humor mit der junkerlich-frechen Annahme derer um Brandenstein ab.

Aber noch gaben die Konservativen ihre Position nicht verloren, ihre letzte Hoffnung setzten sie auf die schwache Befehung des Hauses. Deshalb beantragten sie namentliche Abstimmung. Vielleicht — dachten sie — haben sie doch die Mehrheit. Unsere Genossen unterstrühten natürlich die namentliche Abstimmung. Hatten sie doch ein sehr lebhaftes Interesse an der unanfechtbaren Feststellung der Namen derjenigen Abgeordneten, die die parlamentarische Immunität so leichtem Herzens preisgeben.

Tatsächlich hing denn auch die Entscheidung an des Messers Schneide. Von 240 Anwesenden stimmten 123 für, 116 gegen die Einstellung des Verfahrens. Die Parteien stimmten geschlossen, nur ein einziges Zentrumsmittglied, Abg. v. Sagen, tangte aus der Reihe und ging zu den Junkern über. Genosse Liebknecht enthielt sich der Abstimmung.

So wird denn das Verfahren eingestellt werden. An den Konservativen liegt es nicht, wenn das Junkerparlament vor einer neuen Wamage bewahrt blieb.

Hierauf erledigte das Haus eine Reihe kleinerer Vorlagen, darunter den Gesetzentwurf betr. die Einschulung blinder und taubstummer Kinder, der, nachdem u. a. Liebknecht verschiedene Bestimmungen des Entwurfs kritisiert hatte, an eine Kommission ging.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Mai 1911.

### Petitionen.

Aus dem Reichstag, 4. Mai. Nach schneller Erledigung einer Anzahl von Rechnungsübersichten der Schutzgebiete aus vergangenen Jahren wurde mit der Beratung der Petitionen fortgefahren. In längeren Auseinandersetzungen kam es zunächst bei einer Petition von Hausbesitzern und Bäckermeistern, die behaupten, durch die Bäckereiverordnung geschädigt worden zu sein. Ihr Verlangen, entschädigt zu werden, hatte bei der Kommission keine Unterstützung gefunden, wohl aber hatte sie sich dazu verstanden, eine möglichst schonende Durchführung der Verordnung besonders zu empfehlen. Die Sozialdemokraten hatten den Gegenantrag gestellt, über die ganze Petition zur Tagesordnung überzugehen. Für die weitgehendste Berücksichtigung der Bäckermeisterbeschwerden legte sich zunächst der Bäckermeister Schesfeld (Z.) ins Zeug. Genosse Binder trat ihm mit dem Nachweis entgegen, daß die Bäckereiverordnung so wie so nur in rückwärtsvollster Weise einige bescheidene Vorrichtungen im Interesse der Bäckereiarbeiter und der Volksgesundheit erläßt. Ein Beschluß des Reichstages im Sinne der Kommission würde für die Regierung ein Anreiz zur Abschwächung der notwendigen Aussicht sein.

Die Gesamtheit der bürgerlichen Parteien, von den Freisinnigen bis zu den Konservativen, trat indes, um ihre Mittelstandsfreundlichkeit zu beweisen, für eine solche Abschwächung der Verordnung ein. Besonders zog der antisemitische Bäckermeister Nieseberg mit dröhnenden patriotischen Phrasen gegen die Bäckereiverordnung zu Felde. In seinem Eifer ließ er sich beikommen, an den Genossen Bebel die Aufforderung zu richten, er solle die Verschuldigung zurücknehmen, die er vor Jahren in seiner bekannten Schrift gegen die Zustände in den Bäckereien erhoben hatte. Daß das Niesebergische Gedröhn dem Ansehen des Bäckerei-



gewerbes nur Schaden könne, gestand selbst der Zentrumsgewerkschaften die Besetzung, der im übrigen auch für den Kommissionsantrag eintrat.

Nach gründlicher heimgeleuchtet wurde dann dem Herrn Nieseberg durch den Genossen Bebel, der mit Recht betonen konnte, daß er selbst durch seine Entlassung der greulichsten Mißstände in den Vorkriegszeiten den Anstoß zu den beiden Bäderverordnungen gegeben habe. Im Interesse der Arbeiter wie im Interesse der Volksgesundheit sei die unbeschränkte Aufrechterhaltung der Verordnung erforderlich.

Für den sozialdemokratischen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung erhob sich indes nur unsere Partei. Dann wurde der Kommissionsantrag angenommen.

Mehr Erfolg hatte ein sozialdemokratischer Antrag, über eine Petition zur Tagesordnung überzugehen, in der die Verlängerung der Arbeitszeit in den Vorkriegsjahren an den Sonnabenden verlangt wird. Die Kommission hatte auch hier Verurteilung beantragt. Die Genossen Albrecht und Brühne wiesen nach, daß die Arbeiterinnen in Putzgeschäften so wie in schlimmer Lage sich befinden. Man solle ihnen den geringfügigen Schutz, den die Gewerbeordnung ihnen jetzt gewähre, nicht verkümmern. Bei der Abstimmung wurde denn auch der sozialdemokratische Antrag angenommen.

Eine sehr ausgedehnte und erregte Debatte wurde dann durch eine Petition herbeigeführt, die die Begünstigung der Antiquarische gegenüber der gegenwärtig in Deutschland vorherrschenden Fraktur schrift fordert. Da das eine Frage ist, die eigentlich außerhalb der Politik liegt, wurde sie meist humoristisch behandelt, besonders mit großem Erfolg vom Genossen Wed, der feststellte, daß von der großen Masse der Fraktur-Freunde im Reichstag nur 12 ihren Namen in Frakturschrift schreiben. In bitterem Ernst verurteilte der Antisemit Hindewald und der Reichsverbandsgeneral v. Niese die Beibehaltung der Fraktur zu einer nationalen Frage aufzubauen. Erst um 1/2 Uhr kam es zur Abstimmung über einen antisemitischen Antrag, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Dabei stellte sich nahezu Stimmengleichheit, aber auch die Beschlusfähigkeit des Hauses heraus. So bleibt für den Reichstag die Frage: Fraktur oder Antiqua in der Schrift.

Morgen beginnt die zweite Lesung der Reichsverfassungsordnung.

### Die Landtagswahlwahlen in Straubing und Rosenheim.

Der Ausfall der beiden am Sonntag in Bayern vollzogenen Landtagswahlwahlen hat die Erwartungen der Zentrumskandidaten bitter getäuscht. Aber offen zugab, daß ein Teil der bisherigen Zentrumswahlerschaft in feindliche Lager übergegangen ist, fällt natürlich der Zentrumspresse nicht ein; sie macht vielmehr die selbständigen Gründe geltend für den Rückgang der Zentrumstimmen. Wohl so ziemlich das Äußerste auf diesem Gebiete leistet sich die „Köln. Volksztg.“, die den Stimmenverlust des Zentrums folgendermaßen begründet:

Die Landtagswahlwahlen von Straubing und Rosenheim, die am 30. April stattgefunden haben, ergaben die Behauptung des Bestandes: in beiden Fällen wurden, wie bereits mitgeteilt, die Zentrumskandidaten gewählt. Trotzdem ist der Wahlausgang in Straubing keineswegs erfreulich. Dort war infolge des Todes Schingers ein neuer Landtagsabgeordneter zu wählen. Es erhielten Bauer 4116 (— 1284), Bauernbund 2797 (+ 76), Sozialdemokratie 1096 (+ 820) Stimmen. Das Wachstum der Sozialdemokratie rührt von bauerhändlerischen Stimmen her; denn der Radikal-Bändler Dr. Gäch hatte die Bauerhändler aufgefordert, für die Sozialdemokratie zu stimmen, was bei den Bändlern des Wahlkreises Straubing, welche auf die Gäch'sche Tonart gestimmt sind, sicher befolgt worden ist. Wenn gleichwohl die Bauerhändler keine Stimmen verloren haben, so kommt das daher, daß die Liberalen, welche 1907 es auf 2077 Stimmen gebracht hatten, diesmal Stimmhaltung als Wahlparole ausgegeben hatten, was jumeist stille Unterstützung der Bauerhändler hieß. Der Rückgang der Zentrumstimmen erklärt sich zunächst aus der Sicherheit des Wahls, der infolge des Ausscheidens der Liberalen aus der Reihe der bewertenden Parteien erstlich nicht angefochten war. Zur Hauptzeit der Wahlbeteiligung scheint auch mitgewirkt zu haben, daß der Zentrumskandidat diesmal dem Bezirk Kösting und nicht dem Bezirk Straubing entnommen war, was schon bei der Kandidatenaufstellung Stimmenspaltung hervorgerufen hatte. Solche Momente sollten allerdings bei einer gesunden Wählerkraft ohne Bedeutung sein.

Auch in Rosenheim ist das Ergebnis nicht günstig. Es erhielten: Scharnagl (Z.) 5067, die Liberalen 319, die Sozialdemokratie 1940, der Bauernbund 484 Stimmen. Das Zentrum hat 1102, der Liberalismus 165 Stimmen verloren, gewonnen haben die Sozialdemokraten 802, die Bündler 102 Stimmen. Die Wahlbeteiligung ist zurückgegangen. Daß Scharnagl trotz fleißiger Agitation gegen seinen Vorgänger, den verstorbenen Dr. von Daller, zurückgefallen würde an Stimmen, war zu erwarten. Dazu kam auch wieder, daß Dr. v. Daller in gewissem Sinne als gebürtiger Wiesbacher für Rosenheim als Heimatland gelten konnte, obwohl er seinen Wohnsitz in Freising hatte, während Scharnagl dem Wahlkreis bisher fremd war und erst das Vertrauen der Wählerchaft sich erwerben muß.

### Sakrifizierte Tischreden.

Die deutsche liberale Presse hat wieder einmal Magenbeschwerden als Folge eines Diners, dessen substantiellen Genüsse freilich nur zwei Monarchen und deren höflichem Anhang zuteil geworden sind. Ob die hierbei zunächst Beteiligten mit Inbegriffen geplagt worden sind, wissen wir nicht, verschiedenen liberalen Tempelwächtern betrafen aber die bei dem Diner gefallenen Tischreden, oder richtiger die offiziöse Berichterstattung über diese, festiges Götteressen. Ende April hat nämlich der schwedische König seinen italienischen Kollegen besucht, da er nicht wie gewisse andere Monarchen auf die gute oder schlechte Laune des „armen Gefangenen im Vatikan“ Rücksicht zu nehmen braucht. Dieser Besuch, der in erster Linie der italienischen Jubiläumsgala galt, hat sich mit den üblichen Zeremonien abgepielt. Beide Monarchen wechselten bei irgend einem Festessen die traditionellen Kränzsprüche, die trotz aller schönen Worte so herzlich wenig besagen. Der italienische König soll dabei von den „liberalen Grundfragen des italienischen Volkes“ gesprochen haben, während der Schwedenkönig die Proklamierung Roms zur Hauptstadt Italiens feierte und damit dem Vatikan einen kleinen Hieb versetzte. Diese Stellen sind nun von dem offiziellen Wolffsche Telegramm Bureau u. a. aus dem Wortlaut der Tischreden weggelassen worden. Was nicht weiter verwunderlich ist, denn in der blaßschwarzen Wochenschau in Deutschland werden von „liberalen Grundfragen“ eines Volkes geredet werden, noch darf den deutschen Anhängern des Vatikan die Proklamierung Roms zur weltlichen Hauptstadt Italiens als rühmenswertes Tat hingestellt werden. Ein offiziöses Telegraphenbureau weiß eben, was es den jetztig ausfallenden Regierungsparteien schuldig ist. Pösterlich ist nur die Entrüstung der liberalen deutschen Presse. Sie sollte sich doch freuen, daß die Gleichheit vor der Zensur sich jetzt auch auf Monarchenreden und nicht bloß auf die oppositionelle Presse und auf Kronschleifen erstreckt.

### Der Chemnitzer Majestätsbeleidigungsprozess.

Der belamisch zwei Redakteure der „Chemnitzer Volksstimme“ je 6 Monate Gefängnis eintrug, charakterisiert sich als ein ausgeprochen politischer Prozess, aus dem unser Chemnitzer Parteiblatt folgende politische Folgerungen zieht:

Da ist zunächst der totale Bankrott des Majestätsbeleidigungsgesetzes ganz unleugbar. Die gerichtlichen Liberalen haben gelandt, daß eine freimüthige Kritik in Zukunft keinem Hindernis mehr begegne, wenn die Bestrafung der Majestätsbeleidigungen an die drei Voraussetzungen der Hebelung, Absichtlichkeit und Unbilligkeit geknüpft wurde. Aber diese Voraussetzungen sehen die Gerichte als erwiesen an, wenn jemand vor ihnen steht, der unter Umständen nicht abgesehen wäre, die Fürsten als überflüssig zu betrachten. Vergeblich hat Genosse Heine eingewendet, daß das doch nur eine Beleidigung der Institution Majestät und nicht der majestätischen Personen sei. Das Gericht aber hat erklärt, daß, wer die Fürsten für überflüssig hält, damit die deutschen Fürsten und speziell den Kaiser von Deutschland und den angestammten Landesherren beleidigt. Das neue Majestätsbeleidigungsgesetz verhindert also die Verurteilung eines Sozialdemokraten unter keinen Umständen. Es hat vielmehr nur bis eine Wirkung gehabt, das durchsichtliche Strafmaß zu erhöhen. Indem man die Gerichte gezwungen hat, ein paar Worte darüber zu sagen, daß sie Unbilligkeit, Ueberlegung und Absichtlichkeit „festgestellt“ haben, hat man sie dazu getrieben, für diese festgestellten Extragemessenheiten auch extra hohe Strafen auszuwerfen. Der Majestätsbeleidigungsstrafentwurf ist jetzt sechs Monate. Der Metallarbeiter Wiefenthal hat sie in Berlin, und wenn wir nicht sehr irren, der Genosse Kraus in Mühlhausen im Esch bekommen. Früher gab es in solchem Falle die Hälfte. Das ist der bittere Nachgeschmack der süßen Wochenschau von 1908. Die Liberalen, die, Betrüger oder Verräther, dieses Gesetz geschaffen haben, werden uns dafür im nächsten Wahlkampf Rechenschaft ablegen und alles Volk wird erkennen, daß ein ehrlicher Fortschritt nur durch die Sozialdemokratie möglich ist.

Mit der von den Liberalen so gelächelten „Milderung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen“ ist es eben wie mit dem „liberalen“ Reichvereinsgesetz. Die Polizei- und Justizaktionen gegen die proletarische Jugendbewegung, gegen Arbeiter-Turn- und Sportvereine, die Ueberwachung der Mitgliederbefragungen sozialdemokratischer Vereine und einzelner Gewerkschaften in Halle, Hannover usw. beweisen, daß die preussisch-deutsche Volkspresse mit den sogenannten liberalen Erziehungskassen Schindluder treibt, weil sie weiß, daß ihr die liberale Opposition und liberale Proteste, soweit solche überhaupt erfolgen, nicht wehe tun.

### Deutsche Mittelstandsvereinigung.

Auch die Mittelständler haben begonnen, zum nächsten Reichstagswahlkampf zu rüsten. Reichstagskandidaten der Deutschen Mittelstandsvereinigung sind in den Wahlkreisen Schweidnitz-Striegau, Neuhaldensleben, Wanzleben, Calbe-Ashereleben, Halberstadt-Bernigerohe und Hannover-Köthen in Aussicht genommen. In Neuhaldensleben soll der Landtagsabgeordnete Rahardt kandidieren, für Wanzleben ist der bisherige Vertreter Nieseberg wieder aufgestellt worden. Für die anderen Kreise sind noch keine Kandidaten nominirt. Die Auffstellung eigener Kandidaten soll überhaupt, wie in der letzten Vorstandsitzung wiederum festgestellt wurde, nur im Notfall erfolgen, das heißt nur dann, wenn eine Einigung mit den bürgerlichen Parteien nicht zu erreichen ist. Im anderen Falle sollen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien unterstützt werden, welche für die Forderungen der Mittelstandsvereinigung eintreten. Sind mehrere Kandidaten vorhanden, welche hierzu bereit sind, so soll es den Wählern überlassen bleiben, zu entscheiden, zu welchem Kandidaten sie das meiste Vertrauen haben. Im allgemeinen ist in der Vorstandssitzung die Frontstellung nach links als Parole ausgegeben worden. Als entschiedenen Gegner sollen nur die Sozialdemokraten und die mit ihnen verbündeten Parteien angesehen werden.

### Seiters aus dem preussischen Dreiklassenhaufe.

In der Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses stellte der konservative Abg. Bieder den Antrag, die Redezeit der Abgeordneten in folgender Weise zu beschränken: In der zweiten und dritten Beratung ist die Dauer einer Rede bei der allgemeinen Debatte auf eine Stunde, bei der Einzelbesprechung einschließlich der Begründung und Erörterung von Änderungsanträgen und Resolutionsanträgen auf 30 Minuten beschränkt. Nach Ablauf der Redezeit soll dem Redner durch den Präsidenten das Wort entzogen werden!

### Gegen die Scharfmacher „Post“

und einige andere Blätter hat der fortschrittliche Kandidat für den Wahlkreis Alzey-Bingen, Farmer Kozell durch den Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneten Hausmann Privatklage wegen Beleidigung erheben lassen. Aus dem Kalender „Scholle“, der auch einen Beitrag Korells enthielt, war von der „Post“ ein vom Gutbesitzer Fischer verfaßter Artikel über den russischen Nihilismus agitatorisch gegen Korell ausgeschlachtet worden. Die Bemerkungen der „Post“ wurden von antihemischer Seite bereits im Siebter Wahlkampf „mit Erfolg“ verwendet.

### Spionageprozess.

Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig begann heute früh der Spionageprozess gegen den ehemaligen Souffleur des polnischen Theaters in Polen Sigmund Hieronim. In dem Gröffungsbeschluss wird dieser des verurtheilten Verrats militärischer Geheimnisse beschuldigt. Er soll versucht haben, sich Schriften usw. zu verschaffen, die in Wirklichkeit oder nach seiner Meinung geeignet waren, die Sicherheit des Deutschen Reichs zu gefährden, und dies in der Absicht getan haben, sie einer fremden Regierung zu übermitteln. Geladen sind zwei Sachverständige und sechs Zeugen. Hieronim kann sich nur durch einen Dolmetscher verständlich machen. Auf Antrag des Staatsanwalts Freiherren v. Eberz und Rodenstein wurde wegen Gefährdung der Staatssicherheit für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Leipzig, 4. Mai. In dem Spionageprozess wurde der Angeklagte Hieronim wegen Verstoßes militärischer Geheimnisse zu zwei Jahren Zuchthaus, fünfjährigem Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Zwei Monate der Untersuchungshaft wurden angerechnet.

### „Sau-Rekrut“ — keine Beleidigung.

Ritzlich wurde vom Nürnbergger Gericht ein Reskript wegen angeblicher Bedrohung und Schimpfung zu 6 Monaten und 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Sache kam dann vor das Oberlandesgericht. Dort hob der Verteidiger des Soldaten hervor, daß der Vorfall während des Wanders in einem Dorfe spielte und daß der Soldat durch den Unteroffizier gereizt war, da der Unteroffizier den Soldaten vor dem Publikum roh beschimpfte und ihn einen „Sau-Rekruten“ nannte. Danach führte der die Verhandlung leitende Oberlandesgerichtsrat Schmidt in der Urteilsbegründung aus, daß die Bezeichnung „Sau-Rekrut“ für den Soldaten (der Mann diente im dritten Jahre) keine Beleidigung gewesen sei und daß der Soldat kein Recht hatte, sich deswegen aufzuregen!

### Ein militärisches Schreckensurteil.

Der Reskript des 3. bayerischen Uebungsregiments Heinrich Tennstätt aus Bayern hatte sich dieser Tage vor dem Nürnbergger Gericht wegen Schimpfung und wegen tätlichen Ver-

greifens an einen Vorgesetzten zu verantworten. Tennstätt, der seit September 1910 zur Reserve entlassen ist, lag während der vorjährigen Manöver in dem unterfränkischen Dorfe Holzhausen im Quartier. Am 28. August wurde T. nachts nach dem Zapfenreich durch den Wirtschmeister Reichenbach von einer Tanzmusik weggeführt. Aus Aerger darüber nahm Tennstätt vor dem Dorfwirtshaus einen Maßkrug und warf diesen dem Wirtschmeister, als dieser das Wirtshaus verließ, in den Kopf. Der Wirtschmeister trug nur eine unerhebliche Verletzung davon. Der Soldat war stark angetrunken. Trotzdem lautete das Urteil auf 3 Jahre, 15 Tage Gefängnis.

### Italien.

#### Giolitti drangaliert die Beamten.

Giolitti hat sich noch nicht recht an seine neue Information als Demokrat und Freiheitsfreund gewöhnen können und fällt deshalb öfter aus der Rolle. So berichtet unser Neapolitaner Parteiblatt, die „Propaganda“, daß der im August v. J. gegründete Verband der Präfekturbeamten vom heutigen Ministerpräsidenten in der Weise aufgelöst wurde, daß dieser den Präfekten von Mailand beauftragte, allen Präfekturen die „freiwillige“ Auflösung des Verbandes zu melden. Da nicht alle Sektionen sich mit gleicher Freudigkeit auflösen wollten, hat Giolitti unlängst ein telegraphisches Rundschreiben an alle Präfekturen geschickt, worin gesagt wird, daß der Verband unvereinbar mit den Obliegenheiten der Beamtschaft gewesen wäre und daß er jeden Widerstand gegen die Auflösung sowie jeden etwaigen Versuch zu einer Neugründung als schwere Disziplinverletzung ansehen würde. Dabei handelt es sich um einen Verband, zu dessen Gründung der damalige Ministerpräsident Luzzatti ein befallendes Telegramm geschickt hatte! Aber Luzzatti war bekanntlich konservativ, während Giolitti augenblicklich demokratisch ist.

### England.

#### Die Vetobill.

London, 4. Mai. Im Unterhause wurde gestern die Einleitung zur Vetobill angenommen. Die Einzelberatung über die Klauseln wurde dann unter lange anhaltenden Beifallrufen der Ministerialen zum Abschluß gebracht.

Premierminister Asquith kündigte an, Lloyd George hoffe, das Budget am 15. Mai vorzulegen.

### Marokko.

#### Die Lage in Fes.

Tanger, 4. Mai. Der französische Konsul in Fes sagt in seiner Meldung über den Einzug der Kolonne des Majors Brémont am 26. April, alle Instrukteure seien wohl auf. Der Kampf sei ein erbitterter gewesen, die Stämme hätten sich nicht unterworfen. Die Blockade dauere fort, es herrsche Mangel an Lebensmitteln und die Notwendigkeit neuer Zufuhr sei nach wie vor dringend.

Im Gegensatz zu der offiziösen französischen Darstellung stehen private englische Nachrichten, die mehr Vertrauen verdienen. Danach ist in Fes alles ruhig. Die Stämme kehren in ihre Bezirke zurück. Für die Europäer liegt keine Notwendigkeit vor, Fes zu verlassen. Die Straßen sind frei. Die Städte Meknes und Sefru haben Deputationen nach Fes entsandt, die dem Sultan ihre Unterwerfung anbieten und ihn um Verzeihung bitten sollen. Die Verderbten Meknes.

#### Ein Sieg Malay Hafds.

Paris, 4. Mai. Der hier weilende marokkanische Minister des Aeußeren El Mokri erhielt eine Depesche aus Tanger mit Nachrichten aus Fes vom 27. April, welche besagt, daß der Sultan sofort nach der Ankunft der Mahalla Brémont einen allgemeinen Angriff gegen die Beni Kher unter Leitung des Großwesirs unternommen ließ. Die schertischen Truppen trugen einen glänzenden Sieg davon. Die Aufständischen sind zweifelslos sehr geschwächt. Der Anbruch der Nacht verhinderte die Mahalla, den Kampf fortzusetzen. Der Raufen beschloß, die Aufständischen am 28. April von neuem anzugreifen. — Nach weiteren Meldungen hatte die Mahalla Brémont in den Scharmühen auf dem Marsche nach Fes im ganzen 30 Tote und ebensoviel Verwundete. Von den 7000 jetzt dem Raufen zur Verfügung stehenden Truppen gehören 2000 zur Mahalla Brémont, 2400 zur Mahalla Mangin, 2000 sind irreguläre Truppen.

#### Die Stimmung in Spanien.

Madrid, 4. Mai. Die Gereiztheit der spanischen Presse gegen Frankreich nimmt täglich zu und die heutigen Blätter halten sich namentlich über die von Algier ausgehende Aktion auf, die sie einmüthig als Eroberungsalaktion kennzeichnen. Der „Imparcial“ meint, nach der Weizung von Fes sei der vertragmäßige Zweck der Intervention erreicht und die Mächte müßten gegen weitere Operationen protestieren, wenn nicht die Algecirasballe als annulliert gelten sollte. Ministerpräsident Canalejas hat einem Berichterstatter des „Zeit Parisien“ erklärt, er sei wegen der Stimmung, die sich in der Presse und der Bevölkerung gegen die französische Unternehmung in Marokko geltend mache, lebhaft beunruhigt. Gewisse Kreise behaupteten, daß die Unternehmung den Interessen und dem Einfluß Spaniens abträglich sein müsse. Diejenigen, die das dächten und schrieben, lenkten die Frage nicht gründlich. Durch die diplomatische Verschwiegenheit werde nicht verhindert, daß Einzelheiten über die spanisch-französischen Verhandlungen enthüllt würden, aber es sei dadurch zweifellos ein Zustand feindlicher Gestimmung geschaffen, den er aufrichtig beklage, der jedoch nicht besehrt werden könne.

### Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Mai, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Kommissare. Zunächst werden eine Reihe von Petitionen als zur Erörterung im Plenum für ungeeignet erklärt.

Auf Antrag des Abg. Hoffmann wird eine von diesen Petitionen, ausgehend von W. Neumann in Haag (Holland), der sich über unlautere Manipulationen beschwert, wobei ein Kommerzienrat Siehn in Düsseldorf beteiligt sein soll, an die Kommission zurückgewiesen.

Es folgt die Beratung des schleunigen Antrages der Sozialdemokraten betreffend

Einsetzung des gegen den Abg. Dr. Liebnecht beim Ehrengericht der Anwaltskammer zu Berlin schwebenden Verfahrens.

Die Geschäftsordnungskommission empfiehlt durch ihren Berichterstatter, Abg. Peltzohn, die Ablehnung des Antrages.

#### Abg. Hirsch (Soz.):

Das Abgeordnetenhaus hat in Uebereinstimmung mit anderen deutschen und außerdeutschen Parlamenten bisher stets die Praxis befolgt, solche Anträge auf Einstellung eines Strafverfahrens gegen einen Abgeordneten ohne weitere Debatte anzunehmen. (Sehr wahr!) Bei den Sozialdemokraten. Bei unserem Antrage aber wird die Ueberweisung an die Geschäftsordnungskommission



Kommission beschlossen. Wir haben selbst einen solchen Antrag gestellt, nachdem uns mitgeteilt worden war, daß die Herren von der Rechten eine große Staatsaktion planten, um ihnen zuzukommen, und wir haben es nicht bereut, denn wir haben dadurch einen sehr wertvollen Kommissionsbericht erhalten, der zugleich ein bedeutendes Dokument für den Grad ist, den die

#### politische Verblendung und Parteilichkeit

in diesem Hause erreicht haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mein Freund Liebknecht persönlich wollte auf die Immunität verzichten, aber die Mehrheit meiner Freunde konnte ein solches Recht einem einzelnen Abgeordneten nicht zuerkennen und deshalb haben wir den Antrag auf Einstellung des Verfahrens gestellt. Es handelt sich nicht etwa um irgendein gemeines Verbrechen, das verfolgt werden soll, sondern ein Berliner Rechtsanwalt hat Ende Oktober 1910 beim Justizminister beantragt, gegen Liebknecht wegen einer Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Magdeburg einzuschreiten, also wegen eines politischen Vergehens. Der Antrag ist weiter gegeben an den Oberstaatsanwalt des Kammergerichts, dieser ist mit dem Oberstaatsanwalt und dem Oberstaatsanwalt in Raumburg in Verbindung getreten, beide aber haben ebenso wie der Erste Staatsanwalt in Magdeburg einen Anlaß zum Einschreiten nicht gefunden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann wurde die Eröffnung der Voruntersuchung beim Ehrengericht der Anwaltskammer beantragt. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Auf Beschwerde des Oberstaatsanwalts hat dann das Kammergericht die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer in Berlin ohne Voruntersuchung verfügt, weil Liebknecht in Magdeburg über den Kaiser von Rußland und die preussische und baltische Regierung schwer beschimpfende und aufreizende Äußerungen getan habe und sich durch dies Verhalten außerhalb seines Berufes der Ächtung, die der Beruf eines Rechtsanwalts erfordert, unwürdig gezeigt habe. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Also das Ehrengericht hat den Antrag auf Eröffnung der Voruntersuchung abgelehnt. Das muß man sich vergegenwärtigen, wenn man den unerböhrten, einem ungläublichen Fanatismus entsprungenen Beschluß der Geschäftsordnungskommission richtig würdigen will. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) — Uebrigens will ich noch den Namen des Denunzianten mitteilen, von dem der Antrag ausgegangen ist, es ist der

Rechtsanwalt Dr. Schwabe aus der Charlottenstraße in Berlin.

Der Herr wird der Regierung für eine zünftige Ordensverleihung bestens empfohlen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) — Der Kommissionsbericht bezieht sich nun auf einen Beschluß aus dem Jahre 1883, worin die vom Hause früher befolgten Prinzipien niedergelegt sind. Danach sei es nicht die Aufgabe der Kammer, zu prüfen, ob die erhobene Anklage begründet sei oder nicht. Ferner begründe der Artikel 84 kein absolutes Privileg der Abgeordneten, während der Dauer der Session einer Untersuchung entzogen zu werden, die Sittlichkeit eines Strafverfahrens dürfe vielmehr nur dann eintreten, wenn ganz überwiegende Gründe dafür vorliegen. Während nun das Haus in früheren Zeiten stets das Vorliegen solcher überwiegender Gründe anerkannt hat, hat die Kommission im vorliegenden Falle dies verneint. Bisher wurden überhaupt die Gründe nicht geprüft, sondern ein solcher Antrag wurde einfach angenommen. Mit dieser Praxis will man jetzt brechen. Wenn aber erst die Gründe jedesmal geprüft werden sollen, dann ist es mit der Gleichberechtigung der Abgeordneten zu Ende, dann gibt es keine Gerechtigkeit mehr. Ich bitte Sie nicht um Annahme unseres Antrages. Das halten wir nicht mit unserer Ehre für vereinbar, es liegt auch nicht im Sinne des Abg. Liebknecht. Für uns handelt es sich hier um die Wahrung des Ansehens des Parlaments. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Raeren (3.): Wir treten dem Kommissionsbeschluß nicht bei. Wir wollen, daß an der bisherigen Praxis festgehalten wird, die dieses Haus und auch der Reichstag seit Jahren geübt hat. Auch ist der Antrag auf Einstellung des Verfahrens sachlich begründet. Das Verfahren kann während der Session stattfinden und dann ist der Abg. Liebknecht an der Ausübung seines Mandats verhindert. Wir bitten daher um Ablehnung des Kommissionsantrages. (Bravo links.)

Abg. Mathis (natl.): Die bisherige Praxis des Hauses steht zweifellos nicht im Einklang mit dem Sinn der Verfassung. (Hört! hört! rechts.) Danach sollte von dem Recht der Einstellung des Verfahrens nur Gebrauch gemacht werden, um tendenziöse Verfolgungen von Abgeordneten zu verhindern. Wir wollen aber trotzdem von dem seit dreißig Jahren geübten Brauch des Hauses nicht abweichen und werden daher gegen den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. Traeger (Rp., auf der Tribüne unverständlich) spricht für den Antrag auf Einstellung des Verfahrens.

Abg. v. Brandenstein (L.): Meine Freunde werden für den Kommissionsantrag stimmen. Der Antrag ist von mir ausgegangen, weil ich durch eingehendes Studium der Geschäftsordnung zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß so manches, was in diesem Hause üblich ist, seine innere Berechtigung hat. (Abg. Hoffmann (Soz.): Sehr wahr! Heiterkeit.) Deshalb habe ich auch beantragt, eine allgemeine Revision der Geschäftsordnung vorzunehmen. Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich der Brauch herausgebildet, daß das Haus ohne jede Prüfung der Sachlage einfach jeden solchen Antrag auf Einstellung eines Verfahrens angenommen hat. Man hat ganz im Gegenstand zu dem Geist der Verfassung es so hingestellt, als handle es sich um ein Privilegium für die Abgeordneten. Ueberhaupt herrscht ja die Tendenz vor, die Freiheiten und Rechte der Abgeordneten immer mehr zu erweitern. Hat man doch sogar beantragt, daß der Abg. Liebknecht bei Beginn der Session sofort aus seiner Festungshaft entlassen werden solle. Man sagt einfach, jeder Abgeordnete habe die Pflicht, im Hause anwesend zu sein. Das war natürlich nicht haltbar, die Erfahrung beweist ja, daß ständig ein großer Teil des Hauses diese Pflicht, im Hause anwesend zu sein, nicht erfüllt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.) Dann hat man von dem Rechte der Volksvertreter gesprochen und hat gesagt, der Wille des Volkes sei das oberste Gesetz. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wo das Recht, weis ich ja nicht. (Heiterkeit rechts.) Unter Volk verstehen die Herren aber nur sozialdemokratische Volksversammlungen. Ein könig- und gottesreuer Mann ist für Sie überhaupt nicht Volk, sondern entweder blödsinnig oder ein verworfener Reich. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — In der Kommission wurde von einem Redner gesagt, er sei zwar mit meinen Ausführungen einverstanden, aber man müsse bedenken, daß hier ein Sozialdemokrat in Betracht komme. Demgegenüber erinnere ich an das Dichterverwort: „Der eine fragt: was kommt danach, der andere: was ist recht, und dadurch untergehelt sich der Freie vom dem Knecht.“ Wir fühlen uns frei von jeder Anständigkeit der Sozialdemokratie (Wächter links) und stimmen deshalb einstimmig für den Beschluß der Kommission. (Lebhaftes Bravo! rechts. Bisken links.)

Abg. Biersch (rel.) erklärt, daß auch seine Freunde an dem Kommissionsbeschluß festhalten.

Die Abgg. v. Sap-Jaworski (Pole) und Brust (3.) sprechen für die Einstellung des Verfahrens.

Abg. Dirck (Soz.): Herr v. Brandenstein, der so siegesbewußt in den Kampf gezogen ist, muß nun erleben, daß nur noch die beiden konservativen Parteien für seinen Antrag stimmen. (Lachen rechts: Abwarten!) Die Konservativen hatten es wieder einmal für nötig, als Retter des Vaterlandes aufzutreten und Ordnung zu schaffen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir geben Herrn v. Brandenstein durchaus zu, daß hier im Hause manches üblich ist, was innerlich nicht berechtigt ist, und es erfüllt uns mit Genugtuung, daß es erst des Eintretens der Sozialdemokraten in dies Parlament bedurft hat, um die Herren daran zu erinnern, daß es Zeit ist, hier einmal Ordnung zu schaffen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Nationalliberalen nur deshalb für unseren Antrag stimmen, weil wir eine Wählerpartei sind, dann sollten sie lieber ihre Ueberzeugung folgen und den Kommissionsantrag annehmen. Herr

v. Brandenstein hat dann die Debatte auf das politische Gebiet hinübergeworfen und sagte, wir erklärten jeden, der königreich und gottesfürchtig ist, für blödsinnig. So etwas ist uns natürlich niemals eingefallen. Wir haben vielmehr tiefes Mitleid mit allen denen, die Herrn v. Brandenstein und seinen Freunden nachlaufen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), und werden alles tun, auch diese aufzuklären, wie falsch sie beraten sind. Herr v. Brandenstein meinte, es handle sich hier um eine Lappalie. Dabei dreht es sich um ein Verfahren, das zum Zwecke hat, die ganze wirtschaftliche Existenz des Abg. Liebknecht zu ruinieren. Die Angehörigen freier Berufe sind ja nicht so gut gestellt, wie zur Disposition gestellte Beamte, für die sich im preussischen Staate noch immer fette Einkünfte finden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber der Berufung des Herrn von Brandenstein auf das Dichterverwort von den Freien und Knechten bemerke ich ihm: Sie spielen sich hier als freie Männer auf, wo Sie die Macht haben durch das Dreiklassenwahlrecht. Für meine Freunde muß ich entschieden protestieren dagegen, daß wir unseren Antrag aus anderen als Gerechtigkeitgründen gestellt hätten. Würden wir danach fragen: was kommt danach? dann wäre es uns das liebste, Sie lehnten unseren Antrag ab, denn unsere Partei wird nur dadurch gefördert. Aber für uns handelt es sich hier nicht um das Interesse der Partei, sondern um die Wahrung des Ansehens des Parlaments.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Die Ausführungen des Abgeordneten v. Brandenstein erwecken den Anschein, als ob ein Teil dieses Hauses nicht aus Gründen, die in der Sache selbst liegen, für den Antrag eingetreten sei. Für meine politischen Freunde weise ich diesen Vorwurf zurück. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Nachdem noch der Abg. Dr. Bell (3.) gegen den Kommissionsantrag gesprochen hat, schließt die Debatte.

Auf Antrag des Abg. v. Gappenheim (L.) wird über den Antrag der Kommission namentlich abgestimmt.

Der Antrag der Kommission wird mit 123 Stimmen gegen 116 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzes, das die Blinden und taubstummen Kinder zum Besuch der für sie eingerichteten Unterrichtsanstalten verpflichtet.

Nach kurzer Debatte, in der u. a. Abg. Liebknecht den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion entwickelte, wird die Vorlage an die Unterrichtscommission verwiesen.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. (Erste Lesung der Sekundärbahnvorlage.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Aus der Partei.

### Genosse Stadthagen

hat die Operation gut überstanden. Sein Zustand ist den Umständen entsprechend befriedigend. Der Patient ist vollständig fieberfrei. Es besteht Aussicht auf vollständige Wiederherstellung.

### Blumentage.

Die meisten deutschen Städte stehen jetzt im Zeichen der Blumentage. Margareten- und Kornblumentage usw. sollen veranstaltet werden, um Kranken und leidenden Kindern und Invaliden zu helfen. Das Bürgertum will mit solchen Veranstaltungen sein soziales Gewissen beschwichtigen und durch eine Art bereit angelegten Wohlthätigkeitsporis sich über die sozialen Krebsgeschäden unserer Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung hinwegtäuschen. Daß die Summen, die durch den Massenverkauf von Blumen durch vom Wohlthätigkeitsrat besessene junge Damen erzielt werden, nur einen Tropfen auf den heißen Stein bedeuten, daß das Elend unzähliger Kinder, Mütter und Invaliden in Leiden wurzelt, die auch die bestgemeinte Wohlthätigkeit nicht beseitigen kann, sollte jedem Kenner der sozialen Verhältnisse klar sein. Um so befremdlicher ist es, daß einige Parteiblätter ihren, bei verschiedenen sehr gering bemessenen Raum den Blumentag-Komitees zur Verfügung stellen und ohne jede Kritik, höchstens mit ein paar lendenlahmen Bemerkungen, deren Reklamenotizen abdrucken. Wir meinen, die sozialdemokratische Presse hätte alle Ursache, diese neue Art von geblimter-unverblühter Wohlthätigkeitsplage recht gründlich unter die Lupe zu nehmen. Wir haben uns nicht auf den Standpunkt des Spielers zu stellen, der da meint, er habe eine soziale Großtat begangen, wenn er für zwanzig oder fünfzig Pfennige Margareten oder Kornblumen kauft. Die sozialdemokratische Presse, die die Auferstehung zum Streit gegen alle soziale Kollage und Ausbeutung sein soll, hat andere Dinge zu tun, als bürgerliche Wohlthätigkeitssejeren zu fördern und zu begünstigen.

Die Bremer Arbeiterpartei beabsichtigt, dem für dort geplanten Margareten-Tage als Protest einen proletarischen Blumentag entgegenzustellen. Arbeiterfrauen und junge Mädchen sollen am 10. Mai rote Ketten zum Weisen des Wohlstands verkaufen. Darob natürlich großes Entsetzen in der gutgefinnten Presse. Uns erscheint aber diese Lösung der Blumentag-Frage konsequenter und würdiger, als die beabsichtigte oder unbeabsichtigte Unterstützung des bürgerlichen Blumentag-Kommis durch sozialdemokratische Zeitungen.

### Tschechisch-separatistische Sonderlandabteilungen in Böhmen.

In Dux und Brüx fanden am Sonntag Konferenzen der tschechischen Genossen statt, die sich im Prinzip dafür erklärten, für die Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen mit allen Kräften zu arbeiten. Nur im Duxer und Brüxer Bezirke, wo die tschechischen sozialdemokratischen Organisationen stärker sind als die deutschen, mühten Ausnahmen gemacht werden. Da überdies in diesen beiden Bezirken Funktionäre der zentralistischen Union der Bergarbeiter aufgestellt wurden, beschlossen beide Konferenzen die Aufstellung eigener Kandidaten der tschechischen Sozialdemokratie. In Dux-Land wird gegen Genossen Karolm, den Obmann der Union der Bergarbeiter, der Obmann des tschechischen Bergarbeiterverbandes, Josef Horacek aus Brüx, in Brüx-Land gegen Genossen Wajton der Redakteur des separatistischen Bergarbeiterorgans, Josef Budil, kandidieren.

Außer dem in Wien von den tschechischen Zentralisten herausgegebenen Tagesblatt „Dělnický Denník“ sind auch in Jungbunzlau, in Pilsen sowie in Mährisch-Osterau zentralistische Wochenblätter gegründet worden.

### Aus der italienischen Partei.

Ein reformistisches Vertrauenstimmum. Die Wähler des Wahlkreises Ostiglia haben auf dem Kongreß ihres Kreises ihrem Abgeordneten Bonomi, ihr völliges Vertrauen ausgesprochen. Bonomi sollte beunruhigt als Unterstaatssekretär in das Kabinett Giolitti eintreten. Dem Kongreß wohnten nicht weniger als 9 reformistische Abgeordnete, darunter Bissolati, Turati und Cabrini, bei.

### Parteiliteratur.

Der preussische Schuhmannschneiderei wird in einem launigen Widerwort ein satirisches Denkmal gesetzt, das soeben in der Verlage der Buchhandlung Sorwarski unter dem vielversprechenden Titel: „Der Geist der Kunstfriedeheit“ erscheint. In Bildern, Versen und „Vöchern“ zeigt hier G. Deandi, welche ungläubliche Verirrungen dem preussischen Volkzeter fertig gebracht werden, um den Geist des Kunstverges zu zerschmettern. Das schmutz ausgekettete Werk, das sich ganz besonders zur Anschaffung für Bibliotheken, Vespischen, Wartezimmer der Organisation usw. eignet, ist durch alle Buchhandlungen zum Preise von 2,50 M. zu beziehen.

## Soziales.

Ortskrankenkassen können ungestraft verleumdet werden.

Der soeben erscheinende Jahresbericht der Kieler Ortskrankenkasse berichtet über einen Fall, der zeigt, wie schuldig die Orts-

Frankenkassen gegen die von Reichsbürgern und der ihnen nahe- stehenden Kreise ausgeprägten Verleumdungen sind. In der Reichsversicherungsordnungskommission hatte der konservative Reichstagsabgeordnete Pauli-Boisdam Beschuldigungen allgemeiner Art gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse in Kiel erhoben, ohne aber nähere Tatsachen anzugeben. Herr Pauli, von dem Vorstand der Ortskrankenkasse in Kiel aufgefordert, seinen Gewährsmann und Tatsachen zu nennen, nannte als Gewährsmann einen früheren Angestellten der Kasse, den Kaufmann G. Walther, Kiel, lehnte aber die Angabe von Tatsachen ab. Der Vorstand der Ortskrankenkasse stellte nun bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag gegen Walther wegen Verleumdung. Der Erste Staatsanwalt Jeschke am Kieler Landgericht lehnte aber die Erhebung der öffentlichen Anklage ab. Es fehle an einer ausreichenden Grundlage, daß Walther tatsächlich Äußerungen getan habe, die eine strafbare Verleumdung enthalten. Die weitere Begründung der Ablehnung ist nun gerade nicht besonders schmeichelhaft für den Abgeordneten Pauli. Es heißt darin nämlich:

„Daß die Information des Walther an den Abgeordneten Pauli so gefaßt hat, wie sie von diesem zum Vortrag gebracht worden ist, ist nur eine Vermutung Ihrerseits. Walther selbst hat dies nicht zugestanden. Es ist daher die Möglichkeit, daß seine Äußerungen sich durchaus im Rahmen einwandfreier oder mindestens durch die Schlußvorschrift des § 103 Str.-G.-B. gedeckter Mitteilungen gehalten haben, nicht von der Hand zu weisen. Bei dieser Sachlage ist für die Staatsanwaltschaft auch für eine Vernehmung des Pauli als Zeugen kein genügender Anlaß gegeben, um so weniger, als ein unbedingt öffentliches Interesse an weiterer Klarstellung des Sachverhalts und an der Erhebung der öffentlichen Anklage in vorliegendem Falle verneint werden muß.“

Der Vorstand der Kasse beschwerte sich gegen diesen Bescheid bei dem Oberstaatsanwalt. Und nun beschneigt in seiner Antwort auf die Beschwerde der inzwischen zum Oberstaatsanwalt avancierte frühere Erste Staatsanwalt Jeschke dem früheren Ersten Staatsanwalt Jeschke, daß er vollständig korrekt gehandelt habe, als er die Erhebung der öffentlichen Anklage ablehnte.

Wenn einer der reichsbürgerlichen Verleumder von einem sozialdemokratischen Redakteur einmal etwas unfaßt auf die Bühnenaugen getrieben wird, dann hat es die Staatsanwaltschaft sehr eilig mit der Erhebung der öffentlichen Anklage, dann liegt immer ein öffentliches Interesse vor. Aber der Vorstand einer öffentlichen, auf gesetzlichen Bestimmungen beruhenden Einrichtung — leben wir doch in der Ära des schwarzblauen Fieselblocks, wo die Verleumdung der Ortskrankenkassen zum Waffens Arsenal aller „Staatsbehaltenden“ gehört. Das Bild wäre nicht vollständig, wenn wir nicht auch der Tätigkeit der Kieler Aufsichtsbehörde über das Krankenkassenwesen in dieser Sache gedenken würden. Herr Stadtrat Frese, rühmlichst bekannt durch seine schamlose Tätigkeit beim Kieler Gemeindefreiwirtschaft, eruchte von den zwölf Mitgliedern des Vorstandes der Kasse ein Arbeitgebevorstandsmitglied, ihm Auskunft zu geben über die Einträge, die es über Vorgänge im Vorstand gewonnen habe. Herr Frese hatte sich ausgerechnet ein Arbeitgebevorstandsmitglied für seine Informationen ausgewählt, und zwar ein solches, das erst vor drei Monaten in den Vorstand gewählt worden war und erst an einigen Sitzungen des Vorstandes teilgenommen hatte. Haben wir nach obigen zuviel gesagt, daß die Ortskrankenkassen gegen Verleumdungen schuldig sind?

## Aus Industrie und Handel.

### Bergmann.

Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft sowie Siemens u. Halske resp. Schuckert würden heute schon, nachdem sie auch die Lahmeyer- u. G. geerbt haben, das Monopol für die gesamte deutsche Großelektrizitätsindustrie besitzen, wenn nicht die 1893 mit nur einer Million Aktienkapital gegründeten Bergmannwerke zu einem beachtenswerten Konkurrenten sich ausgewachsen hätten.

Welche Entwicklung dieses Elektrizitätsunternehmens genommen hat, zeigen die Ziffern seines Kapitalwachstums. Die Bergmanngesellschaft besitzt jetzt 29 Millionen Mark Aktienkapital und 10 Millionen Mark Obligationen. Geplant ist die Aufnahme weiterer 10 Millionen Mark Obligationen. Was jetzt sind alle Versuche der A. E. G., mit den Bergmannwerken zu einer Einigung zu kommen, gescheitert.

Die Deutsche Bank, die neben der Disconto-Gesellschaft und dem Schaaffhausenschen Bankverein finanziell beteiligt ist, wird allerdings in dem Moment, wo der Kampf auf die stillen Reserven der A. E. G. und auch der S. u. H.-Gesellschaft unangenehm zu wirken beginnt, schon einschreiten müssen. Der letzte Geschäftsabschluss von Bergmann ergibt einen Rückgang der Dividende von 18 auf 12 Proz. Sicher noch ein sehr anständiger Gewinn, aber doch nur errungen durch einen fieberhaft betriebenen Absatz, der nicht allzusehr auf die für die Elektroindustrie üblich gewordenen hohen Preise hielt. Es lag da natürlich das eiserne Maß vor, denn die A. E. G. hat es an einem äußerst scharfen Preiskampfe nicht fehlen lassen. Vor Jahresfrist ließ sie offiziell erklären, es dürfe kein Zweifel darüber herrschen, daß für sie zu allen Zeiten die Versorgung ihres Angestelltenheeres (zu dem auch ihres Profilitereffes, D. Red.) mit Arbeit, event. mit Kleinarbeit, obenan stehe, und daß diese Beschäftigung gesichert werden müsse in scharfer Konkurrenz gegen andere, auch kleinere und neuere Produzenten, und zwar solange, bis die lang- ersehnte Volkbahn-Elektrifizierung eine be- queme Ausfüllung der Kapazität ermögli- che. So hielt es vor einem Jahre. Man hat Wort gehalten.

Damit ist die Gefahr eines Verschwindens des letzten Elektro- athenfelders näher gerückt. Ueber kurz oder lang wird es sich, wenn nicht die interessierten Großbanken anders wollen, nur noch um die Preisbestimmungen, wenn nicht gar um den Uebernahmepreis handeln. Für die Arbeiter ist der Konkurrenzkampf nachteilig. Die Lohnreduktionen in der Glühlampenabteilung der Bergmannwerke zeigen, wo man zu sparen versucht, wenn die Geschäfte angeblich ungünstig gehen. Und wenn eine vertragliche Einigung der jetzt noch scharfen Konkurrenten oder gar eine durchaus nicht unmögliche, heute allerdings noch nicht allzu wahrscheinliche Fusionierung durchgeführt wird, dann werden die Arbeiter gegen- über dem noch stärkeren Elektrokapital sicher auch keinen leichten Stand haben. Sie sind klug, wenn sie sich danach richten.

### Der Konsum von Rindfleisch.

Daß auch im laufenden Jahre die Ausfuhr der Ver- sorgung Deutschlands mit Fleisch noch wenig günstig sind, das ist aus der Entwicklung des Viehauflerles zu schließen, dessen Zunahme in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum steht. Die Versorgung mit Rindfleisch dürfte sehr hoch hinter der vor- jährigen zurückbleiben, denn im ersten Quartal dieses Jahres betrug der Rindviehauflerle an 40 der wichtigsten deutschen Reichsmächte nur 72,70 Millionen Kilogramm gegen 82,72 Millionen Kilogramm im ersten Viertel des Vorjahres und 81,11 Millionen im selben Zeit- raum 1909. Die Raul- und Klauenpreise hat im laufenden Jahre vornehmlich in den östlichen Provinzen so gestiegen, daß der Rindviehbestand in den betroffenen Gegenden sehr geschädigt worden ist. Gerade die Versorgung mit Rindfleisch aber hat schon im vergangenen Jahre scharf abgenommen und auf den Kopf der Bevölkerung kamen im Jahre 1910 durchschnittlich nur 15,56 Kilo- gramm Rindfleisch gegen 16,81 Kilogramm im Jahre 1909. — Für die Agrarier aber besteht kein Kostendruck, denn sie erzielen ja Sportpreise.



# Die Bäcker vor dem Einigungsamt.

Am Donnerstag wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Sie drehten sich um die Forderungen in bezug auf Lohn und Arbeitszeit.

Gehschock begründete die Forderungen. Schon der im Jahre 1906 festgesetzte Mindestlohn von 23 M. bedeutete keine Erhöhung, sondern nur die allgemeine Anerkennung eines in vielen Fällen bereits gezahlten Lohnes. Seit 1906 sei keine Lohn-erhöhung eingetreten, aber die Lebenshaltung habe sich, besonders durch die Zoll- und Finanzpolitik, erheblich verteuert. Mit Rücksicht darauf werde von vielen Meistern schon ein höherer als der Mindestlohn gezahlt. Aus diesen Gründen rechtfertige sich die Forderung, den Mindestlohn auf 27 M. zu erhöhen, Anetzern und Werkmeistern entsprechend mehr zu zahlen, für Aushilfen 5 M., für Konditionen 6 M., Sonnabends und Sonntags aber 8 M. für Konditionen zu bewilligen. Die Arbeitszeit betrage jetzt 12 Stunden mit einstündiger Pause. Eine Herabsetzung auf 11 Stunden sei namentlich dadurch begründet, daß infolge der mehr und mehr sich verbreitenden technischen Neuerungen, Anwendung von Maschinen und Unterzügen, die Arbeit viel intensiver geworden sei und die Kraft der Arbeiter viel mehr angepannt und ausgenutzt werde als wie es bei der alten Arbeitsmethode der Fall gewesen sei. Für Großbetriebe werde die 10stündige Arbeitszeit gefordert, weil hier die neue Arbeitsmethode die größten Anforderungen an die Leistungen der Arbeiter stelle.

Obermeister Schmidt sagte, die Erfüllung dieser Forderungen würde das Väderegeterbe zugrunde richten. Er habe ge-

glaubt, Gehschock werde diese Forderung nicht aufrechterhalten, da doch die Meister geneigt seien, den Ruhetag zu bewilligen, was für sie eine erhebliche finanzielle Belastung bedeuten würde. Der Mindestlohn von 23 M. werde ja nur solchen Gesellen gezahlt, die von außerhalb kommen oder eben ausgelernt haben. Ältere und tüchtige Arbeitskräfte bekämen schon jetzt höhere Löhne und in verantwortlichen Stellen würden 30 M. und mehr bezahlt. Ueber eine Erhöhung des Mindestlohnes von 23 auf 24 M. ließe sich reden. Das würden die Meister vielleicht bewilligen. Aber ein Mindestlohn von 27 M. werde rundweg abgelehnt. Ueber eine Verkürzung der Arbeitszeit in den Großbetrieben würde sich reden lassen. Für das Kleingewerbe werde jede Arbeitszeitverkürzung rundweg abgelehnt. Die Arbeit in den Kleinbetrieben sei nicht so anstrengend, daß die Arbeitszeit verkürzt werden müßte. Viele Gesellen arbeiteten am liebsten in Kleinbetrieben, weil sie hier nicht so angepannt werden wie in Großbetrieben. Auch finanziell könnten die Kleinbetriebe eine Arbeitszeitverkürzung nicht tragen. Vielleicht hätten die Vertreter des Väderegeterbandes ein Interesse, das Gewerbe zugrunde zu richten. Aber da machen die Meister natürlich nicht mit.

Nach diesen Erörterungen zog sich das Einigungsamt zur Beratung zurück. Später erfolgten noch mehrfache Sonderverhandlungen der Vertrauensmänner mit den Parteien, die sich bis gegen 8 Uhr abends hinzogen. Ein Resultat über Lohn und Arbeitszeit wurde aber noch nicht erreicht. Die Verhandlungen werden heute (Freitag) fortgesetzt.

## Gewerkschaftliches.

### Ausperrung der Hamburger Metallarbeiter wegen der Maifeier.

Den 1. Mai haben 10 000 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in Hamburg durch Arbeitsruhe begangen. Davon haben 2300 am 2. Mai die Arbeit wieder aufgenommen, 2000 sind einen Tag ausgesperrt, haben also am 3. Mai angefangen zu arbeiten, 3000 sind zwei Tage ausgesperrt, nahmen die Arbeit also am 4. Mai wieder auf, die übrigen 2700 Arbeiter sind zehn Tage, also bis zum 11. Mai, ausgesperrt. Von Maßregelungen und Entlassungen ist bisher nichts bekannt geworden.

#### Berlin und Umgegend.

**Drahtarbeiter, Schlosser, Signalbauarbeiter!** Die Firma G. & S., Drahtwerke, Wilhelm-Stolze-Str. 16, ist gesperrt, ebenso die Eisenkonstruktionswerkstatt von Hein. Lehmann u. Cie. in Reinickendorf. Etwaige Arbeitsangebote sind nicht zu beachten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Steinarbeiter nahmen in einer kombinierten Versammlung, die am Mittwochabend in den „Arminhallen“ stattfand, Stellung zu der Maiausperrung. Der Vorsitzende Winkler erklärte, daß die diesmalige Beteiligung an der Maifeier alle Erwartungen übertroffen habe. Mehr als 70 Proz. der Steinarbeiter haben am 1. Mai die Arbeit unterlassen, obgleich die Unternehmer mit Drohungen wie auch mit Versprechungen versuchten, die Arbeiter von der Maifeier abzuhalten. Bis zum Mittwochabend waren bei dem Verbande 250 Aussperrte gemeldet, die erst am Freitagmorgen die Arbeit wieder aufnehmen dürfen. Der Vorstand machte den Versammelten den Vorschlag, daß den Aussperrten vom ersten Tage der Aussperrung ab 3 M. pro Tag als Unterstützung gezahlt werden. Der Vorschlag wurde angenommen. Die Versammelten stimmten ferner der Empfehlung des Vorstandes zu, daß diejenigen, die am 1. Mai gearbeitet haben, mindestens 2 M. pro Mann in den Maifonds zahlen. — Daß die Steinarbeiter auch für die Wiedereinstellung der Hilfsarbeiter, die mit ihnen den 1. Mai gefeiert haben, Sorge tragen, wurde von allen Seiten als selbstverständliche Pflicht bezeichnet. — In der zweiten Diskussion fand das Verhalten derjenigen Arbeiter, die am 1. Mai nicht die Arbeit ruhen ließen, den schärfsten Tadel.

Bei der Ausschuswahl zum Berliner Kaufmannsgericht, welche am Mittwoch, den 3. Mai, stattfand, erhielt die Gewerkschaft, der Zentralverband der Handlungsgehilfen, zwei Beisitzer, während sie in der vorigen Periode nur einen Vertreter stellte. — Bei der Wahl der Kaufleute zum Ausschuss erhielt die sozialdemokratische Liste einen Beisitzer. Dieses Mandat, welches seiner Zeit der verstorbene Genosse Singer innehatte, wird jetzt Genosse Willi Friedländer ausüben.

#### Streikbrecher-Allüren.

Welche Helden die vom Staate und dem Unternehmertum so sorgsam beschützten und beschützten „nützlichen Elemente“ sind, beweisen zwei Vorgänge unter den „Arbeitswilligen“ der Firma Kurt Thomas in Spandau. Eines dieser Musterexemplare rühmte sich mit Stolz, bereits 13 Streiks geduldet zu haben. Auch bei dem jetzigen Streik bei der Firma Thomas versuchte er, unter den polnischen und galizischen Arbeitern in dem Massenquartier der Witwe Heyn, Tiefwerder 7a, Arbeitswillige für die Firma Thomas anzuwerben. Am letzten Sonnabend nun wurde er in einer Wirtschaft durch die Polizei verhaftet, weil er einem Arbeitskollegen ein Paar Hosen und die Schuhe gestohlen haben soll. Am 1. Mai kam es in dem obengenannten Massenquartier zu einer jener gefährlichen Revolverfehde. Unter den „Herren Arbeitswilligen“ entstanden Streitigkeiten, in deren Verlauf einer dieser „Helden“ den ihm zum „Schutze“ gegen die Streikenden überlassenen Revolver zog und einem Arbeiter in die Backen, einem anderen den halben Finger fortstach.

Derartige Helden genießen den Schutz des Unternehmertums und der Polizei und das „bon Rechts“ wegen“.

Auf Grund einer Beschlusse des Transportarbeiterverbandes hat sich allerdings die Polizeiverwaltung gemüßigt gesehen, Kontrollen auf dem Hafen unter den „Arbeitswilligen“ vorzunehmen und scheint dieselbe dabei einige Ausstände an der Dualität der „Herren Streikbrecher“ gehabt zu haben, da einige dieser Leute bereits den Landesausweis bekamen. Der am Sonnabend verhaftete nannte nicht weniger als fünf Invalidentypen sein eigen, und war dadurch in der Lage, seine Personalien zu wechseln wie ein Chamäleon die Farben.

Eine nette Gesellschaft, die dazu erkoren ist, anständigen und ehrlichen Arbeitern im Kampfe um Eringung besserer Arbeitsbedingungen in den Rücken zu fallen und die auf Grund dieser Tätigkeit sich alles Mögliche und Unmögliche ungestraft erlauben zu können glaubt.

#### Deutsches Reich.

### Drohender Streik der Breslauer Konfektionschneider.

Eine Versammlung der Breslauer Konfektionschneider nahm, nachdem wiederholte von den Gehilfen nachgesuchte Einigungsverhandlungen an dem Starsinn der Unternehmer scheiterten, eine Resolution an, in der es heißt, daß in der Breslauer Konfektionsbranche eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur durch Anwendung von Kampfsmitteln zu erreichen ist. Zur geeigneten Zeit soll die Lohnkommission die nötigen Schritte unternehmen. Beharren die Unternehmer auf ihrem ablehnenden Standpunkt, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen, so ist der Kampf unausbleiblich. In Breslau werden die niedrigsten Arbeitslöhne gezahlt.

**Die Kempner in Königsberg.** Die vor rund fünf Wochen ausgesperrt wurden, weil sie den von den Meistern aufgestellten Tarif nicht anerkannten, haben einen schönen Erfolg zu verzeichnen. Die Meister mühten schließlich Zugeständnisse machen. Die Junnung gab zunächst dem Ortsvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes als vertragschließendem Kontrahenten ihre Anerkennung, dann fügte das Einigungsamt des Königsberger Gewerbegerichts den Schiedspruch, der für die Gesellen eine Lohnserhöhung von 3 Pf. pro Stunde für das erste Jahr der Vertragsdauer bringt, während für das zweite Jahr der Vertragsdauer eine weitere Erhöhung des Stundenlohnes von 2 Pf. vorgeesehen ist.

**Transportarbeiter!** In Erfurt streiken seit dem 2. Mai 84 Postarbeiter und Sechsfuhrer der beiden Firmen Gottfried Rothe und Karl Vornkeisel. Nur zwei Arbeitswillige sind vorhanden. Die Streikenden verlangen die 14stündige Arbeitszeit einschließlich Pausen — und darum müssen sie streiken! Zugung ist fernzuhalten.

In sämtlichen Saunfabriken Aresfelds fanden gestern vormittag Abstimmungen darüber statt, ob die Weber, die eine Lohnserhöhung von 10 Proz. fordern, das Angebot der Arbeitgeber, die ihnen eine Lohnserhöhung von 8 Proz. gewähren wollen, annehmen sollen oder nicht. Die Abstimmung ergab eine Ablehnung des Angebots. Es ist zu erwarten, daß in den nächsten Tagen 1520 Weber ihre Kündigungen einreichen, wenn die Unternehmer kein größeres Entgegenkommen zeigen.

### Zur Tarifbewegung im Braunkohlenbergbau.

Im Reusfelwisch-Altenburger Revier haben die Belegschaften am 29. April die Kündigung prompt eingereicht. Selbst bürgerliche Zeitungen müssen zugeben, daß die Kündigungen so zahlreich erfolgt sind, daß etwa 90 Prozent der Arbeiter in Frage kommen. Auf mehreren Werken bleibt kein einziger Arbeiter stehen, weil alle gekündigt haben.

Werden die Unternehmer aus dieser Einmütigkeit der Arbeiter die richtige Lehre ziehen und sich zu Verhandlungen bereit erklären oder wollen sie absolut den Kampf? Diese Frage drängt sich jedem Unbeteiligten auf. Die nächsten Tage werden hierüber Aufklärung geben.

Vom Braunschwäger-Magdeburger Revier ist zu berichten, daß nur etwa die Hälfte der Arbeiterausschüsse sich bereit erklärt haben, die Forderungen der Arbeiter bei den Werksverwaltungen zu vertreten. Dies Ergebnis kann die Kenner der Verhältnisse nicht überraschen, weil vielfach Werksbeamte und unternehmertreue Arbeiter als Ausschussmitglieder fungieren. Diejenigen Ausschüsse, die ihre Aufgabe ernst nehmen, sind ihrer Pflicht bereits nachgekommen. Auf einigen Werken hat die Werksverwaltung den Arbeiterausschüssen versprochen, daß sie bis Ende dieser Woche einen endgültigen Bescheid erhalten würden.

Daß die Bergarbeiter das Verhalten derjenigen Arbeiterausschüsse, die die Forderungen der Arbeiter nicht vertreten, verurteilen, beweisen die am 30. April im ganzen Revier stattgefundenen Belegschaftsversammlungen. Der Besuch dieser Versammlungen war ein sehr starker; über 3000 Besucher konnten gezählt werden. In allen Versammlungen kam die Empörung über die ablehnende Antwort der Werksverwaltungen zum Ausdruck, aber auch die wohlwollige Haltung verschiedener Arbeiterausschüsse fand die richtige Würdigung. Die Versammlungen wählten für die jeweiligen Werke, wo die Ausschüsse verlagert haben, besondere Lohnkommissionen und beauftragten diese, die Forderungen und Interessen der Arbeiter gegenüber den Werken zu vertreten. Sämtliche Versammlungen erklärten sich mit den Beschlüssen der Konferenz vom 17. April einverstanden.

Die Werksverwaltungen versuchen, die Arbeiter einzuschüchtern. So hatte die Verwaltung des Werkes „Treue“ (Braunschwäger Kohlenwerke) am letzten Samstag eine Feierschicht wegen Mangel an Absatz eingelegt. Während der größere Teil der Belegschaftsmitglieder nun zu Hause war, wurden die Arbeiter aus der Werkskantine herausgeholt, damit Kohlen gefördert werden konnten. Werksboten suchten einzelne Belegschaftsmitglieder in den Wohnungen auf, um sie zur Grube zu holen.

Dieser Vorgang beweist, daß die Geschäftslage in der Braunkohlenindustrie eine gute ist und daß die Behauptungen der Werksverwaltungen, die Geschäftslage sei sehr schlecht, eitel Lug und Trug sind. Das wird auch durch die Arbeitsmarktübersicht des Reichsarbeitsblattes bewiesen, in der konstatiert wird, daß der Geschäftsgang in der Braunkohlenindustrie im Monat März gegenüber demselben Monat des Vorjahres befriedigend gewesen sei.

### Verschärfung des Kampfes in der Hamburger Holzindustrie.

Die Hoffnung der Unternehmer auf Uneinigkeit der Arbeiter ist aufgegeben worden, obwohl die Wäcker der Aussperrung durch Flugblätter und Aufrufe den Erispapel in die Reihen der um ihr gutes Recht und um äußerst minimale Forderungen kämpfenden Arbeiter zu tragen suchten. Ueber die einzelnen Phasen dieses von den Scharfmachern im Holzgewerbe zu einer Prinzipienfrage gestempelten Kampfes haben wir unsere Leser fortlaufend unterrichtet. Ein Teil der Holzarbeiter ist bekanntlich ausgesperrt, ein weiterer Teil kämpft um die Anerkennung der aufgestellten Forderungen, während die Mehrzahl der Arbeiter gewissermaßen mit Gewehr bei Fuß stand. Die Passivität dieses Teiles der Holzarbeiter hat nun aufgehört.

In einer am Mittwochabend stattgehabten Niesenerversammlung, die vom über 5000 Personen besucht war, erklärte man sich mit der bisherigen Taktik einverstanden. Weiter wurde beschlossen:

„Um eine Klärung der ganzen Situation herbeizuführen, hält die Versammlung den Zeitpunkt für gekommen, in allen Betrieben, wo die Forderungen nicht anerkannt werden, die Arbeit einzustellen. Diese Arbeitgeber müssen sich für diese notwendige Maßnahme bei ihren Führern bedanken, die in unverantwortlicher Weise auf eine Verschärfung des Kampfes hingearbeitet haben.“

Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, die Frage der Erhebung eines namhaften Extratragens von den in Arbeit stehenden Kollegen sowie die Gewährung einer Mietunterstützung an die Aussperrten ins Auge zu fassen und der nächsten Versammlung dahingehende Anträge zu unterbreiten.

### Streik in der Gasanstalt Gotha.

Wegen der probierenden Maßregelung eines Arbeiterausschusses mitglieders, das über 15 Jahre in dem Betriebe beschäftigt war haben sämtliche Installateure, Rohrleger und Aufhänger der Gasanstalt in Gotha die Arbeit niedergelegt. Die Gasarbeiter appellieren an das Solidaritätsgefühl ihrer Berufskollegen und ersuchen, Zugung nach Gotha streng fernzuhalten.

Die Lohnbewegung der Böttcher bei der Hochseefischerei A. G. in Nordenham (Oldenburg) an der Unterweser ist nach achtstägiger Dauer mit einem vollen Erfolg beendet worden. Dem solidarischen Zusammenhalten der Streikenden ist es zu danken, daß wesentliche Aufbesserungen der Löhne und Akkordsätze erzielt wurden.

### Der Kampf im Mannheim-Ludwigshafener Hafengebiet

ist definitiv beendet und die Arbeit am 8. Mai aufgenommen worden, nachdem eine Versammlung der Hafendarbeiter, Kranführer und Schiffahrtsleute den Abmachungen zugestimmt hat.

### Tarifvertrag der Brauereiarbeiter in Kulmbach.

Mit den Brauereien in der oberfränkischen Biermetropole Kulmbach ist es nach langwierigen Verhandlungen zum Tarifabschluß gekommen. Nach Einreichung der Forderungen hatten die Unternehmer Gegenangebote gemacht, die so ziemlich alles beim alten ließen; Verhandlungen erklärten sie für zwecklos. Sie haben sich später jedoch eines Besseren besonnen. Das schließliche Ergebnis der Verhandlungen ist ein ziemlich gutes. Die Lohnserhöhung beträgt während der Tarifdauer 4 M. pro Woche; 2 M. sofort und 1 M. nach einem Jahre bzw. nach drei Jahren. Die Arbeitszeit wurde um eine Viertelstunde pro Tag vergrößert, Sonntags um eine Stunde, die Ueberstundenätze um 10 Pf. erhöht, der Urlaub auch auf die Wälder ausgedehnt und die Bestimmung bei Ausstellung von Arbeitern infolge Arbeitsmangel besser geregelt.

Der Tarif umfaßt 13 Betriebe mit über 500 beschäftigten Personen. Seit circa neun Jahren, seitdem die Organisation der Brauereiarbeiter ihre Wirksamkeit in Kulmbach begann, beträgt die Lohnsteigerung einschließlich des neuen Vertrages, durchschnittlich 100 Proz. und darüber. Ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.

## Letzte Nachrichten.

### Franreich in Marokko.

Paris, 4. Mai. (S.-B.) Ueber die marokkanische Angelegenheit wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß nach Wiederherstellung der Ordnung in Fez und Melanez die französische Militärkolonne in der Richtung nach Süden nach Casablanca zurückkehren wird. Bei dieser Gelegenheit werden die französischen Truppen das Gebiet der Jaer durchstreifen. Diese Stämme haben sich bekanntlich des Mordes eines französischen Offiziers und eines Unteroffiziers im Januar dieses Jahres schuldig gemacht, eine Tat, die noch nicht geklärt ist. Mulay Hafid hatte den Antrag gestellt, man möge ihn mit der Bestrafung der Räuber betrauen. Die französische Regierung hatte damals ihre Zustimmung hierzu gegeben, doch haben sich die Ereignisse inzwischen infolge des Aufstandes und der Blockierung von Fez verschoben. Die französischen Truppen werden nunmehr diese Aufgabe erfüllen, weil der Sultan nicht in der Lage ist, sie auszuführen.

### Marokkodebatte im englischen Unterhause.

London, 4. Mai. (B. L. Z.) Im Unterhause wünschte Dillon eine Veröffentlichung des Textes der französischen Note, durch die die Absicht der französischen Regierung, Truppen nach Fez zu senden, mitgeteilt worden sei, und ebenso die Veröffentlichung der britischen Antwort darauf. Hierauf erwiderte Grey, diese Mitteilung sei mündlich erfolgt und eine Note zur Veröffentlichung existiere nicht. Später fragte Keir Hardie, ob Fez nicht vor einer Woche von den Sultanstruppen erobert sei, und wenn dem so wäre, was für eine Notwendigkeit für eine französische Intervention vorliege. Hierauf erwiderte Sir Edward Grey, die letzten Nachrichten aus Fez lauteten, daß die Sultans-Wahalla dorthin zurückgekehrt sei, daß in Fez selbst Ruhe herrsche, außerhalb der Stadt aber völlige Unordnung und daß die Stadt vom Verkehr abgeschnitten sei.

### Englische Arbeiterversicherung.

London, 4. Mai. Lloyd George legte dem Unterhause den nationalen Versicherungsgeheimtours vor. Der Geheimtours gliedert sich in zwei Teile, wovon einer die Versicherung gegen Krankheit, der andere die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit betrifft. Um der Gefahr der Sättigung zu begegnen, schlägt die Regierung vor, den Lokalbehörden und den Spitälern bei der Errichtung von Sanatorien im ganzen Lande Beihilfen zu leisten. Der Staat wird hierfür ein Kapital von 1½ Millionen Pfund Sterling vorsehen. Der Entwurf soll hauptsächlich mit Hilfe der Arbeiterunterstützungsvereine durchgeführt werden.

### Ein neuer Unruheherd in der Türkei.

Konstantinopel, 4. Mai. Der Gouverneur von Jerusalem verlangt die Genehmigung der Porte zur Verhängung des Belagerungszustandes, da die Aufregung der dortigen islamitischen Bevölkerung so bedeutend ist, daß seit zehn Tagen niemand wagen kann, die Omarmoschee zu betreten. Es wird einer englischen Gesellschaft, die unter dem Großvezier Riamil die Konzession zur Ausgrabung des Schatzes Davids erhielt, der Vorwurf gemacht, diese Konzession auf heilige Stätten ausgedehnt zu haben. Man befürchtet allgemein ein Christenmassaker, das nur mühsam hintangehalten werden konnte. Der bei den englischen Ausgrabungen Angestellte Armenier Racadbar wurde als verdächtig verhaftet.

### Bahnstahldiebe.

Aschaffenburg, 4. Mai. (S.-B.) Auf dem hiesigen Güterbahnhofe wurden große Eisenbahndiebstahle festgestellt. Durch einen Polizeieinsatz sind drei Bahndienstleute als Diebe ermittelt worden. Eine Hausdurchsuchung bei ihnen förderte ein ganzes Warenlager von Diebesbeute zutage.

### Eine ungarische Stadt in Flammen.

Silah, 4. Mai. (B. L. Z.) Die Ortschaft Delecrito (Komitat Szilagh) steht seit Mittag in Flammen. Die Kirche, das Schulhaus und 60 Häuser mit Nebengebäuden sind bisher niedergebrannt.

### Flugwoche in Petersburg.

Petersburg, 4. Mai. Der allrussische Aeroklub hat beschlossen, vom 21. bis 28. Mai eine Flugwoche zu veranstalten, an der ausländische Flieger mit Apparaten neuer Systeme teilnehmen werden.

### Bestverdaht in Antwerpen.

Brüssel, 4. Mai. (B. L. Z.) In der heutigen Kammer Sitzung erklärte der Minister des Innern, daß im Hafen von Antwerpen sofort nach der Entdeckung eines bestverdahtigen Falles alle erforderlichen Maßregeln getroffen worden sind, trotzdem die Best nicht festgestellt werden konnte.



Reichstag.

166. Sitzung. Donnerstag, den 4. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Vindequist, Vermuth. Auf der Tagesordnung steht die

Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete usw. aus dem Jahre 1905.

Abg. Erzberger (Z.): gibt seiner Genehmigung darüber Ausdruck, daß die Rechnungslaster jetzt nicht mehr zehn, sondern nur noch sechs Jahre nach Abschluß des betreffenden Haushalts an den Reichstag gelangen. Das sei jedenfalls der hier geübten Kritik zu danken.

Die Rechnung, sowie einige weitere Rechnungen werden debattelos erledigt.

Zur zweiten Beratung der Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete usw. für die Jahre 1902 und 1903 beantragt die Rechnungscommission eine Resolution, den Reichslaster zu erlösen, dafür Sorge zu tragen, daß die den Beamten obliegende Haftung für Abweichungen vom Etat in allen Fällen strengstens durchgeführt wird.

Abg. Kossle (Soz., als Berichterstatter): Es lag nahe, darauf hinzuweisen, ein wie berechtigter Anlaß vorliegt, gegen den früheren Gouverneur v. Puttkamer vorzugehen, der sich in einer für die Beamtenhaftung geradezu gefährlichen Art über die Befehle seiner vorgesetzten Behörde hinweggesetzt hat. Nach Lage der Rechtsgrundlage ist aber jetzt ein Einschreiten nicht mehr möglich, und deshalb hat die Kommission sich auf die Resolution beschränken müssen.

Abg. Erzberger (Z.): Wenn derartige Staatsüberschreitungen vorkommen wie in dem Falle des Gouverneurs v. Puttkamer, und das Budgetrecht des Reichstags in solcher Weise illusorisch gemacht wird, müssen wir verlangen, daß gegen die schuldigen Beamten eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet wird.

Abg. Dr. Würde (natl.): Als wir uns mit der Sache zu beschäftigen hatten, war Herr v. Puttkamer nicht mehr Beamter.

Abg. Kossle (Soz.) (als Abgeordneter):

Es wäre verlockend, die Angelegenheit Puttkamer hier noch einmal zu erörtern und dabei das Material zu verwerten, das wir in der Kommission erhalten haben. Ich nehme davon Abstand in Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses und weil ich überzeugt bin, daß das, was zu erreichen ist, lediglich durch die Verhandlungen in der Kommission erreicht ist. Jetzt noch ein Disziplinarverfahren einzuleiten, ist unmöglich. Es muß aber festgestellt werden, daß die damalige Verwaltung ebenso schuldig ist wie der Gouverneur; (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verwaltung hätte sofort eingreifen und einen Mann, der sich herausnahm, sich so über die Anweisungen der vorgesetzten Behörde hinwegzusetzen, aus dem Amte entfernen müssen. Nach Lage der Dinge bleibt uns jetzt nur übrig, scharf zum Ausdruck zu bringen, daß der Reichslaster dafür zu sorgen hat, daß in Zukunft gegen einen Beamten vorgegangen wird, der sich in solcher Weise über das Staatsrecht des Reichstags hinwegsetzt.

Abg. Erzberger (Z.): Sollte die gegenwärtige Gesetzgebung nicht Handhaben bieten, um gegen solchen Beamten vorzugehen, so müßten wir eine Novelle zum Reichsbeamtengesetz verlangen.

Reichssekretär Vermuth: Ueber die Resolution des Reichstages, die ein Komptabilitätsgesetz verlangt, hat der Bundesrat noch nicht Beschluß gefaßt.

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Kommission wird angenommen.

Es folgt die

Beratung über Petitionen.

Der Zentralverband deutscher Bädermengen Germania zu Berlin, der preussische Verband der Haus- und Grundbesitzervereine zu Spandau und der Provinzialverband der Grundbesitzervereine zu Spandau wenden sich gegen die vom Bundesrat aufgestellten Grundzüge für die Einrichtung und den Betrieb von Bädereien und bitten um eine Entschädigung der durch die Verordnung geschädigten Haus- und Bäderbesitzer aus Reichsmitteln.

Die Kommission beantragt, die Petitionen, so weit sie sich auf die Forderung einer schonenden Durchführung der Bäderverordnung beschränken, dem Reichslaster zur Erwägung zu überweisen, im übrigen über sie zur Tagesordnung überzugehen.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, über die Petitionen vollständig zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Würde (natl.): Die Bäderverordnung bedeutet einen sehr erheblichen wirtschaftlichen Eingriff in die Verhältnisse der Bäder, und die unteren Verwaltungsbehörden sind sich über die Stärke dieses Eingriffes nicht immer klar. Ein solches Vorgehen ist durchaus angebracht und deshalb bitte ich, den Antrag der Kommission anzunehmen.

Abg. Schefbed (Z.): Durch die Durchführung der Bäderverordnung wird manchem Bädermeister die Existenz geradezu unmöglich gemacht; die mit der Durchführung betrauten Behörden zeigen keineswegs immer die notwendige Humanität. Sozialpolitik darf es doch nicht bloß für den Arbeiter geben, vor allem muß dem Handwerker geholfen werden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Binder (Soz.):

Die Vorredner haben es weislich unterlassen zu sagen, was denn die von den Petenten angeforderte Bäderverordnung eigentlich verlangt. Ich will das daher nachholen. Es wird vorgefodert, der Fußboden einer Räumlichkeit, in welcher Bäderwaren hergestellt werden, soll nicht einen halben Meter bzw. einen Meter unter dem anschließenden natürlichen Terrain sich befinden, und von dieser Vorchrift können Ausnahmen in besonderen Fällen gestattet werden. Weiter soll der Arbeitsraum drei Meter hoch sein und Fenster haben, die ins Freie gehen, um Luft und Licht hineinzulassen. Weiter wird verlangt, der Fußboden soll dicht sein, damit die Erdfeuchtigkeit nicht aufsteigt. Ferner wird vorgefodert, die Wände und Decken sollen — man denke — alle fünf Jahre frisch gestrichen werden. Weiter verlangt man 15 Kubikmeter Luftstrom für den Arbeiter, aber auch hier können Ausnahmen gestattet werden. Bei Strahlungen wird doch auch ein gewisser Luftstrom erfordert, warum nicht auch bei freien Arbeitern. Ferner wird verlangt, daß die Reihvorrate nur in trockenen Räumen aufbewahrt werden. Bezüglich der Handhabung der Verordnung kann ich nur sagen, daß nicht rigoros, sondern sehr rücksichtsvoll vorgegangen wird. Alle diese Dinge sind doch eigentlich selbstverständlich, und es ist beklagenswert, daß solche Zustände erst auf dem Wege einer Bundesratsverordnung gefordert werden müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das muß doch den Eindruck erwecken, als ob in Wirklichkeit viel schlimmere Zustände vorhanden sind. Und die Durchführung derartiger minimaler Forderungen nennt der Abg. Würde einen starken wirtschaftlichen Eingriff! Herr Schefbed sagt, die Bäder werden sehr mit Verordnungen gequält. (Sehr wahr! im Zentrum.) Daran mag ja etwas Nichtiges sein, aber man muß doch auch die Zustände in den Bädereien bedenken. Die Bäder haben heute noch das Recht, ihre Gesellen

82 Stunden in der Woche

zu beschäftigen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), d. h. werktäglich 12 Stunden und am Sonntag 10 Stunden. Man behauptet, drei Viertel aller Bädereien würden von der Verordnung getroffen. Wenn das richtig ist, war die Verordnung gewiß sehr notwendig, denn dann müssen die Zustände in den Bädereien geradezu entsetzlich sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

In den Wohnungsverhältnissen der Bädergesellen sind unzureichend in den letzten anderthalb Jahrzehnten einige Fortschritte erzielt worden. Das ist nicht zum wenigsten dem Vorgehen Webers zu verdanken, der die grauenhaften Zustände enttastet hat, wie sie vor der Bäderverordnung herrschten. Die bürgerlichen Parteien, die, wie namentlich das Zentrum und die Fortschrittliche Volkspartei, sollten dabei wirklich nicht die Hand zu einer Abschwächung der Verordnung bieten. Nicht ein wirklicher Fall rigoroser Handhabung hat ausgeführt werden können. — Wir beantragen Uebergang zur Tagesordnung über diese Petitionen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Günther (Sp.): Die guten sozialpolitischen Absichten der Bäderverordnung sollen gewiß nicht verkannt werden. Aber man kann nicht abstreiten, daß die rigorose Durchführung der Verordnung manche berechtigten wirtschaftlichen Interessen geschädigt hat. Die Fortschrittliche Volkspartei hat sich immer gegen eine Rigorosität gewandt. Gewiß müssen die Forderungen der Hygiene erfüllt werden, aber darüber dürfen nicht die berechtigten Interessen der Bädereien vernachlässigt werden. Wir bitten die Verbündeten Regierungen, die Verordnung in diesem Sinne zu handhaben. (Bravo! bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Frhr. v. Camp-Massauen (Sp.): Unsere Partei empfindet besondere Genehmigung über diese Verhandlungen. Lange standen wir mit unserer Vertretung der Interessen der Bädermeister allein da. Jetzt erhalten wir Unterstützung von anderen bürgerlichen Parteien. Besonders freuen wir uns über die jetzige Haltung des Zentrums. Öffentlich beleuchtet sich das Zentrum auch in anderen Dingen zu unserer Anschauung und erkennt z. B. die Notwendigkeit an, die Verordnung über die Arbeitsverhältnisse im Gastwirtsgerwerbe zu revidieren. Man sollte endlich mit dieser

unpraktischen Gesetzesmacherei

brechen. Für eine großzügige Sozialpolitik ist die Reichspartei stets eingetreten (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), aber nicht für eine Sozialpolitik vom grünen Tische aus. (Bravo! rechts.)

Abg. Nieseberg (Wirtsch. Bg.): Daß die Badstubenluft wirklich

nicht so gesundheitsgefährlich ist, zeigen die drei Bädermeister dieses Hauses, meine Wenigkeit und die Kollegen Schefbed und Binder. Wir alle drei leben doch wirklich nicht schlecht aus. (Große Heiterkeit.) — Selbstredend haben wir Bädermeister nichts gegen Verordnungen einzuwenden, die auf eine peinliche Sauberkeit dringen. Mögen die Sozialdemokraten dafür sorgen, daß diese Vorschriften von ihren eigenen Genossen befolgt werden. Da ist in Düsseldorf der sozialdemokratische Bädermeister Homann verurteilt worden. Der Herr belegte seine Gesellen mit den ärgersten Schimpfwörtern; auf den Handtuchern halten sie ihren Nachtlager, Wägen kriechen in den Badtrüben herum (Lebhaftes Hört! hört!) usw. Der ganze bürgerliche Reichstag, das ganze deutsche Volk, soweit es noch national denkt, sollten doch den bedrängten Bädermeistern zur Hilfe eilen. (Zuruf des Abg. Webel.) Der Kollege Webel sollte hier einmal die schweren Beschuldigungen beweisen, die er gegen das deutsche Bädergerwerbe geschleudert hat. (Abg. Webel: Ich bitte ums Wort!) Durch die Bäderverordnung wird die persönliche Freiheit in der infamsten Weise geteufelt. (Lächeln des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin-Löwis rief diesen Ausdruck.

Abg. Nieseberg (fortfahrend): Durch solche Maßnahmen, wie die Bäderverordnung, wird ein Vernichtungskrieg gegen das Handwerk geführt. (Bravo! rechts.)

Abg. Giesberts (Z.): Durch solche Reden, wie die soeben gehörte, wird man dem Handwerk keine neuen Freunde. Mit Einwänden, wie sie der Vorredner erhoben hat, kann man alle Maßnahmen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter zu unbedingten Eingriffen in die wirtschaftliche Freiheit stempeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin durchaus dafür, daß die Sozialpolitik nicht beim Arbeiter aufhört, sondern sich auch auf den Handwerker erstreckt. Was aber die Bäderverordnung betrifft, so glaube ich, daß es eigentlich weniger die Bädermeister, als die Hausbesitzer sind, die gegen die Verordnung Sturm laufen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Düsseldorf'ser Fall, den der Abg. Nieseberg anführte, beweist gerade die Notwendigkeit der Bäderverordnung.

Abg. Kopsch (Sp.): Unsere Partei ist stets gegen Maßnahmen eingetreten, die geeignet sind, die wirtschaftliche Freiheit zu gefährden. Was aber die Existenzvernichtung betrifft, von der Herr Nieseberg sprach, so glaube ich, daß durch die Steuererhebung der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit entschieden mehr Existenzen gefährdet und vernichtet worden sind, als durch die Bäderverordnung. (Sehr wahr! links. Heftiger Widerspruch rechts.) Das hindert mich aber nicht, anzuerkennen, daß die rigorose Handhabung der Bäderverordnung vielfach zu unbedingten Eingriffen in wirtschaftliche Verhältnisse geführt hat. Darum treten wir für den Kommissionsantrag ein. (Bravo! bei den Fortsch.)

Abg. Webel (Soz.):

Als der Abg. Nieseberg davon sprach, daß durch die Bäderverordnung zahlreiche Existenzen vernichtet worden sind, rief ich ihm das Wort „Steuererhebung“ zu. Ich habe damit gemeint, daß gerade Herr Nieseberg und seine Freunde bei der letzten großen Steuerreform

Tausende und Abertausende Existenzen ruiniert haben.

(Sehr richtig! links.) Der Abg. Nieseberg hat gesagt, ich hätte ganz ungerechtfertigte Angriffe gegen das Bädergerwerbe gerichtet, hätte es diskreditiert und mich nicht veranlaßt gesehen, einen Beweis für meine Behauptungen anzutreten. Unter meinen ungerechtfertigten Angriffen hat Herr Nieseberg wohl die Broschüre verstanden, die ich im Jahre 1890 in die Lage der Arbeiter in den Bädereien veröffentlicht habe. Ich hatte damals eine Enquete über die Verhältnisse in den deutschen Bädereien vorgenommen, nachdem ich wiederholt gehört hatte, wiewohl traurige und entsetzliche Zustände in einem großen Teil der Bädereien herrschten. Meine Enquete bezog sich auf eine große Zahl deutscher Städte. Ich habe in meiner Broschüre mit voller Absicht keine Namen genannt, habe aber die Bädereien so bezeichnet, daß man erkennen konnte, gegen welche Bädereien ich ein Vorgehen für angebracht hielt.

Die Zustände waren einfach grauenhaft.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht allein stellte ich heraus, daß in einem sehr großen Teil der Bädereien eine unumsehlich lange Arbeitszeit herrschte, sondern die Zustände waren auch derart, daß die Gesundheit der Arbeiter in schwerster Weise leiden mußte. Ich konnte feststellen, daß in der weitesten größten Mehrzahl der Bädereien eine

tägliche Arbeitszeit von 13, 15, 16, ja 20 Stunden

das ganze Jahr hindurch bestand, und daß den Arbeitern während des ganzen Jahres kein einziger Sonntag genötigt wurde. Die Arbeitsräume waren in so schrecklichen Zuständen, daß man es sich kaum vorstellen kann. Ebenso mangelhaft waren die Wohnräume. Die Bäderwäsche wurde alle Jahr einmal gewechselt usw. usw. In einer ganzen Reihe von Bädereien herrschte der Zustand, daß, wenn der Bäder-

Jahrhundert später bräuen wir uns damit, daß man laut unserem „neuen“ Gesetz . . . Kinderjähre nicht hinrichten darf. Dann aber werden trotzdem bei uns Siebzehnjährige, Sechszehnjährige, Fünfzehnjährige zu Tode verurteilt.

Wir sind gut, wir wollen Gerechtigkeit. Unsere Güte sind wir indes nicht imstande in guten Gesetzen festzulegen, noch unsere Gerechtigkeit in gerechten Institutionen zu kristallisieren. Daher ist alles Gute bei uns ohne Gewähr, hinfällig, von kurzer Dauer, unbeständig. Als Staat sind wir nur im Bösen konservativ. Kaum taucht etwas Besseres, etwas Neues, Humaneres, Gerechteres auf, und bald erlischt es auch. Dann kommt ein neuer „Kurs“ und wirft uns zu Johann dem Schrecklichen zurück. Dann kommt ein neuer Satrap — und verschleift ein ganzes Land in die Tiefe Afriens. . . .

Darin hat man vielleicht die Grundlage der Tragödie der gegenwärtigen russischen Seele zu suchen. Worin besteht nun die Lösung? In den Menschen — sagen die einen. In den Anstalten — erwidern die anderen.

„Böse Menschen können die besten Einrichtungen verderben.“ Ja! Aber böse Anstalten können so oft und so qualvoll lange durch die Hände selbst guter Menschen ihre Verbrechen begehen. Zudem suchen sie sich auch die Schlechten aus. . . .

Notizen.

— Kunstchronik. Die große Versammlung bildender Künstler, in der über die erste Berliner juchfreie Kunstausstellung Näheres mitgeteilt werden soll, findet am Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Auguste-Victoria-Sälen, Lutherstr. 31, statt.

— Der Deutsche Künstlerbund hat zu einer von dem Maler Winnen ausgehenden Bewegung gegen das Ueberwiegen fremder, besonders französischer Kunst in Deutschland Stellung genommen. In der von Wiedemann, Klinger und Kaldreuth unterzeichneten Erklärung wird gesagt:

„Einem jeden Versuch, das Ansehen unserer deutschen Kunst im Vergleich zum Auslande zu schmälern, würden wir selbstverständlich entgegenwirken, doch vermögen wir eine solche Schmälernung keineswegs darin zu erblicken, daß hervorragende Werke ausländischer Meister in den Ausstellungen und öffentlichen Sammlungen Deutschlands Aufnahme finden. Die wirtschaftlichen Uebelstände, die in der Broschüre (von Winnen) erwähnt werden, lassen sich nicht von außen durch Rundgebungen und Maßregelungen beseitigen, sondern nur von innen heraus durch eine Hebung der Künstlerleistungen.“

Wie neunzehn Menschen vom Galgen gerettet wurden.

Von Vladimir Korolenta.

Folgender Fall ist passiert.

In der Schweiz lebte unser Landmann Victor Wassiljew.

Eines Tages verhaftete man ihn auf Verlangen der russischen Regierung als Teilnehmer der Expropriation in der Nordbank. Auch wird nicht als politisches Verbrechen betrachtet. So lieferte die Schweiz Wassiljew aus.

An der russischen Grenze legte man ihm an den Händen und an den Füßen Schellen an. Man umgab ihn mit einer Abteilung Soldaten und Gendarmen nebst einem Offizier, und ein jeder, der ihn zu dieser Zeit anschaute, dachte natürlich: Das ist ein Mann, den man zum Galgen führt.

Wassiljew hatte eine Mutter. Sie wußte mit Bestimmtheit, daß der Sohn unschuldig war. Konnte sie indes überzeugt sein, daß das Kriegsgericht ihn nicht erhängen würde?

Man hat ihn nicht gehängt. Im Gegenteil, seine „Auslieferung“ hat andere gerettet. Und also geschah es.

Die Schweiz hatte sich bereit erklärt, den angeblichen Räuber anzuliefern, aber nur an ein Gericht. Unsere Kriegsgerichtsbarkeit erkennt man aber in Europa nirgends als Gericht an. „Wollt ihr Wassiljew in einem gewöhnlichen, nicht in einem außerordentlichen Gericht aburteilen, — so könnt ihr ihn haben.“ Und die Schweiz werde zum Prozeß ihren Bevollmächtigten entsenden, um sich zu überzeugen, daß man wirklich urteile, nicht von vornherein verurteilen wolle.

Rußlands Wernahm seinen Untertan mit dieser ausländischen Bedingung.

Es stellte sich heraus, daß Wassiljew zum Ueberfall auf die Nordbank gar keine Beziehung gehabt hatte. Ihn hatte ein Angeklagter fälschlich denunziert. Nicht aus Schädlichkeit denunziert. Denn er wußte, daß ein Mensch, den die Schweiz ausgeliefert habe, vor ein gewöhnliches Gericht kommen müsse, daß er mit der unter dem düsteren Zeichen des Galgens arbeitenden Kriegsprozedur nichts zu tun haben werde. Und ihm werden aus dem Schatzen des Galgens heraus die übrigen Beschuldigten folgen — neunzehn Mann. Und so geschah es.

Nach Beendigung des Prozesses schrieb Wassiljews Mutter an die Zeitungen einen rührenden Brief. Sie erzählte zuerst von den Qualen, die ihr Sohn und nicht weniger sie selbst erduldet, ehe die

räthelhafte Denunziation aufgefärrt war. Dann fügt sie hinzu, daß ihr Mutterherz diese Qualen trotzdem segne. Neunzehn andere Mütter seien vom Schrecken der Hinrichtung ihrer Kinder befreit. Dann dankt sie allen denen, die ihr in der schweren Zeit eine wahrhaft menschliche Teilnahme bewiesen hätten. Unter anderen auch den Eskortsoldaten, die ihren gefesselten Sohn geführt hätten. Es waren einfache und gute russische Männer gewesen. Sie hatten Wassiljew zum Tode geführt und ihn bedauert.

Viele solcher guten russischen Männer gibt es. Einige von ihnen, die viele „Todesurtheile“ zur Hinrichtungsstätte geführt haben, sagten Herrn S., der dann darüber im „Wjestnik Neworossy“ schrieb, daß nach ihrer einfältigen Ueberzeugung die Hälfte der Verurteilten unschuldig, nur infolge eines Irrthums der Kriegsgerichte hingerichtet worden seien.

So dachten die Soldaten und bedauerten wohl auch die Hingerichteten. Vielleicht liebten sie sie gar mit christlicher Liebe und meinten . . . und beteten, um ihre Seelen . . . Aber sie führten sie doch! Gute russische Männer, weisheitsreiche, einfältige, rechtgläubige russische Männer . . . Christen.

Von ihnen wendet sich der Gedanke unwillkürlich zu jenem Schweizer Rechtsvertreter, der mit der russischen Regierung die Unterhandlung behufs Auslieferung von Victor Wassiljew geführt hatte.

Hat er ihn geliebt? Hat er ihn bedauert? Hat er für seine Seele gebetet? Zweifelhaft! Sein Antlitz war wohl rasiert, seine Gesichtszüge waren sicherlich trockene, sein Blick ein geschäftlicher, und schwerlich hat er es für passend gehalten, besondere persönliche Empfindungen zum Ausdruck zu bringen. Er besaß nur eine fertige nationale Formel: „Mein Land verbürgt jedem das Recht auf ein gerechtes Gericht.“

Aber diese „trockene Formel“ fliegt bligartig vom Westen Europas nach dem Osten Russlands, nach Nowosibirsk, hinüber und paralysiert neunzehn Nowosibirsker Galgen.

Weil diese Formel ein Axiom ist. Sie haben bei sich einst daselbe durchgelebt, was wir jetzt erleben. Ihre Mütter haben einst für ihre Kinder ebenso gezeitert und bei ihnen flossen ebenfalls Tränen und Blut.

Aber sie schätzten diese Tränen sehr hoch, sie nahmen sie in Rechnung, sie sammelten sie und kristallisierten sie in knappe Formeln, in denen eine Warnung der traurigen Vergangenheit an die Gegenwart und Zukunft verdrückt war.

Unser russisches Blut jedoch — trinkt die durstige Erde, unsere Tränen trocknet die Sonne, verschlucken die Winde des veränderlichen Wetters. Wir sind weisheitslos. Unser Gesetzgeber hat als einer der ersten die Todesstrafe abgeschafft. Und eines ein halbes



gefelle des Abends für die Nacharbeit aufstand, die Dienst-  
mädchen sich in das Bett hineinlegen mußten, weil der Meister sonst keinen Platz hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Meine Broschüre hat damals ungeheures Aufsehen erregt. Sie war Gegenstand der Kritik im Parlament und in der Presse. Es wurde gesagt, es sei ja ganz unmöglich, daß derartige Zustände existieren könnten. Der nationalliberale Abgeordnete Mann, der Vater unseres jetzigen Kollegen, erklärte damals, man habe allerdings nicht geglaubt, daß das richtig wäre, was ich über die Zustände in den Darmstädter Bäckereien geschrieben hatte. Eine Untersuchung der Darmstädter Polizei aber hätte ergeben,

daß die Zustände in Wirklichkeit noch viel schlimmer lagen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In vielen anderen Städten hatten die Untersuchungen dasselbe Resultat. Man hatte ja überall Untersuchungen vorgenommen, um mir Unrichtigkeiten nachzuweisen, aber es ist nicht gelungen. Die Dinge kamen nun im Reichstag zur Sprache und als 1892 die Kommission für Arbeiterstatistik eingesetzt wurde, hatte sie sich zu allererst mit den Verhältnissen in den Bäckereien zu beschäftigen. Auf Grund der grauenhaften Verhältnisse, die damals bekannt wurden, wurde die erste Bäckereiverordnung erlassen. Ich rechne es mir als ein großes Verdienst an, daß ich die Anregung für diese Verordnung gegeben habe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verordnung war Jahr für Jahr der Gegenstand heftigster Angriffe, aber die Regierung hat sich, wie ich anerkenne, nicht irren machen lassen. Sie ging weiter, und erließ die Verordnung von 1906, die nun jetzt der Gegenstand heftigster Angriffe ist. Der Abg. Nieseberg hat behauptet, die Verordnung habe Existenzen zugrunde gerichtet. Das soll er einmal beweisen. Er hat sich damit einer

#### unerhörten Uebertreibung

schuldig gemacht. Daß den Bäckereimeistern die Verordnung un-  
bequem ist, ist zu begreifen. Wo ist überhaupt eine Arbeiterschutz-  
maßregel erlassen worden, die nicht zugleich bei den Arbeit-  
gebern den allerheftigsten Widerspruch begegnete? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In allen Ländern der Welt werden Sie das finden. Als 1847 in England auf Antrag der Konföderation der Normalarbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt wurde, da erklärte der Nationalökonom Nassau-Senior, die englische Baumwollindustrie würde ruiniert werden, denn gerade aus der ersten Stunde zögen die Fabrikanten den Unternehmergewinn. (Weiterkeit und Hört! hört! links.) Mittlerweile ist die Arbeitszeit weiter verkürzt worden. Heute beträgt sie nur noch 8 1/2 Stunden die Woche, und doch ist bis auf den heutigen Tag die englische Baumwollindustrie die erste der Welt. Genau so ist es in allen Ländern der Welt und auch bei uns in Deutschland gewesen, über jede Bestimmung zugunsten der Arbeiter ist von den Unternehmern geklagt worden, man hat getan, als könne die Industrie und das Gewerbe nicht mehr existieren, aber das Gegenteil ist der Fall. Man kann auch nicht sagen, daß das Bäckereigewerbe zurückgegangen ist. Wenn die kleineren Existenzen schwer zu kämpfen haben, so ist das nicht bloß im Bäckereigewerbe, sondern überall der Fall, daß ist

#### eine Folge der großindustriellen Entwicklung,

und auch Herr Nieseberg wird genau wissen, daß die günstigsten Arbeitsbedingungen nicht in den Kleinbetrieben herrschen, sondern in den Großbetrieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gehen Sie nur in die Bäckereibetriebe der Konsumvereine, da werden Sie Ihr blaues Wunder erleben. Dort herrscht achtstündige Arbeitszeit, es wird in drei Schichten gearbeitet, vor Beginn der Arbeit nimmt jeder Bäcker ein Bad, zur Arbeit bekommt er einen frischgewaschenen Anzug geliefert. Wir haben später die Enquêtes über das Fleischergewerbe und über das Gastwirtschaftsgewerbe gehabt, die ähnliche Zustände enthielten. Wenn Sie möchten, aus welchen Küchen Sie manchmal in Restaurants Ihre Speisen beziehen. (Weiterkeit.) Sie würden entsetzt sein. Nach allen diesen Nichtigungen habe ich nicht die geringste Ursache, irgend ein Wort von dem zurückzunehmen, was ich, nicht gegen die Bäckereien im allgemeinen, sondern gegen eine große Zahl von Bäckereien gesagt habe. Wenn Herr Nieseberg auf den Fall eines sozialdemokratischen Bäckereimeisters in Düsseldorf hinweist, so sind wir die ersten, die ein solches Schwein auf das schärfste verurteilen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie wissen aber, daß Jahr für Jahr Prozesse sich abspielen, in denen Zustände enttastet werden, wie sie Herr Nieseberg in dem Düsseldorf-Fall schildert. Es ist eben nicht so, wie Herr Nieseberg gesagt hat, daß in allen Bäckereien reinliche Zustände herrschen, und ich habe keinen Anlaß, irgend etwas von dem zurückzunehmen, was ich gesagt habe. (Lebhafte Weisheit bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Binder (Soz.):

Herr v. Camp hat mir vorgeworfen, ich hätte die bedeutendste Bestimmung der Bäckereiverordnung, wonach der Arbeitsraum für einen Arbeiter mindestens 15 Kubikmeter Luftraum haben muß, nicht mitgenannt. Aus dem Stenogramm kann er sich überzeugen, daß seine Behauptung unrichtig ist. Ebenso unrichtig ist seine Behauptung, die Sozialdemokraten hätten seinerzeit gegen die Bäckereiverordnung gestimmt, sie sind vielmehr das treibende Element gewesen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Herr Nieseberg verwies auf die 3 oder 4 Bäckereimeister im Reichstag zum Beweis dafür, daß das Gewerbe nicht schädlich sei, es gibt aber 180 000 Bäckereimeister und man kann doch nicht gerade einen kranken Menschen ins Parlament senden. Mit der Einführung des Düsseldorf-Falles hat Herr Nieseberg die Sache auf das persönliche Gebiet zu spielen gesucht. Schweinereien können selbst in den reinlichsten Räumen vorkommen. Mir ist sogar bekannt, daß in einer Villa Schweinereien vorgekommen sind. Allerdings geht man nicht gerichtlich dagegen vor. Mit den Ausführungen des Abg. Wiesberts kann ich mich einverstanden erklären. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Naab (Wirtsch. Bg.): Mein Freund Nieseberg wendet sich nicht gegen die Bäckereiverordnung als solche, sondern gegen einige Bestimmungen der Bäckereiverordnung, namentlich gegen die rigorosen Raumvorschriften. — Durch die Finanzreform sind keine Existenzen vernichtet worden. — Die Sozialdemokraten sind die geschworenen Feinde des Mittelstandes. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitsverhältnisse in den Privatbetrieben sind weit günstiger als die in den sozialdemokratischen Konsumvereinen. (Bravo! rechts; große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Die Debatte schließt. Der Antrag Albrecht (Uebergang zur Tagesordnung über die gesamten Petitionen) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Kommissionsantrag angenommen.

Es folgen die Petitionen betr.

#### Erlaß eines Reichstheatergesetzes.

Die Kommission beantragt Uebersetzung als Material bezu.  
zur Kenntnisnahme.

Abg. Dr. Pfeiffer (B.) lenkt die Aufmerksamkeit auf die traurigen Verhältnisse, die auch vielfach in Bühnenwesen herrschen. Eine besonders trauriges Kapitel ist die Kaszimirer-  
frage. Es ist wirklich notwendig, daß etwas geschieht.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (Sp.) schließt sich diesen Ausführungen an. Der Erlaß eines Reichstheatergesetzes wird eine der ersten Aufgaben des neuen Reichstages sein. (Bravo!)

#### Abg. Wed (Soz.):

Ich bin in der angenehmen Lage, den Ausführungen beider Herren Vorredner, der Kollegen Dr. Pfeiffer und Dr. Müller-Weinigen, vollständig zustimmen zu können. Eine reichsgesetzliche Regelung des Theaterwesens ist eine dringende Notwendigkeit. Es ist unklar, wieviel es in mehr als 1000 Gemeinden in Bühnenkreisen vorhanden. Nicht bloß an kleinen Provinztheatern, sondern auch an großen Bühnen werden vielfach geradezu lächerlich geringe Löhne gezahlt. (Lebhafte Zustimmung auf mehreren

Seiten.) Die münche Schauspielern wird durch die bittere Not der Prostitution in die Arme getrieben. Die Bühnenleiter, die doch manchmal selbst soziale Stücke zur Auf-  
führung bringen, sollten mit sozialem Verständnis den Bestrebungen der Schauspielerschaft auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gegen-  
überstehen. Sehr erfreulich ist es, daß endlich auch unter den Bühnenangehörigen der Erkenntnis von dem hohen Werte der Organisation zum Durchbruch kommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Um so bedauerlicher ist die Verantwortungslosigkeit — sie ist größer, als die des Polizeipräsidenten von Berlin (Heiterkeit) — mit der die Verbündeten Regierungen dieser wichtigen Angelegenheit gegenüberstehen. Wie meine Vorredner muß ich es als durchaus unangemessen bezeichnen, daß der Bundesrat bei dieser Beratung gar nicht oder doch völlig unzureichend vertreten ist. (Lebhafte Weisheit.)

Die Debatte schließt. Der Kommissionsantrag wird an-  
genommen.

Es folgen die Petitionen um Änderung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über die

#### Arbeitszeit in Puhgeschäften.

Die Petitionen eruchen um Ausdehnung der Arbeitszeit am  
Sonntagabend (Schluß um 9 statt um 5 Uhr). Die Petenten  
schlagen vor, dafür Verkürzungen etwa am Montag eintreten zu  
lassen.

Die Kommission beantragt Uebersetzung zur Erwägung.

Ein sozialdemokratischer Antrag will Uebergang zur  
Tagesordnung.

#### Abg. Albrecht (Soz.):

Es liegt gar kein Anlaß vor, die armen Mädchen in den Puh-  
geschäften bis 9 Uhr abends arbeiten zu lassen. Ueberörtlichen Neuerungen,  
wie hier die Beschränkung der Arbeitszeit bis auf 5 Uhr am Sonn-  
abend sind anfangs auf Widerstand gestoßen. Auch bei der Sonn-  
tagruhe war es so, ebenso beim Achtuhr-Ladenschluß.  
Heute gibt es bereits viele Ladeninhaber, die eine vollständige Son-  
ntagruhe verlangen. Derselbe Reichstag, der soziale Reformen ver-  
langt und diese Bestimmungen vor noch gar nicht langer Zeit ge-  
schaffen hat, kann unmöglich darauf eingehen, diese Bestimmungen  
jetzt abzuändern und die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung  
zu überweisen.

#### Abg. Brähne (Soz.):

Zunächst sollte man dafür sorgen, daß die Bestimmungen der  
Gewerbeordnung durchgeführt werden. Der Reichstag sollte  
nicht die Hand dazu bieten, die Schutzbestimmungen abzuschwächen  
und über die Petition einfach zur Tagesordnung übergehen.  
(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mens (Sp.) tritt für den Kommissionsbeschluß ein, da  
das Puhgeschäft am Sonntagabend gerade am lebhaftesten sei.

Abg. Wiesberts (B.) befürwortet den sozialdemokratischen  
Antrag.

Die Diskussion schließt.

Der Antrag Albrecht (Soz.) auf Uebergang zur Tagesordnung  
wird angenommen.

Es folgen die Petitionen betreffend die amtliche Zulassung der  
Antiqua (Wirtsch. Bg.). Die Kommission beantragte über einen Teil  
der Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, den anderen Teil zur  
Verständigung zu überweisen.

Es entspann sich eine lange Diskussion, in der sich Gegner und  
Freunde der lateinischen Letztern gegenüberstanden — für die Sozial-  
demokraten befürwortete Abg. Wed in einer humorvollen Rede die  
Beschlüsse der Kommission.

Abg. Bindewald (Wirtsch. Bg.) bittet, über den törichtsten Beschluß  
der Petitionskommission zur Tagesordnung überzugehen, und fordert  
namentliche Abstimmung über seinen Antrag.

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt. Das Resultat  
der Abstimmung über den Antrag Bindewald bleibt zunächst  
zweifelhaft; die Abstimmung durch Hammelsprung ergibt 87 Stimmen  
für und 82 gegen den Antrag; das Haus ist also beschlußunfähig.  
(Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Spahn beräumt die nächste Sitzung an auf  
Freitag 1 Uhr. (Reichsversammlung.)

Schluß 1/2 11/2.

## Verfammlungen.

### Die Mainausperrung der Berliner Holzarbeiter

wurde am Mittwoch in der Generalversammlung des Holzarbeiter-  
verbandes behandelt. Leopold, der den Bericht über diese An-  
gelegenheit gab, sagte, die Hoffnung der Gegner und die Befürchtung  
eines Teiles der Kollegen, daß die Arbeiter in diesem Jahre  
zurückgehen werde, sei nicht eingetroffen. Im Gegenteil. Die  
diesjährige Beteiligung an der Waisfeier habe die Beteiligung der  
beiden vorhergegangenen Jahre weit übertroffen. Durch die  
Markenkontrolle ist festgestellt, daß 22 180 Kollegen den 1. Mai  
durch Arbeitsruhe gefeiert haben. Auch die Arbeiter mehrerer  
Großbetriebe, die in früheren Jahren nicht gefeiert haben, be-  
teiligten sich in diesem Jahre an der Feier. In 320 Betrieben  
sind 6768 Kollegen ausgespart worden und zwar 69 Kollegen einen  
Tag, 54 Kollegen zwei Tage, 5895 Kollegen drei Tage, 780 Kollegen  
fünf Tage. Ein kleiner Teil der Feiernden ist entlassen. Von den  
Ausgesparten sind 6484 Verbandsmitglieder. Auf Antrag der  
Ortsverwaltung beschloß die Versammlung, daß die Ausgesparten  
vom ersten Tage an die übliche Streifenunterstützung erhalten. —  
Aus der Versammlung wurde beantragt, die Aussperrung damit zu  
beantworten, daß die Arbeit erst am nächsten Montag wieder auf-  
genommen werde. Verschiedene Werkstätten hatten bereits einen  
dahingehenden Beschluß gefaßt. — Glocke machte taktische Gründe  
gegen den Antrag geltend und rief auch den Kollegen der betreffen-  
den Werkstätten, ihren Beschluß nicht auszuführen, sondern nach  
Ablauf der Aussperrungsfrist die Arbeit wieder aufzunehmen. Die  
Versammlung beschloß in diesem Sinne und lehnte den Antrag, erst  
am Montag die Arbeit aufzunehmen, ab. — Eine Resolution wurde  
angenommen, die auf das schärfste verurteilt, daß organisierte  
Kollegen, die in der Lage gewesen wären, zu feiern, am 1. Mai  
gearbeitet haben.

Die Versammlung hatte noch die Wahl eines Angefallenen für  
die Geschäftsstelle im Westen vorzunehmen. Die Stelle ist aus-  
geschrieben worden. Von 9 Bewerbern hat die Kommission drei  
zur engeren Wahl gestellt. Von diesen wurde Kennau durch  
die Versammlung gewählt. — Ferner wurde Glocke als De-  
legierter zum Gewerkschaftskongress gewählt.

## Gerichts-Zeitung.

### Flugblattverteilen und Kammergericht.

(Zwei wichtige Entscheidungen.)

1. Hausflure sind „geschlossene Räume“ gemäß § 43 Abs. 5 der  
Gewerbeordnung.

Druckschriften, die sich als Blöcke, Bekannmachungen oder  
Ausrufe darstellen, dürfen nach § 10 des preussischen Preßgesetzes in  
der Postung, die er durch § 30 Abs. 2 des Reichspreßgesetzes erhalten  
hat, nicht ohne polizeiliche Erlaubnis an öffentlichen Orten unent-  
geltlich verteilt werden. Diese Bestimmung wird durch § 43 Abs. 5  
der Gewerbeordnung insofern modifiziert, als danach eine polizei-  
liche Erlaubnis nicht erforderlich ist zur nichtgewerbmäßigen Ver-  
teilung u. a. von Druckschriften in geschlossenen Räumen.

Das Landgericht in Bonn hatte nun die Angeklagten Schulz  
und Graf, die in Bonn sozialdemokratische Druckschriften verteilt  
hatten, wegen Uebertretung des § 10 des preussischen Preßgesetzes  
zu Geldstrafen verurteilt, weil sie ohne polizeiliche Erlaubnis an  
öffentlichen Orten unentgeltlich Druckschriften verteilt hätten. Das  
Gericht nahm als festgestelltes an, daß die Angeklagten die Flugblätter  
teils in Briefkästen und durch Ritzen geschlossener Haustüre gesteckt  
hätten. Wo aber Haustüre nicht verschlossen waren, hätten sie sie  
in den offenen Haustüre geworfen. Der offene Haustüre sei aber

jedermann zugänglich, also ein öffentlicher Ort. So bezügelte das  
Landgericht.

Das Kammergericht hob auf die von Rechtsanwalt Dr. Ruhn  
vertretene Revision: das Urteil auf und sprach die Angeklagten mit  
folgender Begründung frei: Hier schließt § 43 Abs. 5 der Gewerbe-  
ordnung die Verteilung auf Grund des § 10 des preussischen Preß-  
gesetzes aus. Erstens siehe fest, daß das Verteilen ein nichtgewerb-  
mäßiges gewesen sei. Es sei aber auch als ein Verteilen in „ge-  
schlossenen Räumen“ gemäß § 43 Abs. 5 der Gewerbeordnung anzu-  
sehen. Es stehe fest, daß die Blätter von der Straße aus in Brief-  
kästen und durch Ritzen in verschlossene Türen gesteckt worden seien  
und daß man sie ferner in Haustüre geworfen habe, deren Türen  
nicht verschlossen waren. Für die Feststellung, ob in einem „ge-  
schlossenen Räume“ verteilt worden sei, komme es nun nicht darauf  
an, wo der Verteiler sich befinde, sondern wozu die Verteilung er-  
folge. Deshalb müsse hier Freisprechung erfolgen, denn selbst die  
nicht verschlossenen Haustüre seien als „geschlossene Räume“ im  
Sinne von § 43 Abs. 5 der Gewerbeordnung anzusehen. Die Offenheit  
eines Orts sei nicht identisch mit dessen Ungeschlossenheit. Gleichwie  
ein Wirtshaus zwar ein öffentlicher Ort, aber zugleich  
ein geschlossener Raum sei, müsse dieses auch von Haustüren gelten,  
die auch dann, wenn sie nicht verschlossen gehalten würden, Räume  
unter Dach und Fach, gedeckter und umfriedigter Räume bildeten. Das  
Hineinwerfen der Blätter in die nicht verschlossenen Haustüre sei  
deshalb ebenso ein „Verteilen in geschlossenen Räumen“, wie das  
übrige Verteilen der Angeklagten.

### 2. Die „unentgeltliche“ nichtgewerbmäßige Verteilung.

Recht und Genossen hatten in Bochum sozialdemokratische Druck-  
schriften verteilt. Es sollte nach der Anklage ein öffentliches un-  
entgeltliches und nichtgewerbmäßiges Verteilen im Sinne des § 10  
des preussischen Preßgesetzes in Verbindung mit § 30 Abs. 2 des  
Reichspreßgesetzes sein. Die Strafkammer in Bochum sprach sie frei,  
weil es sich zwar um ein nichtgewerbmäßiges, aber doch entgeltliches  
Verteilen handelte, das nicht bestraft werden könne, auch wenn es  
öffentlich sei. Es sei entgeltlich gewesen, weil die Angeklagten von  
der Partei ein Entgelt von 50 Pf. pro Stunde erhalten hätten.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend,  
ein entgeltliches Verteilen würde nur dann vorliegen, wenn die  
Empfänger der Blätter den Verteilern etwas gezahlt hätten.

Das Kammergericht verwarf die Revision der Staatsanwaltschaft  
mit folgender Begründung: Sowohl nach dem Sprachgebrauch  
als auch nach der Entstehungsgeschichte des Gesetzes könne nicht an-  
genommen werden, daß ein entgeltliches „Verteilen“ dann vorliege,  
wenn der Empfänger dem Verteiler etwas zahle. Vielmehr könne  
von einem entgeltlichen nichtgewerbmäßigen Verteilen nur dann  
die Rede sein, wenn der Verteiler zwar nichtgewerbmäßig handele,  
aber doch von seinem Auftraggeber, wie hier, ein Entgelt erhalte.

### Diebstähle in der Technischen Hochschule zu Charlottenburg

fiselen dem aus Rumänien stammenden Studenten Leiser Goldberg  
zur Last, der gestern der Strafkammer des Landgerichts III aus  
der Untersuchungshaft vorgeführt wurde. In der Technischen  
Hochschule sind in der letzten Zeit mehrfach Diebstähle vorgekommen,  
ohne daß es gelang, den Täter zu ermitteln. Neuerdings war ein  
Student in einem Saale der Hochschule aus einem verschlossenen  
mittels Nachschlüssel geöffneten Tischkasten ein Reizzeug im Werte  
von 25 M. entwendet. Unter gleichen Umständen war einem  
anderen Studenten ein unvollständiges Reizzeug im Werte von  
35 M. gestohlen worden. Durch Nachfrage bei Pfandleihern gelang  
es festzustellen, daß ein Student Goldberg Anfang März versucht  
hatte, ein unvollständiges Reizzeug zu versehen und es dann bei  
einem anderen Pfandleiher für 6 M. verpfändet hatte. Die Polizei  
ermittelte den Angeklagten als denjenigen, der das Reizzeug ver-  
seht hatte. Bei einer in seiner Behausung vorgenommenen Durch-  
suchung wurden noch zwei, anderen Studenten abhandeln ge-  
kommene Reizzeuge, mehrere der Technischen Hochschule gebürige  
Bücher und 4 Pfandscheine vorgefunden. Der Staatsanwalt bean-  
tragte gegen den gefänglichen Angeklagten ein Jahr Gefängnis, das  
Gericht erkannte auf 7 Monate Gefängnis unter Anrechnung von  
1 Monat Untersuchungshaft.

## Aus der Frauenbewegung.

### Ein Japaner über die deutsche Frau.

In der Wochenchrift „Zeitschrift“ veröffentlicht ein Japaner  
einen Artikel mit der Ueberschrift: „Wie wir Japaner über die  
deutsche Frau denken.“ Was die Beurteilungen dieses Sohnes des  
Orients bemerkenswert macht, ist erstens der Umstand, daß, wie sie  
zeigen, er und seine Landsleute den heiligen Kuppel vor Europas  
überwundener Pöflichkeit schon überwunden haben und in den Ein-  
richtungen und dem Wesen der alten Welt durchaus nicht den In-  
begriff aller Kultur entbeden. Der Artikel beschäftigt sich natürlich  
nur mit der bürgerlichen Frau; die proletarische existiert ja für die  
meisten Europareisenden nicht.

Er habe, schreibt der Verfasser, fast keine deutsche Frau kennen  
gelernt, die es fertig gebracht hätte, auch nur mal einige Tage zu  
Hause zu bleiben. Sei es auch nur um Schaufenster zu mustern  
oder die eigene Toilette zur Schau zu stellen, aber fort aus dem  
Hause müsse sie. Während die deutsche Frau unzählige Male im  
Theater, Konzerte und andere Veranstaltungen laufe und ihre Kinder  
und die wichtigsten Arbeiten ihrer Dienerschaft überlasse, würden  
keine Landsmänninnen froh sein, dürften sie auch nur ein bis zwei-  
mal im Jahre z. B. das Theater besuchen. Garie Worte findet er  
über die slavische Unterwerfung der deutschen Frau unter die ver-  
rücktesten Gebräuche der Mode, wobei skrupellos ein gut Teil des  
Familienglücks geopfert wird und woraus auch resultiere, daß die  
deutsche Frau (immer die Dame gemeint) ihre Kinder nicht gerne  
hülle, was oft genug die englische Krankheit zur Folge habe. Die  
japanische Frau reide ihrem Lieblich gern und solange als möglich  
die Brust.

Dann folgt folgendes interessante Auslassung:  
„Eine der unbedingtesten Klippen der deutschen Familien-  
lebens bildet das Verhältnis der Hausfrau zu ihrem Dienst-  
mädchen. Hier zeigt sich die „gnädige Frau“ (die Gänsefäherin  
stammen vom Verfasser des Artikels) leider nur zu oft von ihrer  
„ungnädigen“ Seite. Ich wurde mehrmals von wachem Entsetzen  
gepackt, als ich zufällig Gelegenheit hatte, eine „gnädige Frau“,  
die uns Gäste bei Tisch mit süßstem Lächeln und launtesten  
Worten bewirtete, eine Stunde später im Toilette mit ihrem  
Zimmermädchen zu belauschen. Hierin liegt auch der Grund,  
warum der Fremde in Japan kein anständiges Dienstmädchen  
bekommt. Unsere Dienstmädchen werden wie Kinder im Hause  
gehalten und empfinden es als Schande, unter europäischen Be-  
dingungen zu dienen.“

Das sind Worte, die man all den „Gnädigen“, die stets über  
die Schlechtigkeit der Dienstmädchen klagen, ins Stammbuch schreiben  
sollte.

## Aus aller Welt.

### Der knallende Browning.

In Bannhausen bei Düsseldorf wurde der 24-jährige  
Schlächtergeselle Hiberle, der Sohn eines Schlächtermeisters  
in Waderborn, unter eigenartigen Umständen von dem Polizei-  
sergeanten Seeger erschossen. Hiberle wurde mit mehreren  
anderen Gästen bei Eintritt der Polizeistunde aus einem Wirtschaft-  
lokal hinausgewiesen. An der Räumung des Lokals beteiligte sich  
der Polizeisergeant Seeger, der sich in Zivil befand und den Gästen  
deshalb als Polizeibeamter nicht kenntlich war. Nach der Räumung  
des Lokals entstand vor der Tür ein Wortwechsel zwischen dem Wirt  
und dem Polizeisergeanten einerseits und den mit sanftem Zwange  
an die Luft beförderten Gästen andererseits. Ein bürgerliches  
Lokalblatt, die „Düsseldorf-Berresheimer Zeitung“, schildert nun das  
Folgende mit diesen Worten:



Während dieser kurzen Auseinandersetzungen war man durch den Vorgarten bis auf die Straße gelangt. Hier stochte der Zug etwas. Die Laterne brannte trübe und warf ihr schwaches Licht auf die lebhaft gestikulierende Gruppe. Seeger lehnte an einem Baume, dicht neben ihm befand sich der Wirt. Mitten unter den Arbeitern, etwa 2 Meter von Seeger entfernt, stand der Metzgergehilfe, mit einer Hand auf dem Eingangspfeiler haltend, während er die verkrüppelte andere Hand — die wurden verflochtenes Haar an der Fleischmaschine ein Daumen und zwei halbe Finger glatt abgeschnitten — dem Polizeiergeanten drohend entgegenstreckte mit den Worten: „Sou Ihnen lasse ich mir noch lange nichts sagen“.

Als Antwort feuerte Seeger

drei Schüsse aus seiner Browningpistole ab. Der erste schuf traf den Arbeiter Grundloski am Oberschenkel, der zweite prüft dem Wirt am Ohr vorbei und streifte einen anderen Arbeiter am Finger, der

dritte schuf traf den Metzgergehilfen Hübberle ins Herz.

Ohne einen Laut von sich zu geben, drehte sich der Betroffene noch einmal um seine eigene Achse, dann stürzte er hin und war tot. Die drei Schüsse waren dicht hintereinander, ohne Pause abgegeben worden, wie neben den Augenzeugen auch Nachbarn, welche im Bett den Knall hörten, bekunden.

Nach der Tat suchte der Polizeiergeant sein Heil in schleuniger Flucht. Er wurde jedoch von erbitterten Zuschauern verfolgt und schwer mißhandelt, so daß er im Krankenhaus Aufnahme finden mußte.

Die Schießschar hat im Orte große Erbitterung hervorgerufen. Der Polizeiergeant, der sonst als ruhiger und pflichtgetreuer Beamter geschätzt wird, hat sich nach der allgemeinen Ansicht zu einer völlig unbegreiflichen Handlung fortzuziehen lassen.

Ob genug haben wir darauf hingewiesen, welche verhängnisvolle Folgen die Ausrüstung der Polizeibeamten mit Schießwaffen nach sich ziehen kann. Wäre der Beamte nicht im Besitze der Browningpistole gewesen, so würde die harmlose Rempel nicht den tragischen Abschluß gefunden haben!

### Ein Drama auf hoher See.

Wie ein Telegramm aus Cherbourg meldet, begegnete der englische Postdampfer „Druba“ am 27. April auf hoher See das französische Segelschiff „En Avant“. Auf dem Segelschiff, das Notsignale gab, waren die neun Mann seiner Besatzung infolge Mangels an Nahrungsmitteln dem Hungertode nahe. Nachdem der Schiffsarzt des „Druba“ der Mannschaft die notwendige Pflege hatte angedeihen lassen, wurde sie mit Lebensmitteln und Wasser versehen.

### Vier Tote um einen Öhring.

Aus Rom wird uns geschrieben: In der Konfervenfabrik Bagliardi in Palermo hatte eine Arbeiterin einen Öhring verloren. Ein Angestellter, der den Verdacht hatte, daß der Öhring mit dem Abfall in einen Schacht geworfen worden sei, ließ sich in diesen hinab, um das Schmuckstück zu suchen. Als er nicht wieder hinauf kam, stieg der Vorgesetzte der Fabrik, Bagliardi, der seinen Angestellten unten ohnmächtig liegen sah, in den Schacht hinunter, wurde aber gleich seinem Vorgänger durch die Gaskämpfe brennungslos. Nun stieg der Kasse des Besitzers hinunter, ohne zurückzukehren, und schließlich ein Arbeiter, den das gleiche Schicksal ereilte. Weiter drängten sich mehrere zur Hilfsaktion, aber die Umstehenden litten es nicht, daß noch mehr Menschen ihr Leben auf Spiel setzten. Alle vier Opfer wurden kurz darauf mit Stricken und Haken zutage gefördert. Drei waren tot, der vierte atmete noch, starb aber bald darauf.

### Kleine Notizen.

Folgschwere Explosion. In der technisch-chemischen Fabrik von Richard Wähling in Breslau explodierte Donnerstag vor-mittag im Siederraum ein Kessel Benzol. Der Inhaber Eduard Wähling sowie der Arbeiter Guchpa wurden schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Bei Guchpa ist keine Aussicht vorhanden, daß er am Leben bleibt. Das einstöckige Gebäude des Siederbaus ist vollständig niedergebrannt.

Ein Unensch. Der in der Schifferstraße in Magdeburg wohnende Tapezier Scherer verfolgte seit einiger Zeit seine eigene 21-jährige Tochter mit unsittlichen Anträgen. Empört über die erfolgte Abweisung ergriff er am Mittwochabend in Anwesenheit seiner Frau und seines erwachsenen Sohnes das Mädchen, warf es auf das Bett und feuerte ihm aus dem in Verborgenen verborgenen Revolver zwei Schüsse ins Gesicht. Darauf gab er einen Schuß auf seinen Sohn ab, der aber fehlging, und feuerte sich dann selbst zwei Kugeln in den Kopf. Der Mann und das Mädchen sind tot.

Explosion eines Pulvermagazins. In dem nahe Lissabon gelegenen Orte Caparica erfolgte am Mittwoch in einem Pulvermagazin eine heftige Explosion, bei der zehn Personen schwer verletzt wurden. Das Magazin wurde fast vollständig zerstört. Strandung eines englischen Zweimasters. Auf der Höhe von Solihaven ist während eines Unwetters am Donnerstag ein englischer Zweimaster „Steadfast“ gestrandet. Auf dem als Liebungsschiff für Schiffsjungen benutzten „Steadfast“ befinden sich 40 Schiffsjungen und vier Matrosen. Das Schiff befindet sich in sehr gefährdeter Lage.

Die Pest auf Java. In der vergangenen Woche wurden auf Java 153 Pestfälle festgestellt, darunter fünf Erkrankungen an Lungenseptik. 111 Personen starben an der Pest.

### Witterungsüberblick vom 4. Mai 1911.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Celsius)	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Temperatur (Celsius)
Swinemünde	761	SW	3 mäßig	13	Caparanda	769	S	2 heftig	5
Hamburg	768	SW	4 mäßig	15	Veteraburg	768	NRD	1 mäßig	5
Berlin	761	SW	3 mäßig	13	Seilly	761	S	4 mäßig	8
Konstanz	761	SW	3 heftig	12	Wien	750	S	2 heftig	7
München	763	SW	2 heftig	11	Paris	761	SW	4 mäßig	10
Wien	762	SW	2 bedeckt	12					

### Wetterprognose für Freitag, den 5. Mai 1911.

Wolkig, am Tage kühler, bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.

## Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Stralauer Viertel.** (Regist. 346 II.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Blaser **Alois Bartsch** gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Friedhof in Hagen-Schönhausen, Berliner Straße 31/32, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
218/19

**Deutscher Transportarbeiter - Verband.** Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Friedrich Fährmann** am 2. d. Mis. im Alter von 43 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. Mis., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Dankeleirchhofes, Plankestraße, aus statt.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bodenarbeiter **Joseph Stumpf** am 1. d. Mis. im Alter von 48 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heiligs- und Herz-Jesu-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **Ernst Loeper** am 2. d. Mis. im Alter von 28 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes Wälder, Ede Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.**  
Am 3. Mai verstarb unser Mitglied, der Arbeiter **Karl Sternberg** (Fuldastr. 60 (5. Bez.))  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mis., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erachtet  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein für Alt-Glienicke.**  
Den Parteigenossen und Genossen zur Nachricht, daß am 3. Mai 1911 unsere Genossin **Klara Winniewski** geb. Krest, verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der hiesigen Leichenhalle aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
202/12

**Kranzspenden**  
solche sämtliche Blumenarrangements liefert schnell und billig 13325\*  
**Paul Groß**  
Lindenstraße 69  
(„Sonnwärt“-Haus).  
Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2.

# Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.

Sonntag, den 7. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr:

## Branchenversammlung der in den Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter

im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der in der letzten Versammlung beschlossenen Umfrage.
2. Unsere Stellung dazu und Beschlussfassung über unsere weiteren Maßnahmen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

116/8

## Fliesenleger und Hilfsarbeiter.

Dienstag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Corona-Sälen (früher Klubhaus), Kommandantenstr. 72:

## Öffentliche Versammlung der Fliesenleger und Fliesenleger-Hilfsarbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Schlichtungskommission.
2. Diskussion.
3. Berufungsangelegenheiten.

Zutritt zu dieser Versammlung haben alle Fliesenleger und Hilfsarbeiter.

Die Vorstände der Fliesenlegerorganisationen.

## Achtung! Radfahrer von Charlottenburg! Achtung!

Genie Freitag, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinen-Straße 3: **Öffentliche Radfahrer-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Eichhorn über: „Die Arbeiter-Radfahrer im Emanzipationskampfe des Proletariats“.
2. Wahl eines Vertrauensmannes für Charlottenburg.

Jeder Radfahrer, welcher geneigt ist, sein Rad in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, ist ebl. eingeladen.

## Maschinisten, Heizer, Abschmierer und Kohlenarbeiter der Brauereien

Berlin und der Umgegend.

Sonnabend, den 6. Mai, vormittags 8 1/2 Uhr: **Versammlung** in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Die Bezahlung der Feiertage auf Grund des Protokolls vom 24. Februar.
3. Die Verteilung des Urlaubes.
4. Verschiedenes.

Es ist dringend notwendig, daß jeder Betrieb in der Versammlung vertreten ist.

## Zentralverein der Bildhauer.

Verwaltungsstelle Berlin.

Montag, den 8. Mai, abends 6 Uhr pünktlich, im Saal III des Gewerkschaftshauses: **General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisionen.
2. Der Verlauf der diesjährigen Waiseler und Antrag auf besondere Unterstützung der Ausgewanderten.
3. Antrag auf Unterstützung der im Lohnkampf stehenden Kollegen in Pärth.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Zahlreichen und pünktlichen Besuch erachtet **Der Vorstand.**

## Deutscher Bauarbeiter - Verband. Zweigverein Berlin.

**Gruppe der Pufferträger.** Sonntag, den 7. Mai, pünktlich vormittags 10 Uhr: **Gruppen-Versammlung** bei Obiglio, Schwedter Str. 23/24.

Da sehr wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen, darunter auch die Festschreibung eines einheitlichen Beitrages, ist es Pflicht jedes Kollegen, bestimmt zu erscheinen. **Der Sektionsvorstand.**

## Gruppe der Töpferträger.

Montag, den 8. Mai, abends pünktlich 8 1/2 Uhr: **Gruppen-Versammlung** bei Wegner, Seydelstr. 30, dicht am Spittelmarkt.

Tages-Ordnung: Der Ablauf des Lohnkampfes und unsere vorbereitenden Schritte hierzu.

Da außerdem noch andere wichtige Fragen auf der Tagesordnung stehen, ist es Pflicht der Kollegen, für den Besuch der Versammlung die größte Regung zu entfalten und unbedingt selber zu erscheinen. Die mit den Töpferträgern zusammen arbeitenden Köpfer erlauchen wir dringend, die Töpferträger auf diese Versammlung aufmerksam zu machen und sie zum Besuch derselben anzuhelfen. **Der Sektionsvorstand.**

## Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Centre, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel- ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):

## Sitzung der Ortsverwaltung. Bodenleger.

Montag, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus: **Vertrauensmänner - Versammlung.**

Die Branchenkommision.

## Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69

Morgen erscheint: **Der Geist der Unzufriedenheit** in Bildern, Löchern und Versen von G. Brandt Preis 2,50 M.

Diese aktuelle politische Satire in Bild und Wort wird allen „Freunden unserer Polizei“ viel Vergnügen bereiten.



**Servus**  
bester Schuhputz

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg. Fabrik: Lubozynski & Co., Berlin-Lichtenberg.





# A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



Freitag  
Sonnabend

## Lebensmittel-Angebot

soweit  
vorhanden

### Konserven

Stangenspargel I . . . . . 1/2 Dose 1.45  
 Stangenspargel III . . . . . 1/2 Dose 1.10  
 Bruchspargel <sup>extra stark</sup> 1.30, <sup>1/2 Dose</sup> 70 Pf.  
 Bruchspargel II <sup>1/2 Dose</sup> 88, <sup>1/2 Dose</sup> 50 Pf.  
 Abschnittspargel 1/2 D. 52, 1/2 D. 32 Pf.  
 Kaiserschoten 1/2 D. 1.05, 1/2 D. 58 Pf.  
 Junge Schoten I <sup>1/2 Dose</sup> 75, <sup>1/2 Dose</sup> 43 Pf.  
 Karotten . . . . . 1/2 Dose 45, 65 Pf.

Brech- u. Schnittbohnen Ia <sup>1/2 Dose</sup> 42 Pf.  
 Wachsbohnen . . . . . 1/2 Dose 38 Pf.  
 Stangen-Perlbohnen . . . . . 1/2 Dose 42 Pf.  
 Gemischtes Gemüse <sup>extrafein</sup> 1.20  
 Gemischtes Gemüse II 1/2 Dose 60 Pf.  
 Teltower Rübchen . . . . . 1/2 Dose 58 Pf.  
 Pfefferlinge . . . . . 1/2 Dose 48 Pf.  
 Rote Rüben 1/2 Dose 32 Pf., <sup>10 Pfund Dose</sup> 1.20

Schnittbohnen . . . . . 1/2 Dose 24 Pf.  
 Stangenspargel <sup>sehr stark, mit grünen Köpfen,</sup> 1.35  
 Junge Schoten <sup>extra fein,</sup> 85, <sup>1/2 Dose</sup> 48 Pf.  
 Bruchspargel <sup>ohne Köpfe</sup> . . . . . 1/2 Dose 55 Pf.  
 Preisselbeeren <sup>1/2 Dose</sup> 65 Pf., <sup>3/4 Dose</sup> 1.15, <sup>1/2 D.</sup> 2.90  
 Gewürzgurken . . . . . Glas 48 Pf.  
 Heringe in Gelee . . . . . Pfund-Dose 20 Pf.

Aprikosen 1/2 Frucht . . . . . 1/2 Dose 1.00  
 Pfirsiche <sup>1/2 Frucht, ge-</sup> 1.05, <sup>schält, 1/2 Dose</sup> 58 Pf.  
 Pflaumen <sup>in Essig und</sup> 68, <sup>Zucker, 1/2 Dose</sup> 40 Pf.  
 Reineclauden . . . . . 1/2 Dose 85 Pf.  
 Sengurken Glas 60 Pf., 1/2 Gallone 1.65  
 Zuckergurken . . . . . Glas 70, 80 Pf.  
 Zuckergurken . . . . . 1/2 Gallone 1.90  
 Schmorgurken . . . . . 1/2 Dose 75 Pf.

Marmelade <sup>verschiedene Frucht-</sup> 28 Pf.  
 Bratheringe . . . . . Dose 40 Pf.  
 Bismarckheringe . . . . . Dose 40 Pf.  
 Forelleneringe . . . . . Dose 48 Pf.  
 Delikatessheringe 1/2 D. 78, 1/2 D. 48 Pf.  
 Hummer . . . . . 1/2 Dose 2.35  
 Appetit Sild . . . . . Dose 38 Pf.  
 Oelsardinen . . . . . Dose 38, 48, 63 Pf.

**Butter und Käse**  
 Koch- und Backbutter Pfund 1.10  
 Tischbutter . . . . . Pfund 1.15, 1.20  
 Faustkäse 3 Stck. 20, Romalour Stck. 28 Pf.  
 Brikkäse . . . . . Pfund 52 Pf.  
 Limburger Pfund 60, Tilsiter 58 Pf.  
 Schweizer Käse Pfund 85, Edamer . 78 Pf.  
 Emmenthaler Käse . . . . . Pfund 1.10  
 Harzer Käse Kiste 1.65, <sup>oder</sup> 5 Stück 10 Pf.  
 Camembert . . . . . 2 Stück 35 Pf.  
 Vollfetter Tafelkäse . . 3 Stück 35 Pf.  
 Schlesisch. Stangenkäse 3 Stck. 25 Pf.  
 Bratenschmaiz . . . . . Pfund 55 Pf.  
 Türkisch. Pflaumenmus Pfund 22 Pf.

**Obst und Gemüse**  
 Valencia-Apfelsinen . Dutzend 58 Pf.  
 Zitronen . . . . . Duz. 20, 25, 30 Pf.  
 Meraner Calvillen . . . . . Pfund 58 Pf.  
 Datteln . . . . . Pfund 50 Pf., Karton 30 Pf.  
 Feigen . . . . . Kistchen 18, 26 Pf.  
 Aepfel . . . . . Pfund 15 Pf.  
 Frische Gurken . . . . . Stück 25, 30 Pf.  
 Salat 3 Köpfe 25, Radieschen 3 Bd. 10 Pf.  
 Sellerieknollen . . . . . 2 Stück 10 Pf.  
 Frischer Waldmeister . 4 Bund 10 Pf.  
 Frischer Spinat . . . . . 3 Pfund 20 Pf.  
 Rhabarber . . . . . 3 Bund 10 Pf.  
 Französ. Blumenkohl <sup>Kopf</sup> 25, 30 Pf.

**Frischer Spargel** stark und mittelstark . . Pfund 48 Pf.

### Fleischwaren

\* Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

Rollschinken ca. 6-11 Pfd. . . . . Pfd. 1.25  
 Landschinken ca. 10-12 Pfd. . . . . Pfd. 1.15  
 Mausschinken ca. 2 1/2-3 Pfd. . . . . Pfd. 1.15  
 Schinkenspeck <sup>in Stücken von</sup> 1 1/2-4 Pfd. . . . . Pfd. 95 Pf.  
 Zervelat- u. Salamiwurst . Pfd. 1.15  
 \*Teewurst . . . . . Pfd. 1.10

Bauernmettwurst <sup>mit Knoblauch</sup> . . . . . Pfd. 1.00  
 \*Pasteten-Leberwurst . . . . . Pfd. 1.00  
 \*Feine Leberwurst . . . . . Pfd. 95 Pf.  
 \*Landleberwurst . . . . . Pfd. 80 Pf.  
 Jagdwurst . . . . . Pfd. 90 Pf.  
 Rotwurst . . . . . Pfd. 45, 70 Pf.

**Kasseler Rippespeer** . . . . Pfund 85 Pf. bis 1.00

### Geflügel

Frische Puten . . . . . Pfd. 88 Pf. und 1.20  
 Junge Gänse . . . . . Pfd. 95 Pf. und 1.10  
 Enten <sup>gefroren Stück</sup> 2.50, 2.75, 2.90  
 Brathühner . . . . . Stück 1.50 bis 2.40  
 Suppenhühner . . . . . Stück 1.75 bis 2.90  
 Möven-Eier . . . . . Stück 15 Pf.  
 Wilde Kaninchen <sup>St.</sup> 85 Pf., 1.00

### Räucherwaren

Sprottbücklinge . . . . . Pfund 35 Pf.  
 Sprotten Pfd. 50, Bücklinge <sup>4 St.</sup> 10 Pf.  
 Schleibücklinge <sup>Kiste ca. 10 Stück</sup> 25, <sup>Kiste ca. 20 Stück</sup> 58 Pf.  
 Aale . . . . . Pfund 1.00, Bund 40 Pf.  
 Seehasen <sup>Stck.</sup> 20 Pf. Seelachs Pfd. 28 Pf.  
 Lachs in Stücken . . . . . Pfund 65, 75 Pf.  
 Matjes-Heringe <sup>Stück</sup> 5 u. 10 Pf.

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse

### Frisches Fleisch

Schmorfleisch . . . . . Pfd. 95 Pf.  
 Rinderfilet 1.10, <sup>ausge-</sup> 1.40 bis 1.60  
 Roastbeef Pfd. 1.00, <sup>ohne Knochen</sup> 1.40  
 Kamm und Brust . . . . . Pfd. 75 Pf.  
 Gulasch Pfd. 70, Gehacktes 60 Pf.  
 Pökeltzunge . . . . . Pfd. 1.35  
 Frischer Schinken 65, <sup>geteilt</sup> 70 Pf.  
 Schweinefilet . . . . . Pfund 1.30  
 Kamm u. Schuft . . . . . Pfund 85 Pf.

Schweine-Kotelette . . . . . Pfund 1.00  
 Liesen 55, Rücken fett 50, <sup>5</sup> Pfd. 2.40  
 Eisbein <sup>(Dickbein)</sup> Pfund 55 Pf., 6 Pfund 3.00  
 Kalbskeule <sup>und Nieren-</sup> Pfd. 1.10, <sup>braten</sup> <sup>geteilt</sup> 1.20  
 Kalbskamm u. Bug 80, <sup>geteilt</sup> 85 Pf.  
 Kalbsbrust . Pfund 90 Pf., Spitze 1.00  
 Hammelkeule <sup>u. Rücken</sup> 85, <sup>ge-</sup> 95 Pf.  
 Dicke Rippe . . . . . Pfund 75 Pf.  
 Dünning . . . . . Pfund 55 Pf.

### Fische

Schollen . . . . . Pfund 10, 20 Pf.  
 Kabeljau <sup>in ganzen Fischen</sup> . Pfund 10 Pf.  
 Seelachs <sup>in ganzen Fischen</sup> . Pfund 11 Pf.  
 Schellfische . . . . . Pfund 8 bis 18 Pf.  
 Rotzungen . . . . . Pfund 15 Pf.  
 Heilbutt Pfund 35, Tafellachs 38 Pf.

Lebende Hechte Pfund 65 Pf., 1.10  
 Lebende Aale . Pfund 86 Pf. bis 1.10  
 Lebende Plötzen . . . . . Pfund 38 Pf.  
 Lebende Krebse <sup>Mdl.</sup> 50 Pf. bis 2.50  
 Edelkrebse . . Mandel 85 Pf. bis 3.00  
 Solokrebse . . . . . Stück 50 und 75 Pf.

Ständiger Verkauf, Leipziger Strasse:  
**Feine kalte Küche**

Arrangements von kalten Buffets, sowie  
jeder Art garnierter Platten.  
Gebr. Hühner 2.20, Frikassee v. Huhn 1.25

**Reise-Kartons**  
 enthaltend: 1/2 Huhn, 1/2 Fl. Rotwein od. 1/4 Fl. Portwein, 1 Glas Salat, Obst, Brötchen, Trinkglas und Besteck . . . . . 2.50

**Zur Probe**  
 NEU! 60 Stücke auf einmal zugleich-Apparat  
 mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen, also ohne jede Kaufverpflichtung und ohne Anzahlung lediglich gegen Monats-Raten von 2 Mark an. Bei uns wir: Sprech-Apparate mit Pathé-Platten, Musik-Instrumente aller Art, photographische Apparate, Waffen etc.  
 Kaufen Sie niemals ohne mehr-tägige Probe! Kaufen Sie nur unsere nachfolgenden Pathé-Platten. Alle anderen Platten werden durch den ständigen Nadelwechsel angegriffen u. schließlich völlig zerstört.  
**Gratis**  
 und franco senden wir auf Verlangen an jedermann unseren illust. Katalog. Postkarte per Bgl.  
**BIAL & FREUND**  
 Breslau Postfach 120/26

Jeder **Handwerker**, jeder **Arbeiter**  
 kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von  
**Kohnen & Jöring**, Arbeitskleidung für jeden Beruf.  
 Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 53. Ecke Weinmeisterstraße; Sandberger Allee 118. am Friedrichshain; Nixdorf; Verkehr. 66. am Ringbahnhof.  
**Möbel**  
 liefert auf **Teilzahlung** bequeme kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)  
 E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58  
**„Silesia-Bad“**  
 11242\* Schlesische Str. 31  
 Alle Arten medizinische Bäder.  
 Lieferant aller Kassen.

**Potsdam Restaurant Wilhelm**  
 (früher Glaser)  
 Kaiser-Wilhelm-Str. 33  
 (Name des Jäger- und Brandenburger Thores)  
 empfiehlt Ausflüglern keine Refek-tären zur ge-fälligen Vermo-gung.  
 Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.  
 Der Wirt.  
**Warnung vor Betrug!**  
 Meine Packung ist nur echt mit der Aufschrift:  
**Dr. Landmann's Messer-Putzpulver.**  
 Jede 10 Pf. Streifen 20 und 30 Pf. nur echt in Original-Verpackung in allen besseren Geschäften zu haben.  
 Dr. U. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 5A



Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Kreis. 2. Abteilung. Sonntag, den 7. Mai: Besichtigung des Märkischen Museums. Die Führung hat Genosse Dr. Max Schütte übernommen. Treffpunkt vormittags 10 Uhr am Märkischen Platz.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Sonnabend, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Otto Pätzsch. Wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Kraß der Lichtenberger Vereinsbank.

Die in Lichtenberg in der Gürtelstraße 41 befindliche Lichtenberger Vereinsbank ist am gestrigen Donnerstag vormittag durch die etwa 70 000 M. betragenden Unterschlagungen ihres Vorstehenden und Aufsichtsrates A. Horstmann, Lichtenberg, Gürtelstraße 40 wohnhaft, in Konkurs geraten. Wir erhalten über den Zusammenbruch folgende Mitteilungen:

Die Lichtenberger Vereinsbank war im Jahre 1907 als Verkaufsgenossenschaft der Berliner Tischlermeister und Pianofortefabrikanten mit dem Sitz in Lichtenberg gegründet worden. Die Bank, die mit einem lächerlich kleinen Kapital, kaum einigen Hundert Mark, ins Leben gerufen wurde, galt von vornherein als unhaltbar. Nach einigen Monaten schloß denn die Verkaufsgenossenschaft auch ihre Pforten, um kurz darauf als Lichtenberger Vereinsbank neu zu entstehen. Um nun Kapitalien für das neue Unternehmen aufzubringen, kam Horstmann, der Vorstand und Aufsichtsrat in einer Person war, auf folgenden Gedanken. Für sein ziemlich gutgehendes Effengeschäft und für seine Leimfabrik engagierte er nacheinander mehrere Reisende und Rechner. Seine Angestellten mußten zwei- bis fünftausend Mark Kauttionen einlegen, erhielten dafür jedoch die Zusage von Horstmann, daß sie allein für die Fabrik beschäftigt würden und daß ihnen alle Aufträge und Provisionen zufließen. Durch außerordentlich geschickte Manöver verstand es nun Horstmann, nach und nach etwa 15 derartige Reisende zu engagieren und so ein ganz ansehnliches Vermögen zusammenzubringen. Die erhaltenen Kapitalien verwendete er zum Teil für die Vereinsbank, die gegen Wechsel und Bürgschaften an Lichtenberger Kleinfachleute und Handwerker Summen bis zu 1000 M. auslieh. Der größte Teil des Geldes aber wanderte in die Taschen des Herrn Direktors, der ein flotter Lebemann und eifriger Rennbahnbesucher war. Falls nun seine Angestellten die Kauttionen von ihm zurückforderten, verwies er sie auf ihren Kontrakt, in welchem vermerkt war, daß die Rückzahlung der Kauttionen nur auf beiderseitiges Einverständnis oder mit Einwilligung des Aufsichtsrates und Vorstandes möglich sei. Da Horstmann nun aber in einer Person beide Posten bekleidete, konnten die Angestellten nicht zu ihrem Gelde kommen. Am 1. eines jeden Monats die fälligen Gebälter für seine Reisenden zahlen zu können, hatte Horstmann drei Bahltage vorgesehen, damit die Geprüelten sich nicht gegenseitig kennenlernen könnten. Schließlich wählte er seinen Ausweg mehr. Er wandte sich an seine in Lichtenberg wohnende Mutter, die vor einiger Zeit für ihren Sohn Generalbürgerschaft übernommen hatte und versuchte, um dieser ein größeres Betriebskapital zu erhalten. Als ihm das jedoch mißlang, veranlaßte er seinen in Tempelhof wohnenden Kassierer, der gestern vormittag verhaftet worden ist, alle Immobilien flüssig zu machen. Am vorgestrigen Nachmittag fanden sich nun auf dem Bureau der Bank die geschädigten Angestellten zusammen, und durch ein Gespräch kam es dann heraus, daß Horstmann sie sämtlich geprellt hatte. Die aufs äußerste gereizten Herren begaben sich nach der Wohnung des H., erfuhren dort jedoch, daß der Herr Direktor verreist und seinen Aufenthalt nicht angegeben habe. Daraufhin erstatteten sie bei der Lichtenberger Kriminalpolizei Anzeige. Am gestrigen Vormittag lief ein Brief von Horstmann ein, in dem er seine Verfehlungen sämtlich eingesteht, jedoch in dem Schreiben die Hoffnung ausdrückt, daß seine Verwandten wohl seine Schulden beden werden und daß er selbst durch Abzahlungen seine Schuld späterhin gutmachen wolle. Horstmann war früher in Lichtenberg Stadtverordneter und bekleidete längere Zeit das Amt eines Kirchenältesten.

Im städtischen Familienobdach befanden sich am 1. Mai 143 Personen, und zwar 20 Familien mit zusammen 48 Köpfen (darunter 21 Kinder und 10 Säuglinge) und 95 Einzelpersonen. Der Gesamtbestand betrug am 1. April 63 Personen mehr. Das nächtliche Obdach wurde während des April von 92 593 Männern und 541 Frauen besucht. Der Tag des geringsten Besuches war der 24. April mit 2092 Personen, der des stärksten Besuches der 15. April mit 8731 Personen. Gebadet haben in den Brausebädern täglich durchschnittlich 793 Personen. Bannenbäder wurden während des ganzen Monats an 695 Männer und 422 Frauen verabreicht.

Berliner Akt.-Verein für Obdachlose. Im Monat April nächstigen im Männerzahl 14 654 Personen, wovon 7210 badeten, im Frauenzahl 4135 Personen, wovon 1299 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten: für Männer: Biesenstraße 55/59, für Frauen: Colberger Straße 30.

Wegen Haltens einer nichtkonzessionierten Privatkrankenanstalt in Hohen-Schönhausen war der praktische Arzt Dr. Goldberg vom Landgericht III in Berlin zu einer Geldstrafe auf Grund der Gewerbeordnung verurteilt worden. Der Tatbestand war kurz folgender: Dr. G. hat an seinen Patienten öfter Operationen vorzunehmen. Es kommt dann mal vor, daß die Operierten wegen ihres Zustandes entweder einen halben oder ganzen Tag oder gelegentlich auch mal mehrere Tage in seiner Wohnung bleiben müssen. Dafür nimmt der Arzt keine Vergütung. Einzelne Patienten ahnen dann unentgeltlich von seinem Tische. Das Gericht ging nun davon aus, daß bei dieser Sachlage doch gewisse Vorkehrungen für das Verbleiben der Patienten getroffen werden seien. Es sei ein Feldbett dagewesen und ein Wandbalken. Möglichenfalls hätten zwei Patienten gleichzeitig untergebracht werden können. Das für den Tatbestand des Haltens einer Privatkrankenanstalt erforderliche Moment der Gewerbmäßigkeit sei darin zu sehen, daß der Angeklagte aus seiner chirurgischen Tätigkeit eine dauernde Einrichtung machte und daß er sie nur ausüben konnte, wenn er mit der gelegentlichen Unterbringung der Kranken in seiner Wohnung rechnete. Allerdings habe die Anstalt einen unmittelbaren Gewinn nicht gebracht. Aber mittelbar habe sie Gewinn gebracht, indem sie ihm seine Einnahmen aus den chirurgischen Eingriffen ermöglichte. Das genüge, auch die Unterbringung der Patienten als gewerbmäßig erscheinen zu lassen.

Das Kammergericht gab aber der vom Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegten Revision statt und sprach den Angeklagten frei. Der Begriff des gewerbmäßigen Haltens einer Privatkrankenanstalt sei verkannt. Da der Arzt aus der Unterbringung jener Patienten keinen unmittelbaren Gewinn gezogen habe, so könne die Gewerbmäßigkeit nicht angenommen werden und Angeklagter sei freizusprechen.

Von der städtischen Straßenbahn. In der letzten Sitzung des städtischen Verkehrsausschusses wurde bekannt gegeben, daß die beiden

städtischen Straßenbahnlinien vom Stettiner Bahnhof und vom Reichowkrankenhaus ab bis zum Görlitzer Bahnhof mit je 10 Minuten Zugfolge betrieben werden. Ferner wurde mitgeteilt, daß den vielfach geäußerten Wünschen der Bevölkerung entsprechend eine Verdichtung des Verkehrs durch Einschleusen mehr als bisher vorgenommen werden wird, sobald die vor einiger Zeit in Auftrag gegebenen neuen Wagen in Betrieb genommen werden können. Für diesen Zweck ist u. a. der Einbau von Weichenanlagen in der Strelitzer Straße und am Görlitzer Ufer beabsichtigt, um durch Einrichtung einer Einseilbahn zwischen der Strelitzer Straße und dem Görlitzer Ufer dem lebhaften Ausflugsverkehr nach Treptow zu begegnen.

Im 4. Landtagswahlbezirk

sind für Montag, den 8. Mai, engere bzw. Neuwahlen von Wahlmännern festgesetzt.

- A) Engere Wahlen finden statt: Im 201. Urwahlbezirk der II. Abteilung zwischen dem Brauereibesitzer Wolf, Joffener Str. 30, und dem Gutmacher Keller, Joffener Str. 22; im 217. Urwahlbezirk der II. Abteilung zwischen dem Tapezierer Berner und dem Schneider Friedrich.
- B) Neuwahlen finden in folgenden Urwahlbezirken und Abteilungen statt:
 

Im 200. Urwahlbezirk der I. Abteilung für 1 Wahlmann,				
" 218.	" II.	"	" 1	"
" 240.	" I.	"	" 1	"
" 257.	" II.	"	" 1	"

Die Arbeiter in einer Kiesgrube verschüttet. Eine folgenschwere Katastrophe, wobei ein Arbeiter den Tod fand und ein zweiter schwer verletzt wurde, hat sich in den Kiesgruben von Starde u. Piper in Woltersdorf ereignet. In den Gruben an der Lindenstraße waren einige Arbeiter mit dem Abbauen von Kies beschäftigt, als plötzlich eine mächtige Seitenwand einstürzte. Vier Arbeiter wurden unter den Riesmassen verschüttet und vollständig begraben. Arbeitskollegen, die den Vorgang mit angesehen hatten, eilten sofort hinzu und machten sich an die Rettung der Verunglückten. Es gelang auch, alle vier ans Tageslicht zu befördern. Ein hinzugekommener Arzt stellte Wiederbelebungsbemühungen an, die auch bei drei Arbeitern Erfolg haben sollten. Dagegen waren bei dem vierten Verunglückten, dem 40 Jahre alten Eigentümer Albert Heinrich vom Steg alle Bemühungen vergeblich. Er war bereits tot; er hatte den Erstickenstob gefunden. Der Arbeiter Albert Piper hat bei dem Unglück schwere innere und äußere Verletzungen erlitten. Er mußte nach dem Kreiskrankenhaus gebracht werden, wo er in sehr bedenklichem Zustand daniederliegt. Die Leiche des H. wurde von der Behörde beschlagnahmt und die Arbeiten in der Grube einstweilen eingestellt.

Vor die Lokomotive geworfen und zermalmt. Auf schreckliche Weise hat sich der Kaufmann Gerhard Ranshüßel aus der Turmstraße aus dem Leben gebracht. R. warf sich in der Nähe der Station Woltersdorf vor die Lokomotive eines von Berlin einkehrenden Vorortzuges. Er wurde unter die Maschine gestochen, und der Kopf wurde dem Unglücklichen buchstäblich vom Rumpf getrennt. Die Leichenteile mußten, nachdem der Zug zum Stehen gebracht worden war, aus den Speichen des Maschinenrades entfernt werden. Bei der Leiche fand man einen Abschiedsbrief vor, in dem R. schreibt, er befürchte, hart bestraft zu werden. Ferner fand man ein Sparlassenbuch, auf das 59 M. abgehoben waren, in der Tasche des Modes. Auch ein Schreiben, das an den Vorsitzenden des Sportklubs „Lesting“ gerichtet war, wurde entdeckt. Aus diesem scheint hervorzugehen, daß R. aus Furcht vor Bestrafung den Tod gesucht hat.

Ein Gerüstesturz, wobei zwei Arbeiter verschüttet und verletzt wurden, ereignete sich gestern nachmittag 4 Uhr im Hofe der Reichsdruckerei. Dort wird gegenwärtig ein Gebäude aufgeführt, das bis zur ersten Etage gediehen ist. Aus bisher noch unbekannter Ursache brach nun gestern das Gerüst des Baues zusammen und verschüttete zwei der auf dem Bau beschäftigten Arbeiter. Während es dem einen Verschütteten gelang, sich selbst unter den Trümmern herbeizuarbeiten, mußte der andere von der Feuerwehr herbeigeholt werden. Beide hatten erhebliche Verletzungen davongetragen, sie wurden von der Feuerwehr weggebracht.

Nicht absteigen während der Fahrt! Die Unfalte, Straßenbahnwagen während der Fahrt zu verlassen oder zu besteigen, hat wiederum zu zwei schweren Unglücksfällen geführt. Am Mittwochabend, gegen 8 Uhr, hatte ein Fräulein Reia Meyer, Kaiserstraße Nr. 25 wohnhaft, einen Straßenbahnzug der Linie 69 zur Fahrt nach Hause benutzt und stand auf dem Vorderperson des Anhängewagens. Als an der Lichtleitung des Waggon's Kurzschluss entstand, wollte Fräulein R. nach dem Motortwagen umsteigen. Sie sprang in der Potsdamer Straße während der Fahrt vom Anhänger ab, kam aber dabei zu Fall und schlug so heftig auf das Straßenpflaster auf, daß sie einen Schädelbruch und eine Gehirnerschütterung erlitt. In hoffnungslosem Zustande wurde die Verunglückte nach dem Krankenhaus Noabit übergeführt. Ein ähnlicher Unfall trug sich gestern früh gegen 1/2 7 Uhr in der Traunstrasse zu. Vor dem Hause Nr. 87 verlor die 35jährige Tischlerin Otto Maß aus der Rügener Straße 11 den Hinterperson eines Straßenbahnwagens der Linie 88 während der Fahrt zu besteigen. Er glitt ab und fiel so unglücklich, daß er unter den Vorderperson des Anhängewagens geriet. R. erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, außerdem wurde ihm der rechte Arm völlig zerquetscht. Auf der Unfallstation in der Badstraße erhielt der Verunglückte Notverbande und wurde von dort nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt, wo er in bedenklichem Zustande daniederliegt.

Das Opfer einer Rauchvergiftung ist vorgestern der 75 Jahre alte Drofjakentischer Franz Weh aus der Anglerstraße Nr. 2 geworden. Der alte Mann, der nur nachts schlief, pflegte sich sein Mittagessen selbst zu bereiten, während seine Tochter, die bei ihm wohnte, außerhalb des Hauses zu tun hatte. Nachdem er auch vorgestern nachmittag in seinem Kochofen wieder Feuer gemacht hatte, rauchte es unter der Einwirkung der plötzlichen Wärmeentwicklung und des Sonnenlichtes in seiner Behausung sehr stark. Hausgenossen merkten das wohl, achteten aber nicht weiter darauf. Als abends gegen 9 Uhr Fräulein Weh nach Hause kam, wurde ihr weder geöffnet, noch geantwortet. Nichts Gutes ahnend, ließ sie die verschlossene Tür öffnen und fand jetzt ihren alten Vater in der mit Rauch angefüllten Küche regungslos auf dem Fußboden liegend. Ein Arzt, der gleich geholt wurde, konnte nur noch feststellen, daß W. tot war. Die Todesursache konnte er zwar mit Bestimmtheit nicht angeben, für wahrscheinlich aber hielt er eine Rauchvergiftung.

Ein schwerer Straßensunfall ereignete sich vorgestern in der Rosoniestraße. Gegen 5 Uhr nachmittags passierte der 33jährige Arbeiter Franz Korzum auf einem Zweirade diesen Straßenzug, indem er unmittelbar hinter einem mit Blechplatten beladenen Wagen herfuhr. Plötzlich hielt das Fuhrwerk an und R. wurde von einem ihm folgenden Radfahrer angefahren. Er stürzte von seiner Maschine, die in Trümmer ging, und fiel gegen die über den Wagen hinausragenden Blechplatten. R. erlitt eine zwanzig Zentimeter lange Schnittwunde am rechten Oberschenkel, die bis auf den Knochen reichte und durch die die Sehnen glatt durchtrennt wurden.

Der Schwerverletzte erhielt auf der Unfallstation in der Badstraße einen Notverband und mußte von dort nach dem Rudolf-Virchow-Krankenhaus übergeführt werden.

Die Direktion des Gebrüder Herrnsfeld-Theaters ersucht uns mitzuteilen: Seit einigen Tagen wird bekannt gegeben, daß das Grundstück Kommandantenstraße 57, auf welchem sich das Gebrüder Herrnsfeld-Theater befindet, zum Verkaufe steht, ebenso ist bereits amtlich angezeigt worden, daß am 19. Juni d. J. die Zwangsversteigerung dieses Grundstückes stattfinden soll. Um irtümlichen Auffassungen entgegenzutreten, sei mitgeteilt, daß die Direktion des Theaters weder prozessual noch vermögensrechtlich mit dem Verkaufe oder der Subhastation des Grundstückes irgend etwas zu tun hat, da sie lediglich Pächterin des dort befindlichen Theatergebäudes ist.

Aufgefundenes Kindesleiche. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 2. d. Mts., gegen 5 Uhr vormittags, wurde an der Ecke der Prinzen- und Treddener Straße die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts aufgefunden. Die Leiche war in mehrere Bogen des „Vorwärts“ und der „Berliner Allgemeinen Zeitung“ vom 28. April 1911 eingewickelt und mit starkem Bindfaden verpackt. Der Tod ist anscheinend durch Ersticken eingetreten. — Personen, die über die Mutter des Kindes Angaben machen können, wollen sich im Polizeipräsidium (Zimmer 330) melden oder zu 2063 IV. 55. 11 schriftlich Mitteilung machen.

Verloren gegangen auf dem Wege von Liebenwalder Str. 44 nach dem Gewerkschaftshaus sind die Verbandskarte, Streikarte, Krankenlaßensbuch und Jubiläumskarte, auf den Namen Anna Pähold lautend. Gegen Rückvergütung des event. Fahrgeldes resp. Postloß abzugeben im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes, Engelauer 15.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Ein entsetzlicher Unglücksfall spielte sich am Mittwochabend gegen 7 Uhr vor den Augen zahlreicher Passanten in der Ebersstraße in Schöneberg ab. Zur genannten Zeit wollten die 6 und 2 Jahre alten Töchter des in der Ebersstr. 35 wohnenden Schmiedemeisters Robert Albinus vor dem Hause Nr. 65 der genannten Straße den Fahrbaum überqueren, als ein Fuhrwerk der Firma Müßeler, Reuenburgerstraße 24 herannah. Die Kinder versuchten noch kurz vor dem Fuhrwerk den jenseitigen Bürgersteig zu erreichen, hatten jedoch die Entfernung unterschätzt und gerieten gegen das Gespann. Während es dem älteren Mädchen noch im letzten Augenblick gelang, zur Seite zu springen, wurde die kleinere Erna umgerissen und geriet unter den Wagen, dessen Räder über sie hinweggingen. In besinnungslosem Zustande wurde das verunglückte Kind von Augenzeugen des Unfalles zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der eine Peritrimmerung des Brustkastens feststellte und nach Anlegung eines Notverbandes nach dem Schöneberger Krankenhaus übergeführt, wo das bedauernswerte Mädchen unmittelbar nach der Einlieferung verstarb. Die Schuldfrage bedarf noch der Aufklärung.

Treptow-Dammshulenberg.

Aus der Gemeindevertretung. Bürgermeister Schablow verlas zunächst ein Schreiben des Landrats, in dem dieser mitteilt, daß er die Wahl der Exekutivebeamten in Treptow für ausreichend hält. Die Anstellung eines Polizeikommissars wird vom Landrat empfohlen. In den Petitionsausschuss wurde Genosse Hartmann gewählt. Im verflochtenen Jahre hat der Petitionsausschuss nicht eine Sitzung abgehalten. Der unbebaute Teil des Gemeindegrundstücks Dammshulenbergstraße 79/80 soll zum Teil an Herrn Barrer Whienfiel, welcher den Platz zum Spielen für Kinder seiner Parochie benützen will, verpachtet werden. Den anderen Teil des Grundstücks will Herr Galtwirt Speer pachten und denselben als Sportplatz für seine Gäste verwenden. Genosse Müller hielt den Preis, 7 1/2 Pf. pro Quadratmeter, für viel zu gering. Beschlossen wurde, mit Herrn Speer noch einmal in Verhandlung zu treten. Des weiteren wurde beschloffen, den Gemeindevorstand zu beauftragen, unter Hinzuziehung eines sachverständigen Mitgliedes der Gemeindevertretung Verpachtungen bis zum Preise von 300 Mark auf die Dauer von 8 Jahren abzuschließen. Für die Feier des 100jährigen Bestehens des Turnplatzes in der Hasenheide bewilligte die Gemeindevertretung einen Beitrag von 175 M. Der Gemeindevorstand empfahl die anbaufähige Parzelle der Klingerstraße von der Straße am Treptower Park bis zur Leibstrasse und der Leibstrasse von der Klingerstraße bis zur Ludwig-Nichter-Straße. Die Straßen sollen eine Breite von 25 Meter erhalten, davon entfallen 7,50 Meter auf den Fahrbaum, je 3 Meter auf die Bürgersteige und je 6 Meter auf die Vorgärten. Der Gemeindevorstand will die Bauerlaubnis in diesen Straßen davon abhängig gemacht haben, daß die Eigentümer resp. Bauherren sich durch eine Eintragung ins Grundbuch verpflichten, Einzimmerwohnungen nicht zu errichten. Diergegen wandte sich Genosse Hartmann. Er warf die Frage auf, warum man es den Arbeitern, denen doch frische Luft nach schwerem Tagewerk in staubigen, schlechtgeheizten Arbeitsräumen ganz besonders not tue, unmöglich machen wolle, eine gute, in frischer Luft gelegene Wohnung zu besitzen. Die Vertretung stimmte jedoch dem Vorschlage des Gemeindevorstandes zu. Die Kosten für die Verbreiterung und Befestigung der Straße am Treptow betragen 85 547,85 M. Davon trägt die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen 55 282,80 M., von dem Rest soll die Gemeinde 20 Proz. und die Anlieger 80 Proz. tragen. Genosse Hartmann schlug vor, daß die Gemeinde 10 Proz. und die Anlieger 90 Proz. tragen sollen. Begründet wurde der Vorschlag damit, daß die Anlieger gerade dieser Straße von der Durchführung einer Straßenbahn großen Nutzen hätten. Der Antrag wurde abgelehnt. In der Dammshulenbergstraße sollen die Anlieger auch nur 75 Proz. tragen, weil sie vor Jahren schon einmal freiwillig einen Beitrag zu den Pflasterkosten geleistet haben. Gemeindevorordneter Kröbel stellte mit Unterstützung unserer Genossen den Antrag, eine Kommission einzusetzen, welche um einen Kopf härter sei als der Gemeindevorstand. Die Kommission soll mit dem Gemeindevorstand zusammen ein Programm aufstellen, welches bei den Verhandlungen mit Berlin über die zur Entwicklung Treptows nötigen Bahnhofsanlagen und einige andere die Entwicklung Treptows fördernde Dinge als Unterlage dient. Der Antrag wurde angenommen. Der Kommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, gehören auch unser Genosse Carow und Herr Kröbel an. Herr Kröbel fragt an, ob es zulässig sei, aus einer nichtöffentlichen Sitzung an interessierte Kreise zu berichten. Die Gemeindevorordneten Klapp und Reumann hätten den Lehrern über ihre Stellungnahme bei Beratung und Beschlußfassung über die Lehrergehälter, welche in nicht-öffentlicher Sitzung stattfand, noch am selben Abend Mitteilung und zwar zum Teil unwahre Mitteilung gemacht. Bürgermeister Schablow erklärte ein derartiges Verhalten für unzulässig. Die Herren Klapp und Reumann gehörten zu der Mehrheit, welche gegen den Widerspruch unserer Genossen und des Herrn Kröbel beschloffen hatte, die Beratung der Lehrergehälter in nichtöffentlicher Sitzung vorzunehmen.

Rixdorf.

In ihrem Bette tot aufgefunden wurde vorgestern abend die 23 Jahre alte Frau Margarete des Kaufmanns Wienel zu Rixdorf. Ein Arzt stellte Vergiftungserscheinungen fest, konnte aber die Todesursache nicht bestimmen. Die Leiche wurde deshalb zur gerichtsarztlichen Untersuchung beschlagnahmt. Aus der Magistratsitzung. Von einer Verlegung des Frühlarmtes aus der Schinkestraße und vom Raybadufer nach einem anderen Gebietsteile wird Abstand genommen. Der Magistrat be-



schließt, daß a) der Frühlingsmarkt im Sommer um 1/2 Uhr, im Winter um 8 Uhr erden, b) der Vormittagsmarkt im Sommer um 8 Uhr, im Winter um 9 Uhr anfangen soll. — Der Magistrat ist damit einverstanden, daß die endgültige Entscheidung über abzuschließende Mietverträge über städtische Grundstücke bis zur Höhe von 1500 M. künftighin der Grundbesitzungsdeputation zustehen soll. — Dem Verträge mit der preussischen Eisenbahnverwaltung betreffend die Herstellung eines Personenbahnhofs an der Kaiser-Friedrich-Straße wird zugestimmt. — Der Ausarbeitung eines Projektes für den Erweiterungsbau des Krankenhauses (H. Bauteils) auf der Grundlage des Beschlusses der Krankenhausdeputation wird zugestimmt. — Der Magistrat beschließt, für Bedienstete des Krankenhauses, die der Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde angehören und im Krankenhaus zur Kur und Verpflegung angenommen werden müssen, den Verpflegungssatz auf 2 M. herabzusetzen.

Bei der Weisfeier ist in der Vereinsbrauerei ein Herzenskirm gefunden worden. Derselbe kann in der Vorwärts-Expedition Siegfriedstraße 29/29 abgeholt werden.

### Charlottenburg.

Bei der Weisfeier im Volkshaus ist eine echte Granatbroche verloren gegangen. Der Finder wird gebeten, diese bei Strahl, Anobelsdorfstr. 90, abzugeben.

### Röpenitz.

Die Stadtverordneten berieten in der letzten Sitzung den nach langjährigen Verhandlungen endlich zustande gekommenen Vertrag über eine Straßenbahnverbindung zwischen Adlershof und Köpenick. Verschiedene Bedenken gegen einzelne Bestimmungen des Vertrages wurden im Interesse des endlichen Zustandekommens desselben zurückgestellt und der Vertrag im ganzen genehmigt. Die Vertragsdauer ist 50 Jahre. Der Tarif, zu welchem auch von der Gemeinde Adlershof noch Abänderungen vorgeschlagen waren, wurde nochmals an die Straßenbahnkommission zur Vorberatung zurückverwiesen.

Dem Antrage des Beamtenwohnungsvereins wegen Erteilung der Dauerlaubnis zur Errichtung kleiner villenartiger Häuser auf seinem an der Giesdorfer Straße belegenen Terrain wurde nach kurzer Debatte zugestimmt. Der Antrag des Magistrats, zur Jahressfeier in der Hasenheide 100 M. aus städtischen Mitteln beizusteuern, führte zu einer längeren Debatte. Genosse W. H. L. ergriff die Vorlage abzulehnen, da wir keine Veranlassung hätten, zu einer in erster Linie doch nur patriotischen Feier städtische Mittel herzugeben, diese ließen sich sehr gut zu dringenderen Aufgaben verwenden. Des weiteren müßte es die Sozialdemokratie ablehnen, für eine Feier, welche den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung nur wenig entgegenbringt, noch Geld aus den Taschen derselben herauszugeben. Der Antrag wurde abgelehnt. Genosse W. H. L. ergriff die Vorlage abzulehnen, da wir keine Veranlassung hätten, zu einer in erster Linie doch nur patriotischen Feier städtische Mittel herzugeben, diese ließen sich sehr gut zu dringenderen Aufgaben verwenden. Des weiteren müßte es die Sozialdemokratie ablehnen, für eine Feier, welche den Wünschen der arbeitenden Bevölkerung nur wenig entgegenbringt, noch Geld aus den Taschen derselben herauszugeben. Der Antrag wurde abgelehnt.

### Königs-Wusterhausen.

Der Ueberprüfung seiner Amtsbefugnisse wurde in der letzten Gemeindevorstandssitzung der Gemeindevorsteher vom Gemeindevorsteher Dr. Deuss bezeugt. Nachdem eine Vorlage zum Bau eines Wohnhauses für den Ingenieur Wierich und den Wassermeister auf dem Wassergewinnungsgrundstück in Ermangelung der hierzu erforderlichen Ausgaben zurückgestellt worden war, meinte Dr. Deuss, daß der Gemeindevorsteher ohne Wissen der Schöffen, der Finanz- und Baukommission den auf 800 000 M. festgesetzten Zuschlag für Wasser und Kanalisation um 100 000—170 000 M. überschritten habe. Für einen Ort von 4500 Einwohnern sei das eine horrend Summe. Zu dem komme, daß das Wasser gelb und fast ungenießbar sei. Auch sei bis jetzt weder für die Kanalisation, Regenwasserabfluß, Wasserleitung, noch für den Ausbau der höheren Knabenschule ein Bauprojekt vorhanden. Als Entschuldigung erklärte der von der Gemeinde angestellte königl. Baumeister, daß es ihm unmöglich gewesen sei, einen ordentlichen Antrag vorzulegen, weil sonst der Ausbau der höheren Knabenschule in einem Jahre nicht fertig würde. Bei dieser Gelegenheit wurde mitgeteilt, daß ein Bauunternehmer sich erboten habe, den Ausbau der Schule für 90 000 M. fertigzustellen, während die Baukommission einem anderen Bauunternehmer 120 000 M. bewilligte. Gemeindevorsteher Faebel machte dem Gemeindevorsteher den Vorwurf, daß er die Gemeindevorsteher und die Bürgerchaft im Punkte lasse. Zu bemerken sei, daß sich die Gemeindevorsteher eine solche Behandlung gefallen lassen. Das zu erbauende Amtsgericht auf dem von der Gemeinde zur Verfügung gestellten Grundstück im Werte von 82 000 M. soll 1914 eröffnet werden. Ein Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins, der die Gemeindevorsteher ersucht, am Beginn der Sitzungen keine geheimen Sitzungen stattfinden zu lassen und auch die öffentliche Verhandlung nicht durch solche zu unterbrechen, wurde vom Gemeindevorsteher zur Kenntnis gebracht. Es soll in Zukunft den Antragstellern Rechnung getragen werden.

Wie die Einwohnerschaft aus den hier kurz wiedergegebenen Verhandlungen erhellen wird, tut die Wahl sozialdemokratischer Vertreter für die Gemeindevertretung dringend not.

### Niederlehme.

„Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im Reichstage“, dieses Thema behandelte Reichstagsabgeordneter Genosse Fritz Rubell in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung, die am Sonntag im Geislichen Lokal tagte. In klarer Weise beleuchtete Rubell in seinem Referat die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion zu den wichtigen Gesetzesvorlagen, zu gleicher Zeit das Verhalten der Bürgerlichen hierzu richtig kennzeichnend. Bei den nächsten Reichstagswahlen müßte das arbeitende Volk klar zum Ausdruck bringen, daß es nicht mehr länger gewillt ist, sich von den bürgerlichen Parteien im Reichstage vertreten zu lassen. Sein mit großem Beifall aufgenommenes Referat klang aus in der Ermahnung, die kurze Zeit bis zur Wahl zur Stärkung unserer Organisation auszunutzen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. In begeisterter Stimmung gingen die Versammelten auseinander.

### Weißensee.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Mittwoch nachmittag in der Berliner Allee zugetragen. Dort konnte ein Fuhrwerk nicht von der Stelle kommen, weil die erkrankten Pferde die zirka hundert Pfennig betragende Last nicht zu bewältigen vermochten. Mehrere vorübergehende Arbeiter leisteten bereitwillig Hilfe, unter ihnen auch der bei der Firma Gabriel u. Richter beschäftigte Brauereiarbeiter Scholz aus der Berliner Allee 78, der sich mit aller Kraft gegen das rechte Vorderrad stemmte. Wütend gegen die Pferde an und der Arbeiter stürzte so unglücklich zu Boden, daß er unter den Wagen geriet. Das linke Hinterrad ging ihm über den rechten Oberarm hinweg, der vollkommen zerquetscht wurde. In bestimmungslosem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus geschafft, wo sofort eine Amputation des verletzten Gliedes dicht an der Schulter vorgenommen werden mußte.

### Reinickendorf-Ost.

Bei der Weisfeier wurde ein Herzenskirm gefunden. Dieser ist abzuholen bei Reumann, Reibnitzstr. 66, parterre.

### Schildow (Kreis Niederbarnim).

Ueber die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte am letzten Sonntag in einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel Genosse Dr. R. S. Berlin. Zu dieser Versammlung waren auch zahlreiche Jüdder aus Blankenfelde, Nuthenbeck, Nieder-Schönhausen usw. gekommen. Die Gendarmen waren in ungewöhnlicher Stärke zur Ueberwachung aus dem ganzen Umkreise zusammengezogen, um, wie der Referent bemerkte, zu demonstrieren, daß der preussische Staatsbürger noch hinter den Hund rangiert, für die die Maulkorb abgeholt sind. Nachdem eine Frau mit einem Säugling auf dem Arm den eingezäunten Versammlungsplatz betreten, wurde der Polizei verfallen mühte und ein jugendlicher Radfahrer auf Herz und Nieren geprüft war, ob er schon das verfassungsmäßige Alter von 18 Jahren erreicht habe, konnte der Referent mit seinen Ausführungen beginnen. Endlich lauteten die Einwohner des Ortes den weihnachtlichen Worten des Redners, die in der Mahnung ausklangen, in Zukunft besser ihre Rechte als Staatsbürger zu wahren wie bisher und bei den nächsten Wahlen sich nicht von den patriotischen Vereinen ins Schlepptau nehmen zu lassen. In der Diskussion forderte Genosse W. H. L. zu gewissenhafter Meinung der gesperrten Lokale in Schildow auf, deren Besitzer und Hartnützig ihre Säle zu Versammlungen verweigern. Genosse H. H. H. schloß die Rede mit dem Hinweis auf die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schneidemühle von Gottschalk, dem Ortsgewaltigen von Schildow, und forderte die Anwesenden auf, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Der Gesangsverein „Jugend“ in Schildow, der nach hier einen Ausflug unternommen hatte, beschloß die Versammlung mit einem begeisterten Kampfeslied. Darauf ging es in geschloßenerm Zuge unter Vorantritt des Gesangsvereins durch den Ort an den gesperrten Lokalen vorbei nach der nahe Wöhlsmühle, wo Raß gemacht wurde.

### Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag, den 7. Mai: Ausflug mit der Bahn nach Buch, dann zu Fuß nach Schöneberg, Schildow, Alente, Hermsdorf, Waldmannslust, Tegele und Angersdorf. Fahrpreis 50 Pf. Treffpunkt morgens 7 Uhr Potsdamer Straße, Ecke Schloßstraße. Wiederkehrer mitbringen. Der Ausschuss.

### Berliner Arbeiter-Schauflud.

- Ostern I: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Gohl, Rührensberger Str. 49.
- II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Gohl, Webersstr. 9.
- Südost: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Wilsch, Reichsberger Straße 88.
- Südwest: jeden Freitag 1/9 Uhr bei D. Herrmann, Sebastianstr. 1.
- West: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Wähler, Rindisch 17, Ecke Hiltzstr.
- Nordost I: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Lachow, Westr. 13b.
- II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Reich, Fronteimer Str. 4.
- III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Bagart, Gaudystr. 3.
- IV: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Radonow, Bernauer Str. 82.
- Nordwest: jeden Freitag 1/9 Uhr bei W. W. Sonntagstr. 22.
- Südwest II: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Wöhlsmühle, Gaudystr. 2.
- Charlottenburg: jeden Sonntag 1/9 Uhr bei Bernitz, Sigmundstr. 25.
- Rixdorf I: jeden Dienstag 1/9 Uhr bei Schmidt, Reuterstr. 29.
- II: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Wöhl, Hermannstr. 160.
- III: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rau, Wöhlsmühle 56.

Ober-Schöneberg: jeden Freitag 1/9 Uhr bei Rodenbusch, Wöhlsmühle, Straße 64, Ecke Kalkenstraße.  
Röpenitz: jeden Donnerstag 1/9 Uhr bei Demari, Rudower Str. 28.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 7. Mai: Wanderfahrt I. Bernau, Stejnitzke, Bernau. Abfahrt 6.40 Uhr. Stettiner Bahnhof. II. Grünau, Kropfenburg, Seuditz. Treffpunkt 7 Uhr, Gölitzer Bahnhof.

Arbeiter-Wanderverein „Die Naturfreunde“. Wanderfahrten am Sonntag, den 7. Mai: 1. Potsdam-Rickensdorf. Abfahrt Bahnhof Friedrichstraße, Sonnabend abend 12.15 Uhr. 2. Erner-Rödnitz. Abfahrt Schleißer Bahnhof 6.30 Uhr vorm. 3. Grunewald. Treffpunkt Bahnhof Grunewald (Bahnhof) 7 Uhr vorm. 4. Spandau-Regel. Abfahrt Lehrter Bahnhof 2.30 Uhr nachm.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 7. Mai: Wanderung von Hohen-Neuenhof, Briesetal, Rehnitzsee, Cramenburg. Abfahrt Stettiner Bahnhof 7.45. Gölitz willkommen.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 31. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Kongress in Saint Quentin. Von Ch. Kappoport (Paris). — Die Reichswehrreform, Ordnung in der Kommunisten des Reichstags. Von Gullao Hoch (Danau am Rhein). (Fortsetzung). — Das „Kulturwerk“ der preussischen Volkspolitik. Von J. Kersch. — Kongress der ungarischen Sozialdemokratischen Partei. Von Eugen Werga. — Literarische Rundschau: Dr. W. Rappinow. Die elektrische Ummahlung. Von H. Wöhl. — Kottgen: Die deutsche Bauernschaft und die Sozialdemokratie. Von mg. — Zeitschriftenschau. Von G. E.

Kunst und Vortragskunst. Von Clara Heilmann. Vortrag, gehalten am ersten Künstlerabend des Bildungsausschusses der Städtischen Arbeiterkassen. Derselbe trägt eine uns zugegangene 16 Seiten starke und schön ausgestattete Broschüre, die durch J. H. W. Dieckmann, H. m. S. (Hilfschriftenkomitee) in Stuttgart zum Preise von 15 Pf. bezogen werden kann. Bestellungen vermitteln alle Parteigeschäfte.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet 2 Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zeile als Mitzelchen beizulegen. Briefliche Antworten sind nicht erbeten. Ullge Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

R. S. 100. Bei den Pählern muß angefragt werden. Lohnt sich der Eigentümer nicht ermitteln, so erlangen Sie nach Ablauf eines Jahres den Eigentümer anzufragen. — Kühne, Niddersiebentstraße. Bedenken Sie sich an das Parteizeitung oder an den Gemeindevorsteher, Gemeindevorsteher, Reichmannstraße 12a. — H. R. 20. 1. Rein. 2. und 3. Das hängt davon ab, in welcher Betriebsart die Beschäftigung stattfindet und wie hoch die Zahl der Arbeitnehmer ist. — G. R. 2. Die Erlangung der Erlaubnis unterliegt der Steuer. Betrag des Anlage- und Betriebskapital weniger als 3000 M. und hat der Betrieb einen Ertrag von weniger als 1500 M. jährlich, so sind 150 M. beträgt das Anlage- und Betriebskapital 3000 M. und weniger als 30 000 M. mit einem jährlichen Ertrag von 1500 M. bis einschließlich 4000 M., so sind 250 M. zu zahlen. — W. R. 57. 1. Auch für die Reichstags. 2. Die Ausschreibung des Wahlrechts ist zulässig, dagegen aber nicht irgendwelche Tätigkeit (Verteilung von Stimmgeldern usw.). — G. S. Buchhalter Straße 4. 1. Nur dann, wenn der Sohn noch nicht 15 Jahre alt ist. 2. Das ist unzulässig. G. S. Stellen Sie den Antrag beim Magistratskommissar, Am Rindfleischmarkt 8. — St. 76. Sie hatten bis zum 1. Oktober. — W. R. 100. 1. Ja. 2. Nach Bedarf, wenn nicht im Mietvertrag ein bestimmtes Zeitmaß festgesetzt ist. — R. 100. 1. Die länger als vier Jahre zurückliegenden Ansprüche sind verjährt. 2. Ja. Das Recht ist aber durch das Bürgerliche Gesetzbuch befreit. — G. W. 20. Ja. — Schulden. Sie können mit Aussicht auf Erfolg klagan. — W. R. 2. Rein. — H. R. 111. Wichten Sie ein Gesuch an den Magistrat. Für den Fall der Ablehnung können wir zu einer Klage nicht raten. — G. W. 2. Nach dem Inhalt. Derartige Bestimmungen für Verleumdung beistige sind im Reichstags nicht zustande gekommen.

Marktpreise von Berlin am 3. Mai 1911, nach Ermittlung des höchsten Volksgesamtwertes. Markthallenpreise. (Reinhandl.) 100 Kilogramm Weizen, gelb, zum Kochen 30,00—50,00. Spitzweizen, weiß 30,00—50,00. Roggen 20,00—30,00. Kartoffeln 5,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 1,50—1,40. 1 Kilogramm Karotten 1,10—2,40. Hefe 1,30—3,00. Bänder 1,40—3,50. Hechte 1,20 bis 2,80. Beringe 0,80—2,00. Schleihe 1,20—3,40. Meise 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,20—3,00.

### Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am		am		
	3. 5.	4. 5.	3. 5.	4. 5.	
Remel, Tilsa	292	+2	Saale, Spandau	66	-2
Regel, Ankerberg	-11	-2	Havel, Potsdam	68	+1
Reichel, Tharn	146	-6	Havel, Rathenow	146	-2
Oder, Rathenow	187	-20	Elbe, Spremberg	80	0
• Krotzen	151	+6	• Seeberg	122	-3
• Frankfurt	174	-1	• Witten	123	-1
• Schwinn	55	0	• Witten	44	+6
• Landsberg	76	-3	• Witten	422	-8
Nege, Borsdorf	55	-6	• Witten	218	+6
Elbe, Peitzmeritz	63	-7	• Witten	218	+6
• Dresden	-4	+4	• Witten	73	-2
• Harz	192	+6	• Witten	145	0
• Magdeburg	154	+3	• Witten	—	—

) + bedeutet Hoch, — Fall, — ?) Unterperel.

# Einladung zum Frei-Konzert!

Hierdurch erlaube ich Ihnen die Erlaubnis, in Ihrer Wohnung ein Konzert veranstalten zu dürfen, wie Sie es wahrscheinlich noch nicht gehabt haben. Die Veranstaltung erfolgt völlig unentgeltlich und in der Absicht, Sie zu einem Moment zu veranlassen, falls das nächste Probenkonzert Ihnen und Ihren Angehörigen Freude bereitet hat. — Wir wollen Ihnen zu diesem Zwecke — zunächst völlig unentgeltlich auf 5 Tage — einen Spezial-Lyrisch-Sprechapparat mit echter Vokal-Schallbox und 20 ausgewählte Vokal-Platten auf 10 doppelreihig beidseitig bespielten, 20 cm großen Künstler-Vokal-Platten zuwenden. Apparat und Platten können Sie 5 Tage lang diesen lassen und probieren, so oft und so viel Sie wollen.

Wir sind sicher, daß Sie von dem hervorragend schönen Apparat, sowie den durch Ihre Unabwahrbarkeit einzig dastehenden, ohne Nadelwechsel spielbaren Vokal-Platten entzückt sein werden. Denn unsere Künstler-Vokal-Platten sind nicht zu verwechseln mit den allgemein bekannten Sprechapparat-Platten, sondern gehören durch ihre Vollkommenheit den besten höchsten Genus. Diese Vollkommenheit besteht im Fortschritt des täglichen Nadelwechsels und in der Unzerstörbarkeit der Platten selbst. Während die gewöhnlichen Platten von dem jedesmal zu wechselnden Stahlstift dauernd angegriffen und schließlich völlig zerstört werden, werden unsere Platten mit einem immerwährenden polierten Edelstein gespielt, welcher die Platten völlig unantastbar läßt, so daß sie noch nach Jahren so rein erklingen, wie beim ersten Male.

Über auch das Repertoire unserer Vokal-Platten ist unübertrefflich: Da gibt es die neuesten

### Opern, Operetten, Märsche, Walzer

und andere Länze, Ouvertüren und Polkas, alle nur möglichen Instrumentalfest, wie Flögelhorn, Klarinette, Fagott, Trompete, Violine und Laute Orgelstücke, Foder und Duette humoristische Vorträge und Couplets, und alles von größten Künstlern gesungen und gespielt.

Haben Sie sich nun nach ständiger Probe entschlossen, unsere Sendung anzunehmen, so haben Sie für Apparat und Platten nur einen Betrag von 3.— Mfr. monatlich an uns zu zahlen. Der Apparat kostet einschließlich der echten Vokal-Schallbox nur 45.— Mfr., während wir die Platten zu dem von der Fabrik vorgeschriebenen Preise von 3.30 Mfr. pro Doppelplatte (also für 2 Platten) in Rechnung stellen. Weitere Platten können Sie in einem ebenfalls nur ganz geringe Monatszahlungen erfordernden Abonnement in beliebigen Mengen nachbezahlen.

Zahllose Anerkennungen und viele Tausend dankbarer Kunden sind der beste Beweis für die Reizkraft unserer Offerte. So schreibt man uns zum Beispiel:

„Sehen Dank für den Vokal-Apparat. Derselbe spielt wunderbar und überträgt betrieblang die Klangschönheit alles Dagewesenen. Ich bin stolz auf den herrlichen Apparat.“

„Die mir gelsendete Vokal-Sendung übertrifft bei weitem meine Erwartung und kann ich Ihr Fabrikat jedem auf's wärmste empfehlen.“

„Ich gratuliere gern, daß Sie etwas bieten, was wohl kein Konkurrent imstande sein wird, Ihnen nachzutun.“

Machen Sie also einen Versuch, der Sie nichts kostet als die minimalen Spesen für die Ein- und eventl. Rücksendung, und bewahren Sie den eingeschickten Briefkasten. Sie erhalten dann schnellstens unsere Sendung, die Sie bei Nichtgefallen an uns zurückgeben lassen können. — Sie haben also nicht das geringste Risiko!

**Bial & Freund in Breslau, Postfach 120/35.**

Bestellschein 120/35

Hierdurch erlaube ich die Firma Bial & Freund in Breslau II, mit den angebotenen Lyrisch-Sprech-Apparat mit echter Vokal-Schallbox sowie 20 Stücke auf doppelreihig beidseitig bespielten Vokal-Platten ohne Anzahlung, ohne Anzahlung, ohne Anzahlung, insbesondere ohne jede Kaufverpflichtung auszulassen. Ich verpflichte mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franco zurückzugeben, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes, vom Ablauf der Probefrist beginnend, monatlich 3 Mfr., bis der Wert des Apparates von 45.— Mfr. und der der 10 Doppelplatten à 3,30 Mfr. befreit ist. Erfüllungsort ist Breslau.

Ort und Datum: \_\_\_\_\_

Vor-, Zuname und Beruf: \_\_\_\_\_







